

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Donnerstag, 15. März 1990, Vormittag
Jeudi 15 mars 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

83.043

Steuerharmonisierung. Bundesgesetze Harmonisation fiscale. Lois

Fortsetzung – Suite

Siehe Jahrgang 1989, Seite 725 – Voir année 1989, page 725

Beschluss des Ständerates vom 5. Oktober 1989
Décision du Conseil des Etats du 5 octobre 1989

Differenzen – Divergences

Le président: Je voudrais vous dire simplement deux choses au sujet de cet objet. La première est que ce dépliant est à inscrire au Guinness Book des records: il mesure en effet 2 mètres 30! La deuxième est que les rapporteurs, et notamment M. Reichling, président de la commission, ont grandement facilité ma tâche en ordonnant les débats et en nous donnant des indications très précises sur les différents intervenants. La chose était très précieuse en l'occurrence puisque certains articles qui seront discutés pour l'arrêté A sont également valables pour l'arrêté B. Je tiens par conséquent à remercier M. Reichling de ce travail supplémentaire.

Grundsatzentscheid über die Bemessungsperiode Décision de principe sur la période de calcul

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

(einjährige Bemessung)

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(zweijährige Bemessung)

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

(taxation annuelle)

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats
(taxation biennale)

Reichling, Berichterstatter: Die Kommission beantragt Ihnen, dass wir vor der Beratung der einzelnen Kapitel den Grundsatzentscheid über die Bemessungsperiode fällen, welche in beiden Gesetzen symmetrisch zur Anwendung kommen soll. Mit diesem Grundsatzentscheid wird die Beratung über eine ganze Reihe von Artikeln in beiden Gesetzen abgeschlossen

sein, und wir werden nicht mehr auf diese Artikel eintreten. Wird diesem Vorgehen aus dem Rat Opposition entgegengebracht? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Der Nationalrat hat bis jetzt im Zusammenhang mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung immer dem Bundesrat zugestimmt. Der Ständerat hat demgegenüber an der zweijährigen Vergangenheitsbesteuerung festgehalten, welche in der Mehrzahl der Kantone heute angewendet wird. Anlässlich der letzten Differenzenberatung ist im Nationalrat die Forderung erhoben worden, dass ein Kompromiss gesucht werde, weil offensichtlich die Zeit zum Uebergang auf ein neues, modernes Bemessungssystem noch nicht reif ist. Der Ständerat hat dieser Meinung Rechnung getragen und damit den Weg für eine einvernehmliche Lösung geöffnet. Er beharrt allerdings als Norm auf der zweijährigen Vergangenheitsbemessung, will aber den Kantonen, welche den Wechsel zur einjährigen Bemessung schon vollzogen haben, und denjenigen, welche den Wechsel vollziehen möchten, die Freiheit einräumen, eine einjährige Steuerperiode festzusetzen.

Die Festlegung des Ständerates hat allerdings den Nachteil, dass die Art dieser einjährigen Bemessungsperiode nicht bestimmt worden ist, sondern nach kantonalem Recht frei gewählt werden könnte. Ein solches Vorgehen würde dem Ziel der Harmonisierung widersprechen, es würde eher eine Dis-harmonisierung eintreten. Sollte eine Mehrzahl der Kantone den Wechsel vollziehen, müsste in der Folge eine neue Harmonisierungsphase durchgeführt werden, und in der Zwischenzeit müsste in diesen Kantonen ein unlösbares Nebeneinander von zwei verschiedenen Bemessungssystemen für Kanton und Bund existieren.

Die nationalrätliche Kommission hat dieser Situation Rechnung getragen und einen neuen Weg gesucht. Die Kommission fällte den Grundsatzentscheid, dass für eine zeitlich nicht fixierte Periode ein zweijähriges Bemessungssystem gleichwertig neben einem einjährigen toleriert werden soll. Ein Gutachten des Justizdepartementes hat ergeben, dass der Harmonisierungsauftrag der Bundesverfassung nicht zwingend in einem einzigen Schritt realisiert werden müsse. Voraussetzung sei aber, dass schon ein erster Schritt in Richtung einer Harmonisierung erfolge. Diese Feststellung veranlasst die Kommission, beide Bemessungssysteme im Gesetz abschliessend zu regeln, damit Umstellungen zum einjährigen Bemessungssystem derart erfolgen, dass später keine erneuten Anpassungen nötig werden. Diese Kanalisierung auf zwei definierte Bemessungssysteme erlaubt es, dass nach Inkraftsetzung auch die direkte Bundessteuer für die natürlichen Personen überall in der Schweiz nach jenem Bemessungssystem erhoben werden kann, das für die Staatssteuer Anwendung findet. Durch Anpassung des Tarifes und der Abzüge kann dafür gesorgt werden, dass für alle Steuerpflichtigen auf der direkten Bundessteuer – unabhängig, ob sie ein- oder zweijährig veranlagt wird – die Belastung ausgewogen ist.

Soweit ist sich die Kommission einig. Die Auffassungen in der Kommission zwischen Mehrheit und Minderheit divergieren noch insofern, als die Mehrheit der Kommission die einjährige Bemessung zur Norm erheben und die zweijährige fakultativ beibehalten will, während die Minderheit der Kommission gemäss Ständerat die zweijährige Bemessungsperiode als Norm mit fakultativem Uebergang zur einjährigen Bemessungsperiode beibehalten will. Die Minderheit wird nun begründen, warum sie an der zweijährigen Bemessungsperiode festhalten will. Dann wird Herr Coutau einen eigenen Antrag begründen. Dann erfolgt die Diskussion. Anschliessend werden die Kommissionssprecher sowie Herr Bundesrat Stich vor der Abstimmung nochmals die Meinung der Mehrheit der Kommission erläutern.

M. Salvioni, rapporteur: Je ferai une brève introduction sur l'état des travaux relatifs à ces deux lois. Comme vous venez de l'entendre, la commission vous propose d'adopter tout d'abord une décision sur le fond du problème, c'est-à-dire sur la période de taxation; ainsi toute une série de dispositions seront de ce fait réglées.

Notre Parlement avait décidé d'adopter la solution de la taxation annuelle *postnumerando*. Afin de trouver une solution, le

Conseil des Etats a proposé la taxation biennale *praenumerando* comme solution prioritaire avec, comme solution facultative, la possibilité pour les cantons qui le désirent d'une taxation annuelle *postnumerando*. Cette façon de procéder a été jugée conforme à la Constitution fédérale. Cela étant, il a fallu prévoir toute une série de normes transitoires en vue de régler soit la solution prioritaire, c'est-à-dire la taxation biennale *praenumerando*, soit une série de normes régissant la taxation annuelle *postnumerando* dans l'immédiat.

Selon que l'on adopte l'une ou l'autre de ces solutions, la charge fiscale sera différente. L'administration a donc élaboré des barèmes différents, allongés dans le cas de la taxation annuelle. Le Conseil fédéral avait proposé un allongement de 10 pour cent, que la commission a accepté, mais il y a eu des propositions de minorité, que nous retrouverons plus tard, demandant de limiter cet allongement à 5 pour cent, 10 pour cent étant jugé excessif. Il y aura une décision sur cette proposition de minorité.

Les normes transitoires constituent une nouveauté, elles n'ont pas encore été examinées par le Conseil des Etats. Nous décidons les premiers et ensuite il y aura probablement une navette entre le Conseil des Etats et notre conseil, mais seulement pour les nouvelles normes que vous trouvez à la fin de ce dépliant gigantesque.

A l'unanimité, votre commission a accepté le principe de prévoir une solution prioritaire et une solution facultative, mais contrairement au Conseil des Etats elle a décidé de considérer comme solution prioritaire la solution de la taxation annuelle *postnumerando* et la taxation biennale *praenumerando* comme solution facultative. Nous avons donc là une divergence. Si notre conseil devait confirmer la décision de sa commission, le projet retournera au Conseil des Etats.

Nous allons donc procéder comme je l'ai déjà dit. Selon la solution que nous adopterons, la discussion des autres dispositions en sera raccourcie et facilitée.

Feigenwinter, Sprecher der Minderheit: Eine Vorbemerkung zu meiner dunklen Gewandung. Ich habe sie nicht deshalb angezogen, weil ich hoffe, heute beim Begräbnis der einjährigen Bemessungsperiode dabei sein zu können und sozusagen als ihr Totengräber zu wirken; sie hat andere Gründe.

Wir müssen diese Diskussion unter den Haupttitel «Harmonisierung» stellen. Harmonisierung haben wir in dieser Frage der ein- oder zweijährigen Bemessung bis jetzt nicht erzielen können. Das war eher ein eintöniges Konzert, das hier vom Stapel gelassen wurde, und wird immer mehr zu einer tibetischen Gebetsmühle, wo man immer auf dem Streifen vermerkt «wir wollen alle Jahre erklären, wir wollen alle zwei Jahre erklären» und immer weiter; man dreht diese Gebetsmühle, und immer wieder stellt sich das gleiche Problem. Wenn ich diese Fahne in die Höhe halte und sie an ihrem einen Ende halte – ich weiss, dass ich kleingewachsen bin –, bin ich nicht imstande, sie so zu halten, dass sie den Boden nicht berührt. Das ist kein Zustand mehr. Wir sollten uns bemühen, wirkliche Harmonisierungsgedanken zu entwickeln, Gedanken, die davon ausgehen, dass man auf den Standpunkt des Gegners mehr Rücksicht zu nehmen gewillt ist.

Die Steuergesetzgebung muss wie jede Gesetzgebung von gewissen Angelpunkten ausgehen. Es kann keine Gesetzgebung aus der Retorte kommen, die im Hirn eines Finanz- und Steuertheoretikers entstanden ist, sondern man muss davon überzeugt sein, dass eine Lösung notwendig ist, dass eine *opinio necessitatis*, wie das im Gewohnheitsrecht gilt, auch verankert ist. Man muss davon ausgehen, dass lang geübte Gewohnheiten nicht einfach über den Haufen geworfen werden dürfen, sondern in der Steuergesetzgebung berücksichtigt werden müssen.

Der Ständerat hat, nachdem wir letztes Mal mit äusserst knappem, ich möchte sagen, mit einem Zufallsresultat von 88 zu 86 Stimmen noch einmal an unserer Einjährigkeit festgehalten haben, eine Lösung vorgeschlagen, die vermittlungsfähig ist. Wir bleiben zwar beim Grundsatz der zweijährigen Bemessung, zwingen aber jene fünf Kantone, die mit unterschiedlichem System die einjährige Veranlagung haben, nicht dazu, auf diese zwei Jahre umzuschwenken.

Die Kommission des Nationalrates hat hier eine neue Differenz geschaffen, aber ich glaube, diese Freiheit hat sie richtig ausgenutzt. Wir sind auch der Ueberzeugung, dass, wenn in einem Kanton dann der Uebergang von der Regel der zweijährigen Veranlagung auf die einjährige beschlossen wird, gewisse Uebergangsregeln aufgestellt werden müssen.

Die jetzige Lösung hat im Ständerat sehr grosse Zustimmung gefunden. Es sollte uns nun möglich sein, zwar das Prinzip der zweijährigen Veranlagung beizubehalten, aber die Ausnahme der einjährigen Veranlagungsmöglichkeit ebenfalls festzuschreiben und Regeln dafür aufzustellen, was passieren soll, wenn man von der zweijährigen auf die einjährige Veranlagung übergeht.

Ich bitte Sie deshalb dringend, diesem doch etwas unwürdigen Spiel nun ein Ende zu machen und dem Ständerat zuzustimmen.

Wir haben dieses Steuergesetz ungefähr 1984 in die Beratungen aufgenommen und sind jetzt beim dritten oder vierten Umgang. 1987 habe ich selber die Idee lanciert, dass wir für den Steuerpflichtigen eine Steuerreduktion in einer Sofortlösung beschliessen. Man hat mir damals entgegengehalten, dieses Gesetz werde ohnehin per 1. Januar 1989 in Kraft gesetzt werden. Wenn wir heute nicht endgültig beschliessen, wird dieses Gesetz auch nicht per 1. Januar 1991 in Kraft gesetzt werden können, sondern allenfalls per 1. Januar 1993 und möglicherweise sogar so, dass die Sofortlösung, die wir beschliessen haben, ins ordentliche Gesetz übergeführt werden muss, weil wir dann immer noch keine Lösung haben. Also es ist heute an der Zeit, der Vermittlungslösung des Ständerates zuzustimmen.

M. Coutau: J'aimerais très rapidement développer ma position en sept points: premièrement, il est important, dans cette affaire, de considérer que le mandat constitutionnel quant à l'harmonisation fiscale, mandat voulu et approuvé par le peuple dans l'intérêt des contribuables comme dans celui de l'Etat, portait, je vous le rappelle, également sur la périodicité de l'impôt dans le temps.

Deuxièmement, je suis convaincu, pour ma part, que la périodicité annuelle est préférable, compte tenu de la mobilité sociale et de celle des revenus, vers le haut comme vers le bas, qui caractérisent notre société moderne.

Troisièmement, j'ai la conviction que la périodicité est un élément de résistance politique majeure. La longueur de la procédure d'élimination des divergences que nous connaissons est la démonstration même que cette périodicité est un point d'achoppement essentiel dans la mise sous toit des deux lois qui nous sont soumises depuis maintenant de trop nombreuses années.

Quatrièmement, je suis d'avis que cette résistance doit être surmontée, d'abord à l'échelon des cantons, et non pas imposée impérativement par la Confédération. Les cantons doivent se convaincre, ainsi que leurs contribuables, de l'intérêt qu'ils ont à passer à un système de taxation d'abord annuel et ensuite harmonisé. Ce sont les cantons qui doivent le faire et non pas la Confédération qui doit l'imposer.

Or, cinquièmement, il est possible de maintenir la périodicité de l'impôt fédéral direct à deux ans, même si certains cantons ont d'ores et déjà adopté la périodicité annuelle, alors que l'inverse n'est évidemment pas possible car, si la Confédération impose une périodicité annuelle, on ne voit pas quels avantages certains cantons auraient à maintenir une périodicité bisannuelle.

Sixièmement, la solution de compromis, imaginée par le Conseil des Etats et reprise dans son principe par la commission du Conseil national, avec une périodicité optionnelle pour l'impôt fédéral direct comme pour l'harmonisation fiscale, n'est pas satisfaisante à mes yeux. Et cela pour deux raisons essentielles: la première est qu'elle est contraire à l'harmonisation puisqu'en réalité elle aboutit à «désharmoniser» la seule chose qui soit harmonisée dans notre pays du point de vue fiscal, c'est-à-dire l'impôt fédéral direct. Il est donc paradoxal de «désharmoniser» l'impôt fédéral direct alors que l'objectif est précisément d'harmoniser la fiscalité. Le deuxième reproche essentiel que j'adresse à la solution de compromis, c'est

qu'elle est techniquement complexe à réaliser, car elle doit appliquer le principe de l'équivalence de la charge effective, quelle que soit l'option choisie par les cantons, soit annuelle soit biannuelle.

Septièmement, ma proposition est donc d'une simplicité enfantine en ce sens qu'elle consiste à séparer les deux lois, celle sur l'harmonisation fiscale et celle sur l'impôt fédéral direct. La décision de séparer l'examen de ces deux lois avait été prise au début de nos débats et, par conséquent, on peut parfaitement imaginer, au sujet de la périodicité de l'impôt, une solution pour la loi sur l'harmonisation fiscale et une autre pour la loi sur l'impôt fédéral direct. C'est exactement ce que je vous propose: choisir dans la loi sur l'harmonisation fiscale une périodicité annuelle – objectif à moyen terme applicable progressivement, au fur et à mesure que les cantons seront décidés à adopter cette solution – on maintiendrait provisoirement la périodicité biannuelle. Quant à l'impôt fédéral direct, on maintiendrait provisoirement la périodicité bisannuelle. Ainsi la Confédération n'exercerait pas une pression sur les cantons. Mais il serait très facile, une fois qu'une majorité de cantons aurait choisi cette périodicité annuelle de modifier la loi sur l'impôt fédéral direct sur ce simple point. En séparant ces deux lois, on maintient le principe du fédéralisme de même que la possibilité pour la Confédération d'éviter le «clash» auquel nous assistons entre les deux conseils quant à la question de la périodicité.

La solution que je proposais, était à mes yeux claire. Elle était respectueuse à la fois du fédéralisme – je viens de le dire – et du mandat constitutionnel sur l'harmonisation fiscale.

Néanmoins, je me suis résolu à retirer cette proposition parce que je me suis rendu compte que la volonté de la solution de compromis élaborée par le Conseil des Etats rencontrait une adhésion politique nettement majoritaire dans ce conseil. J'estime par conséquent que, loin d'être une solution qui aurait pu réunir une majorité en nous permettant de sortir de l'impasse, ma proposition avait tendance au contraire à contribuer à prolonger encore les débats. L'exercice a maintenant trop longtemps duré, cette proposition ne rencontre pas une adhésion politique suffisante, c'est la raison pour laquelle je la retire avec regret car je pensais qu'elle présentait des avantages, qu'elle nous permettait de sortir d'une impasse dans laquelle nous sommes trop longtemps restés. Pourtant, je vous recommande de choisir la solution de la minorité en ce qui concerne l'impôt fédéral direct et je conviens à contre coeur que la solution de cette minorité est moins contraignante – c'est là son avantage fondamental – pour les cantons, en matière de passage à une périodicité annuelle. C'est la raison pour laquelle le groupe libéral suivra les propositions de la minorité.

Biel: Die Länge des Papiers, die hier bemessen wurde, zeigt wirklich, dass es sich um ein Trauerspiel handelt, das wir beenden sollten. Es fragt sich nur, lieber Kollege Feigenwinter, wie! Die Kommission versucht nun mit dem Mehrheitsantrag, Ihnen einen Weg zu bauen, um aus einer Sackgasse herauszukommen und möglicherweise einen Kompromiss zu finden. Wir nähern uns aber auch mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit dem «Existenzminimum» einer Steuerharmonisierung. Wenn Sie der Minderheit folgen, dann unterschreiten wir sogar das und können auf die ganze Übung verzichten.

Wir sind immer dafür eingetreten, dass wir eine einjährige Veranlagung möchten, aber jetzt, um zu vermeiden, dass gar nichts mehr vorhanden ist, haben wir den Weg gewählt, den Ihnen die beiden Referenten vorgeschlagen haben.

Herr Coutau hat noch versucht, etwas zu retten. Er hat jetzt seinen Antrag zurückgezogen. Aber mir schien auch dieser Weg nicht genügend. Stellen Sie sich das vor: Wir wollen eigentlich an sich als längerfristiges Ziel – nicht alle, wohlverstanden, aber doch einige – die einjährige Veranlagung, und wir beschliessen zum ersten Mal ein Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer nach so vielen Jahren und haben dort wieder die zweijährige Veranlagung drin. Dann hätten wir sie ja für immer zementiert! Sie glauben doch nicht, dass man das innerhalb weniger Jahre revidieren würde. Mir scheint der Weg, den wir, die Kommissionsmehrheit, gehen, gangbarer.

Seit ich im Parlament bin – das sind schon einige Jährchen geworden –, kämpfte ich mit Anträgen und mit Vorstössen für die Steuerharmonisierung. Das, was wir jetzt haben, ist wirklich ausserordentlich mager.

Es war die Rede von liebgewordenen Gewohnheiten. Es ist interessant, wie viele liebgewordene Gewohnheiten man hier weiterpflegen möchte. Die Motive, die dahinterstecken, möchte ich nicht untersuchen. Wir zelebrieren auch hier, an diesem Beispiel, wieder einmal den «Sonderfall Schweiz». Wir wollen etwas weiter kultivieren, was mit Kultur nicht mehr sehr viel zu tun hat.

Machen wir doch jetzt diesen Schritt, und bauen wir mit dem Mehrheitsantrag dem Ständerat die goldene Brücke, damit wir noch das Minimum an Steuerharmonisierung verwirklichen können. Falls das nicht möglich sein sollte, dann frage ich mich wirklich: Wozu dieser ganze Aufwand? Dann wirkt das Papier schon etwas merkwürdig, das wir hier von Jahr zu Jahr, von Kommissionssitzung zu Kommissionssitzung, von Ratssitzung zu Ratssitzung anwachsen lassen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zur Mehrheit.

M. Cavadini: Nous nous trouvons ici encore une fois devant un problème difficile. Jusqu'au mois de décembre, les positions étaient suffisamment claires en ce sens que le Conseil des Etats s'était toujours prononcé en faveur de la taxation bisannuelle, alors que le Conseil national, avec toutefois une faible majorité, confirmait sa préférence pour la taxation annuelle. Nous avons maintenant un élément nouveau, avec la proposition de la majorité de notre conseil, qui constitue une solution de compromis, à savoir garder dans les deux lois les deux solutions, taxation bisannuelle et taxation annuelle, à cette différence près que le Conseil des Etats choisit comme solution principale la taxation bisannuelle et comme solution facultative la taxation annuelle, et la majorité de la commission de notre conseil propose l'inverse: taxation annuelle comme solution principale, et taxation bisannuelle en tant que solution facultative.

Le groupe radical a réexaminé ces deux solutions et a finalement décidé d'appuyer la solution de la minorité Feigenwinter, c'est-à-dire la version du Conseil des Etats. Je ne reprendrai pas les arguments de fond qui ont déjà été évoqués. Je pense, comme les orateurs qui m'ont précédé, qu'il est nécessaire de sortir de cette impasse avec une solution réaliste, tout en laissant au Conseil fédéral, après huit ans, le soin de faire le point de la situation et de l'évolution qui s'est faite dans les cantons et de proposer l'uniformisation du système, possibilité qui est par ailleurs prévue dans les dispositions transitoires.

La solution de la minorité est jugée réaliste car la majorité des cantons, sauf cinq, connaissent la taxation bisannuelle. Il est donc préférable, à notre avis, que la loi considère comme solution principale la pratique la plus courante, qui est également moins contraignante pour les cantons comme l'a fait remarquer à juste titre M. Coutau. En suivant cette proposition, on éliminerait une divergence de poids avec le Conseil des Etats sans empêcher les cinq cantons qui appliquent déjà la taxation annuelle de continuer à le faire ni ceux qui désireraient les suivre d'introduire cette pratique. Ce faisant, on n'exercerait pas une pression excessive sur les cantons.

La proposition de la minorité, que nous soutenons bien évidemment, doit être suivie soit dans la loi sur l'harmonisation fiscale soit dans la loi sur l'impôt fédéral direct. Dans cette dernière loi, il faudra encore résoudre le problème de l'allongement des tarifs pour que les deux solutions puissent être considérées comme équivalentes – Mme Spoerry interviendra plus tard à ce sujet.

En conclusion, le groupe radical vous invite à soutenir la solution de la minorité Feigenwinter.

Fehr: Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt die Kommissionsmehrheit. Wir sind bisher konsequent für die einjährige Gegenwartsbemessung eingetreten, die wir für die bessere Lösung halten, aber ich möchte auf die Gründe dafür jetzt nicht mehr eingehen.

Wir sehen aber auch ein, dass ein Kompromiss jetzt nötig ist, um den bestehenden Engpass zu überwinden, auch wenn auf

diesem Weg – Herr Biel hat das bereits gesagt – nur ein Minimalziel erreicht wird, weil ja vorläufig auf eine Harmonisierung eigentlich verzichtet wird, da man den Kantonen die Wahl offenlässt.

Was die Differenz anbelangt, die innerhalb der Kommission besteht – also die Frage, ob die einjährige Gegenwartsbemessung als Regel vorgesehen werden und die zweijährige Vergangenheitsbemessung ebenfalls zugelassen werden oder ob man die Akzente umgekehrt setzen solle –, sind wir klar der Meinung, dass die einjährige Gegenwartsbemessung die Regel sein soll. Nur so bewegt sich ja überhaupt etwas. Sonst bringt die Vorlage eigentlich nicht mehr genügend an Harmonisierungsgehalt. Wenn wir schon nur einen halben Schritt machen, dann sollte es ein Schritt in die richtige Richtung sein! Ich bin froh, dass Herr Coutau seinen Antrag zurückgezogen hat. Ich will mich damit nicht mehr auseinandersetzen. Wir hätten ihn nicht unterstützen können, d. h. bezüglich des Harmonisierungsgesetzes wohl, aber nicht bezüglich des Gesetzes über die direkte Bundessteuer, weil es kaum logisch gewesen wäre, bei der Bundessteuer eine andere Lösung vorzusehen als im Harmonisierungsgesetz.

Also zusammengefasst: Wir unterstützen die Kommissionsmehrheit.

M. Rebeaud: Le groupe écologiste soutient la proposition de la majorité de la commission. Le dépliant est déjà bien assez long et il faudrait éviter de l'allonger encore.

Nous avons déjà eu souvent l'occasion de nous prononcer sur ce sujet: la meilleure solution c'est la taxation annuelle *postnumerando*, experts et techniciens sont tous d'accord sur ce point, et il est mal venu de faire du compromis millimétrique ici avec le Conseil des Etats. Il n'y avait aucune autre solution et nous sommes en train de nous livrer à un sinistre bricolage avec cette loi, à cause du Conseil des Etats, peut-être, mais aussi parce que, dans ce pays, quelques administrations cantonales refusent catégoriquement de changer un tant soit peu leurs habitudes. Il y a une disproportion choquante et étrange entre le niveau des débats que nous avons eus ces derniers jours à propos des grands bouleversements qui se passent actuellement à l'échelon du continent et la médiocrité des préoccupations qui rendent impossible, curieusement, la solution d'un problème aussi simple que celui-ci, la périodicité de la taxation fiscale!

Ce regret étant exprimé, je voudrais dire quelques mots à propos des scrupules fédéralistes qui ont été avancés tout à l'heure par M. Coutau et plus encore par M. Feigenwinter. Je suis moi-même un fédéraliste convaincu et je crois qu'il est nécessaire que les cantons jouissent de la plus grande autonomie et de la plus grande responsabilité possibles. Mais enfin, le peuple et les cantons nous ont donné mandat d'harmoniser le système d'imposition, y compris dans le temps, et c'est le devoir de la Confédération et de notre Parlement que de dire aux cantons comment la Constitution fédérale doit être appliquée. Je ne vois pas en quoi la Confédération et le Parlement fédéral devraient se sentir tout à coup dispensés d'exercer leur devoir, c'est-à-dire de donner des directives aux cantons quant à la périodicité de l'imposition de leurs citoyens. Cela coule de source, c'est la pratique normale du fédéralisme. Il ne s'agit pas d'exercer une contrainte sur les cantons, il s'agit simplement de leur dire démocratiquement comment ils doivent exécuter le vote majoritaire du peuple et des cantons qui a donné naissance à cet article constitutionnel.

Je ne comprends pas très bien non plus pourquoi M. Coutau, qui a voté plusieurs fois sans scrupules fédéralistes outranciers en faveur de la taxation annuelle pour tous les cantons, a tout à coup l'impression que cette position est brutale à l'égard des mêmes cantons. Elle exerce une pression sur certaines administrations cantonales, certes, elle demande un changement d'habitude pour l'application du mandat constitutionnel, mais cela est tout à fait normal. L'autonomie des cantons est garantie de manière pleine et entière au niveau des tarifs et des taux d'imposition, c'est l'essentiel, c'est la substance de la politique fiscale, et cela suffit.

J'espère qu'au terme de ce débat nous aurons confirmé, en votant la proposition de la majorité de la commission, que la

taxation uniannuelle *postnumerando* est le système que nous voulons, à terme, voir adopter par la Confédération et par les cantons et que nous n'entrerons pas dans le jeu de la minorité de la commission, où la préférence va à la situation actuelle. Je vous ferai remarquer, même si je n'aime guère parler de compatibilité européenne, qu'il est assez étrange que ceux qui veulent à tout prix, pour les affaires, organiser cette compatibilité, agissent exactement à l'opposé, en matière fiscale, de ce que voudrait la compatibilité européenne.

En effet, en Europe, la taxation est généralement annuelle et le système moderne d'imposition directe est le système annuel *postnumerando*. J'espère que nous arriverons aujourd'hui à le dire au Conseil des Etats de façon à ce que ce dernier adopte, à la prochaine session, la solution de la majorité de la commission afin que dans huit ou dix ans nous ayons réussi à remplir le mandat constitutionnel qui nous a été confié.

Nebiker: In der Sache – ein oder zwei Jahre – haben wir das Problem eigentlich ausdiskutiert. Die Meinungen sind gemacht und werden sich nicht mehr ändern. Auch die Meinung zwischen den beiden Räten sind gemacht. Der Ständerat hat sich dreimal für die zweijährige Veranlagung, der Nationalrat zweimal für die einjährige Veranlagung entschieden. Es wird wirklich Zeit, dass wir einen Kompromiss finden.

Der Kompromiss ist möglich sowohl auf der Linie der Kommissionsmehrheit als auch auf der Linie der Kommissionsminderheit. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Anträgen sind minimal. Die Mehrheit setzt die einjährige Steuerperiode, die sachlich richtigere, als Hauptvorschlag in den Vordergrund und lässt die Wahlmöglichkeit offen für die zweijährige Veranlagung. Die Minderheit macht das umgekehrt. Sie bleibt bei der zweijährigen Veranlagung, schliesslich sind die meisten Kantone noch bei der zweijährigen Veranlagung, gibt den Kantonen aber die Möglichkeit, zur einjährigen Veranlagung überzugehen. Der Antrag der Kommissionsminderheit entspricht auch weitgehend dem Beschluss des Ständerates. Er geht etwas weiter, indem er festlegt, wie die einjährige Veranlagung auszugestalten sei.

Der Entscheid über die Steuerperioden ist sehr emotionell. Es ist richtig, wenn man versucht, die Entscheidung im Hinblick auf eine spätere Steuerharmonisierung von unten nach oben zu fällen und nicht umgekehrt. Dieser Ueberlegung entspricht der Vorschlag der Minderheit mehr. Er lässt den Kantonen die Wahlmöglichkeit, schrittweise zur einjährigen Veranlagung überzugehen. Persönlich bin ich der Meinung, dass der Antrag der Mehrheit an sich richtig wäre. Man sollte, was sachlich richtig ist, in den Vordergrund stellen. Aber ich sehe ein, dass wir dem Trauerspiel ein Ende bereiten sollten.

Wir sollten dem Ständerat nun entgegenkommen. Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb Zustimmung zur Minderheit. Das ist eine Brücke zum Ständerat. Der Ständerat kann sich so, ohne allzusehr das Gesicht zu verlieren – es geht nur noch um die Detailausarbeitung –, dem Beschluss des Nationalrates anschliessen, und wir können so diese leidigen Differenzen bereinigen. Das ist ein Schritt hin zum Ständerat. Mit der Zeit wird es auch nach Vorschlag der Kommissionsminderheit zu einer Steuerharmonisierung kommen und, wie ich hoffe, möglichst bald zur einjährigen Veranlagung. Aber überlassen wir das den Kantonen. Sie sollen in erster Linie entscheiden können, ob sie wechseln wollen oder nicht.

Ich empfehle Ihnen namens der SVP-Fraktion Zustimmung zur Kommissionsminderheit.

Stucky: Ich empfehle Ihnen ebenfalls, der Minderheit zuzustimmen, um damit diese Differenz zu bereinigen. Wir müssen doch sehen, dass der Ständerat im Grunde genommen einen grossen Schritt auf uns zu gemacht hat, ist doch unser Beschluss der Einjährigkeit nur mit einer knappen Mehrheit von zwei Stimmen gefasst worden.

Eigentlich hätte der Antrag Coutau sehr viel für sich gehabt. Er ist aber zurückgezogen worden, und ich will mich deshalb nicht mehr dazu äussern, sondern Ihnen lediglich mitteilen, dass sich der Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz noch einmal mit dieser Frage befasst und beschlossen hat, die acht-

jährige Frist, die in diesem Vorschlag enthalten ist, dazu zu nützen, zwei gründliche Studien zu machen: Eine wissenschaftliche, in der die Vor- und Nachteile der ein- und zweijährigen Periode einander gegenübergestellt werden, und eine zweite an der Front, in der nochmals geprüft wird, welche effektiven Auswirkungen die Steuerperioden auf die Steuerverwaltungen der Kantone und der Gemeinden sowie auf die Steuerpflichtigen haben werden. Es ist doch so, dass wir uns hier nie finden konnten und immer verschiedene Argumente vorbrachten, ob und wieviel an Mehrbelastung die Einjährigkeit den kantonalen Steuerverwaltungen bringen würde. Wir möchten das einmal endgültig geklärt haben und diese Achtjahresfrist dazu benützen. Ich empfehle Ihnen, zur Lösung des ganzen Problems die Uebergangsfrist und Uebergangslösung der Minderheit anzunehmen.

Reichling, Berichterstatter: Es ist von einem Trauerspiel gesprochen worden, weil die Fahne länger als ein Meter ist. Wir müssen doch berücksichtigen, dass das eidgenössische Parlament das erste Mal in seiner Geschichte ein Steuergesetz für eine direkte Bundessteuer zu beraten hat. Wir haben die Steuern ungefähr fünfzig Jahre lang nach bundesrätlichen Verordnungen erhoben, das war offenbar viel einfacher. Heute müssen wir ein Gesetz machen, und es ist richtig, dass das sehr sorgfältig gemacht und nicht übers Knie gebrochen wird.

Lustig wäre es – auf der Traktandenliste von heute steht noch die Motion für die Mehrwertsteuer –, wenn die Mehrwertsteuer unter Verzicht auf eine direkte Bundessteuer eingeführt und somit alles ausser Kraft gesetzt würde, bevor die acht Jahre abgelaufen sind. Dann wäre unsere Arbeit überflüssig gewesen, aber das wird die Zukunft weisen.

Ich danke Herrn Coutau, dass er seinen Antrag zurückgezogen hat, auch im Namen der Genfer Steuerzahler, denn nach seinen Anträgen hätten sie in den nächsten Jahren im Kanton und Bund nach unterschiedlichen Methoden besteuert werden müssen.

Herrn Feigenwinter möchte ich sagen: Es ist schade, dass er nicht Ständerat ist, denn wenn sein vermittelnder Geist dort zum Tragen gekommen wäre, hätten wir es vielleicht einfacher gehabt.

Folgendes müssen wir festhalten: Ob Sie der Mehrheit oder der Minderheit folgen, es ändert sich sowohl für die Steuerzahler aller Kantone als auch für die Kantone selbst, für die Folgemaassnahmen, die sie zu treffen haben, damit überhaupt nichts. Mehrheit und Minderheit sind in der Auswirkung absolut gleichwertig. Es geht mehr um das Image dieses Steuergesetzes. Es ist eigentlich überflüssig, dass wir uns derart engagiert für das eine oder andere einsetzen. Jeder Kanton muss harmonisieren, unabhängig davon, welchem System Sie zustimmen, ob der Mehrheit oder der Minderheit; denn die kantonalen Steuergesetze müssen an die Bestimmungen des Harmonisierungsgesetzes angepasst werden. Es scheint mir richtig, dass die Kantone, wenn sie schon harmonisieren müssen, sich auch gleichzeitig überlegen, ob sie den Schritt von der zweijährigen zur einjährigen Bemessung machen wollen. Dazu werden die wissenschaftlichen Untersuchungen der Finanzdirektoren wahrscheinlich ihren Beitrag leisten. Viele Kantone stehen ja sowieso vor Steuergesetzrevisionen. Es ist natürlich eine sehr föderalistische Lösung, wenn wir nun während den nächsten acht Jahren den Kantonen die Freiheit lassen, welchen Weg sie bei der Harmonisierung beschreiten wollen. Die Kantone haben zweifelsohne sehr viel mehr Erfahrung in der direkten Besteuerung der natürlichen Personen, sie können kompetente Entscheide fällen.

Die Mehrheit beantragt Ihnen, dem Grundsatz der einjährigen Bemessung den Vorzug zu geben. Dass ich ein überzeugter Verfechter dieses Bemessungssystems bin, haben Sie in den früheren Beratungen genügend zur Kenntnis nehmen können. Es scheint mir überflüssig, hier noch einmal auf die Vor- und Nachteile einzutreten, sie sind Ihnen durchaus bekannt. Wenn Sie der Mehrheit folgen, können die Kantone in einem einzigen Schritt die endgültige Harmonisierung erreichen. Später müssten im Harmonisierungsgesetz nur noch die Uebergangsbestimmungen und der Artikel 18a gestrichen

werden. Aber auch das wird dannzumal eines referendumspflichtigen Bundesbeschlusses bedürfen.

Nach der Minderheit steht die zweijährige Bemessung im Vordergrund. Wenn man später tatsächlich voll harmonisieren will, wird man noch einmal ein völlig neues Steuergesetz vorlegen müssen. Aber wie gesagt: Es gibt keine unterschiedlichen Auswirkungen.

Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen: In diesem Gesetz, in Artikel 73, wird nicht mehr festgelegt, dass nach acht Jahren ein Entscheid für das eine oder andere System gefällt werden muss. Wir lassen es dem Parlament offen, was in acht Jahren geschehen soll. Der Bundesrat hat darüber Bericht zu erstatten, was in den Kantonen geschehen ist. Je nach Entwicklung in den nächsten acht Jahren wird er dannzumal beantragen, dass das eine oder andere System definitiv gewählt wird, oder er kann auch sagen: Wir verlängern die Uebergangsfrist noch um einige Jahre. Auch diese Möglichkeit steht ihm offen.

Es wäre falsch, jetzt vorwegnehmen zu wollen, was in acht Jahren in diesem Ratssaal zu geschehen hat. Auch wenn wir es bestimmen würden, könnte der Rat jederzeit diesen Punkt wieder revidieren. Diesbezüglich besteht Offenheit.

Es ist aber falsch, wenn gesagt wird, es würde in dieser Harmonisierung praktisch nichts mehr drinliegen. Was offen ist, ist die Bemessungsperiode. Alle anderen Rahmenbedingungen der Steuergesetze werden in Uebereinstimmung gebracht. Ich habe schon gesagt: Alle Kantone werden sich hier anpassen müssen. Kein Kanton hat ein Steuergesetz, das genau diesen Bestimmungen entspricht. Damit wird ein gewaltiger Schritt Richtung gleichmässiger Besteuerung in allen Kantonen gemacht.

Ich beantrage Ihnen, der Mehrheit zuzustimmen, und gebe Ihnen noch folgendes bekannt: Mit diesem Grundsatzbeschluss werden im Steuerharmonisierungsgesetz die Artikel 5, 11, 18 bis 20, 22, 74 und 74a bis 74h erledigt. Auf diese Artikel werden wir nachher nicht mehr eintreten müssen.

Auf der Fahne ist noch ein materieller Fehler, auf den ich Sie aufmerksam machen möchte: Nachdem wir nun die beiden Bemessungssysteme im Gesetz belassen, muss Artikel 5 gestrichen werden. Bei Wohnortswechsel von einem Kanton in den anderen muss auch die Steuerpflicht auf das Datum des Wohnungswechsels ändern, weil die Verrechnung zwischen ein- und zweijähriger Methode nicht möglich ist. Artikel 5 ist – so oder so – zu streichen.

M. Salvioni, rapporteur: Pour reprendre ce que M. Robert Duret a déclaré devant le Conseil des Etats, si nous émettions une comparaison avec le domaine militaire, c'est comme si le Parlement votait actuellement des crédits pour l'achat de chars romains et de hallebardes en faveur de notre armée au lieu du Leopard et du Stinger. Cet exemple est très pertinent. Les raisons qui ont conduit votre commission à choisir la taxation annuelle dans l'immédiat sont très sérieuses. Je me permets d'en indiquer quelques-unes. On a prétendu que seuls cinq cantons ont la taxation annuelle et que seulement un applique la taxation *postnumerando*. Cela est vrai, mais si l'on se réfère à la Conférence des directeurs des finances, on constate qu'un tiers est favorable à la taxation annuelle *postnumerando* et que deux tiers y sont opposés. Et, si l'on se rend à la Conférence des administrateurs des finances qui est plus importante parce qu'elle comprend les gens qui doivent appliquer la loi sur le terrain, on relève que la grande majorité des membres est en faveur de la taxation annuelle *postnumerando* et que la minorité souhaite le maintien du système biennal. Comme vous le constatez, plus on se rapproche des responsables qui opèrent sur le terrain, plus les partisans de la solution moderne sont importants. D'ailleurs, la presque totalité des spécialistes du droit fiscal partagent l'opinion selon laquelle la taxation annuelle est la meilleure dans l'immédiat. Voilà aussi une raison qui devrait nous engager, si l'on rédige une loi – c'est la première du Parlement dans ce domaine, puisque les autres avaient été prises dans le cadre des pleins pouvoirs – à regarder vers l'avenir et non vers le passé. Or, actuellement on élabore une loi pour laquelle on nous demande de regarder vers le passé et de ne pas nous soucier de l'avenir.

Dans tous les autres domaines – on en a parlé hier toute la journée – on continue à proclamer que la Suisse doit se rapprocher de l'Europe et de ses institutions. Alors, qu'est-ce que cela signifie si dans le secteur de la fiscalité nous nous en éloignons au lieu de nous en rapprocher? En Europe, le système de la taxation annuelle est appliqué partout. Mais, en Suisse, nous voulons persévérer avec le système biennal.

Si l'on voulait être cohérent avec ce dernier, il faudrait instaurer un système biennal de budgétisation et de comptes de la Confédération. Il est inadéquat de prélever les recettes fiscales à l'aide d'une taxation biennale et établir des comptes et des budgets annuels, car cela donne des différences qu'il est nécessaire d'aplanir. C'est la raison pour laquelle on prétend que pour faire des comparaisons valables il faut attendre une période de deux ans. En effet, si on effectue un jugement sur une année à propos des recettes de la Confédération, il ne sera pas indicatif de la situation réelle.

La taxation biennale a aussi des inconvénients qu'il faut dénoncer. Certaines discriminations devraient être éliminées, par exemple celles vis-à-vis des saisonniers. Ces derniers sont imposés annuellement. Certes, on effectue une déduction pour tenir compte de leur situation, mais elle ne suffit pas. Un jour, les Etats européens viendront nous présenter la facture et nous dire que la Suisse doit traiter les saisonniers comme ses citoyens du point de vue fiscal. Je souligne une autre discrimination intéressante. Si au cours d'une année j'ai un gain exceptionnel (200 000 ou 300 000 francs) et que je change de domicile à la fin de l'année, le revenu que j'ai eu dans les deux ans précédents disparaît, car dans l'ancien canton je suis taxé sur les gains de la période précédente et, dans le nouveau canton, je serai imposé sur le revenu obtenu depuis mon établissement, c'est-à-dire immédiat ou du présent. Grâce à cet artifice, on peut escamoter des gains supplémentaires obtenus au cours des deux dernières années. Cet exemple n'est pas une fantaisie, car cette lacune est utilisée. Ainsi, la taxation intermédiaire cache une possibilité d'évasion fiscale légale.

Je rappelle encore que les arguments exposés contre la taxation annuelle, lors des premières discussions, en particulier par M. Feigenwinter, ont été abandonnés. Il avait proclamé à cette tribune: «Je suis opposé, car la Confédération veut prendre encore plus d'argent chez les contribuables.» Cet argument a été évincé, car cela n'est pas vrai. M. Reichling a démontré, s'agissant de la charge fiscale, que l'une et l'autre solution sont absolument identiques. D'ailleurs, un article stipule que le Conseil fédéral doit agir de façon à éviter des différences sensibles entre les cantons et les contribuables, qu'ils soient dans l'un ou dans l'autre système. Par conséquent, même la discussion sur les barèmes est inutile, car l'exécutif doit appliquer ce mandat et agira de manière à éviter des différences entre les cantons et les contribuables. Il y a donc toute une série de motifs qui appuient la majorité de la commission. Je vous en ai fourni quelques-uns.

J'émettrai une dernière considération. Si l'on décidait une taxation biennale comme solution prioritaire et annuelle comme solution facultative, le jour où nous voudrions passer à l'imposition annuelle – ce sera la solution de l'avenir – il faudrait rédiger une nouvelle loi. En revanche, si nous nous déterminions pour le système annuel en priorité et le système bisannuel de manière facultative, il suffirait d'abolir ce dernier. Ainsi, nous n'aurions aucun problème, car la loi serait déjà prête. La commission a aboli l'article qui prévoyait une uniformisation des systèmes dans les huit ans. Le Conseil fédéral aurait dû présenter un rapport dans le cas où dans les huit ans la majorité des cantons serait passée à la taxation annuelle. On a simplement maintenu une disposition selon laquelle l'exécutif, après huit ans, doit soumettre un rapport à l'Assemblée fédérale et présenter des propositions s'il le juge nécessaire. Je souligne encore qu'après cette votation nous aurons au moins liquidé les articles 5, 11, 18 à 20, 22, 74 et 74a à 74h. Ils sont tous dépendants de notre choix d'une période de taxation annuelle ou biennale.

Feigenwinter, Sprecher der Minderheit: Selbstverständlich kann ich Herrn Salvioni als Sprecher welscher Zunge nicht verbieten, hier materielle Ausführungen zum Problem der zeitli-

chen Bemessung zu machen. Aber ich möchte festhalten: Er ist der einzige gewesen, der sich jetzt sehr ausführlich mit den materiellen Argumenten für die eine oder die andere Lösung auseinandergesetzt hat. Er musste, um Gegengründe zu holen, auf die vergangenen Diskussionen in diesem Rate zurückgreifen.

Es geht jetzt nicht mehr darum, die Minderheit von den Gründen der Mehrheit zu überzeugen oder umgekehrt, sondern es geht darum, dass wir zusammen mit dem Ständerat eine Lösung finden, die in unserer Gesetzgebung diesem Zweikammersystem Rechnung trägt.

Ich empfehle Ihnen gelegentlich, der Minderheit zuzustimmen, weil diese Lösung geeignet ist, schlussendlich Gesetzeskraft zu erlangen und auch die allfällige Hürde eines Referendums zu nehmen.

M. Salvioni, rapporteur: Je remercie M. Feigenwinter de ne m'avoir pas dénié le droit de soutenir les raisons de la majorité de la commission, ce qui d'ailleurs était de mon devoir. Je le remercie aussi d'avoir reconnu son abandon de l'argument principal, à savoir que si l'on avait choisi la taxation annuelle, on aurait dû payer plus d'impôts. Donc, c'est bien la preuve que chacun des deux systèmes représente en fait la même charge fiscale pour le contribuable.

Bundesrat Stich: Seit undenklicher Zeit beschäftigen wir uns mit dem Problem der Steuerharmonisierung und insbesondere mit der ein- oder zweijährigen Veranlagung. Sie wissen, der Nationalrat hat sich immer für die einjährige ausgesprochen, der Ständerat immer für die zweijährige; hier ist natürlich mit einer Einigungskonferenz nicht viel zu erreichen. Man kann die Steuerharmonisierung nicht auf anderthalb Jahre festlegen, um beiden Räten Rechnung zu tragen.

Ich glaube – das muss ich vielleicht zuerst Herrn Stucky sagen –, dass es in bezug auf die einjährige Veranlagung nichts mehr wissenschaftlich abzuklären gibt. Man kann schlicht und einfach feststellen: Ein System, wie wir es in der Schweiz haben, gibt es in keinem Land der Welt mehr, in keinem Land!

Man wirft dem Bundesrat gelegentlich vor, er sei zu wenig fortschrittlich, zu wenig «europäisch». Aber wenn ich daran denke, dass das Parlament acht Jahre lang über diese Frage diskutiert und gestritten hat und zu keiner Lösung gekommen ist, muss man sich doch auch seine Gedanken machen. Man muss sich insbesondere überlegen, warum das so ist. Ich habe Ihnen früher dargelegt, dass heute etwa 40 Prozent aller Steuerpflichtigen in der Schweiz die einjährige Veranlagung haben. Ob Sie es wollen oder nicht: Jeder, der in die Steuerpflicht kommt, hat die einjährige Veranlagung, und jeder, der eine Zwischenveranlagung macht, hat ebenfalls die einjährige Veranlagung.

Wenn man sich dessen bewusst ist, kann man begreifen, dass die kantonalen Finanzdirektoren an der zweijährigen Steueranlagung Freude haben. Sie ist zwar kompliziert, aber sie bringt Geld, und zwar deshalb, weil für Leute mit Zwischenveranlagung und für solche, die neu in die Steuerpflicht kommen, diejenigen Steuersätze gelten, die für die zweijährige Veranlagung vorgesehen sind. Sie haben gesehen, dass wir eine Streckung des Tarifs um 10 Prozent vorsehen, um im Durchschnitt das auszugleichen, was die Leute in der Regel mehr bezahlen. Das wird in den Kantonen nicht ausgeglichen. Deshalb ist das zweijährige System sachlich ungerecht; es widerspricht der Rechtsgleichheit.

Man kann sagen, der Vorschlag des Ständerates (zweijährige Veranlagung und die Möglichkeit, die einjährige beizubehalten) sei ein Entgegenkommen. Sicher ist es ein Entgegenkommen gegenüber jenen Kantonen, die ein fortschrittlicheres Steuersystem haben. Aber der Vorschlag bringt keine Lösung; denn das Steuerharmonisierungsgesetz sollte immerhin zeigen, wohin der Weg geht, und der Weg kann sicher nicht zur zweijährigen Veranlagung zurückgehen, sondern sollte zur einjährigen Veranlagung führen. Deshalb ist es meines Erachtens richtig, wenn man einen Kompromiss finden will, dass man grundsätzlich die einjährige Veranlagung stipuliert, aber wohl oder übel die zweijährige tolerieren muss, bis einmal die 40 Prozent Leute rebellieren, die in den Kantonen nach den

Grundsätzen der einjährigen Besteuerung und zu den Ansätzen der zweijährigen Besteuerung besteuert werden. Dann wird vermutlich in den Kantonen doch etwas geändert werden. Es scheint mir ausserdem, dass man auch den kantonalen Parlamenten die Richtung zeigen sollte, und das kann nur die Richtung der einjährigen Veranlagung sein. Ich bitte Sie deshalb, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Ich denke, das sei auch für den Ständerat eine Basis, der er zustimmen könnte. Denn es wird damit noch kein Kanton gezwungen, von der zweijährigen Veranlagung wegzugehen. Aber es wäre falsch, wenn man den Grundsatz der zweijährigen Veranlagung festlegen würde. Denn die zweijährige Veranlagung ist ungerecht, und sie widerspricht dem Gebot der rechtsgleichen Behandlung der Steuerpflichtigen, und das dürfen Sie als Parlamentarier in der heutigen Zeit nicht mehr zulassen.

Le président: Je vous rappelle que le vote que nous ferons portera sur les articles 5, 11, 18 à 20, 22, 74 et 74a à 74h.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	94 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen

A. Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) Loi fédérale sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (LHID)

Art. 4 Abs. 2 Bst. d, dbis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 4 al. 2 let. d, dbis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Ich vermute, dass der Beschluss, den Sie soeben gefasst haben, dazu führen kann, dass wir in der Junisession die Differenzenbereinigung zwischen beiden Räten abschliessen können. Das wäre ein erfreuliches Ziel. Zu Artikel 4 im Gesetz über die Steuerharmonisierung: Die Kommission beantragt Zustimmung zum Ständerat. Es handelt sich um eine differenzierte Lösung für Vorsorgeleistungen aus öffentlich-rechtlichem Arbeitsverhältnis einerseits und privatwirtschaftlichem Arbeitsverhältnis andererseits. Im Gesetz über die direkte Bundessteuer haben wir den Beschluss bereits so gefasst, wie ihn der Ständerat auch gefasst hat. Wenn Sie dem Ständerat zustimmen, erhalten wir eine Uebereinstimmung in beiden Gesetzen. Die Zustimmung gilt gleichzeitig bezüglich der Quellensteuer in Artikel 38.

M. Salvioni, rapporteur: Il s'agit simplement à l'article 4 d'adapter cette norme à la décision que nous avons déjà adoptée et qui a aussi été adoptée par le Conseil des Etats à l'article 5, alinéa premier, lettre d bis de la loi sur l'impôt fédéral direct. Donc, le même principe a déjà été voté définitivement. Il s'agit maintenant d'adapter la loi sur l'harmonisation fiscale à l'article 4. Pour le contenu, il s'agit de soumettre à l'impôt les revenus qui proviennent d'institutions de prévoyance professionnelle privées, les personnes qui, après avoir eu un rapport de travail en Suisse, se déplacent à l'étranger. C'est le fameux «Pilotentrick» qu'il fallait éviter. Donc, la commission, à l'unanimité, vous demande d'accepter cette proposition.

Angenommen – Adopté

Art. 5, 11 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 5, 11 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 15

Antrag der Kommission

Abs. 2 Bst. e

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3 Bst. e, 3bis

Festhalten

Abs. 5

.... besteuert werden.

(Rest des Absatzes streichen)

Antrag Fischer-Hägglingen

Abs. 3 Bst. f (neu)

Veräusserungen von bestehenden Mietwohnungen, die in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, sofern der Erwerber sie selbst nutzt und der dabei erzielte Gewinn innert angemessener Frist zur Erstellung von neuen preisgünstigen Mietwohnungen in der Schweiz verwendet wird.

Art. 15

Proposition de la commission

Al. 2 let. e

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3 let. e, 3bis

Maintenir

Al. 5

.... imposés plus lourdement.

(Biffer le reste de l'alinéa)

Proposition Fischer-Hägglingen

Al. 3 let. f (nouvelle)

En cas d'alinéation d'appartements locatifs transformés en logements en propriété, pour autant que l'acquéreur les utilise pour son propre usage et qu'il affecte le produit ainsi réalisé, dans un délai approprié, à la construction en Suisse d'appartements locatifs à prix abordables.

Abs. 2 Bst. e – Al. 2 let. e

Reichling, Berichterstatter: Bei Artikel 15 haben wir verschiedene Beschlüsse zu fassen: Wir haben eine Differenz bei Absatz 2 Buchstabe e, bei Absatz 3 Buchstabe e und bei Absatz 3bis. Sodann hat Herr Kollege Fischer-Hägglingen noch einen Antrag eingereicht zu einem Absatz 3 Buchstabe f (neu). Wir müssen jeden Punkt einzeln behandeln, weil unterschiedliche Materien beschlagen werden.

Bei Absatz 2 Buchstabe e beantragt die Kommission Zustimmung zum Ständerat. Die Regelung, wie sie für die Besteuerung von Planungsmehrwerten im Raumplanungsgesetz vorgesehen ist, soll durch das Steuerharmonisierungsgesetz nicht geändert werden, sonst würde zwischen diesen beiden Bundesgesetzen eine Differenz entstehen, die seinerzeit sehr umstritten war und zur Ablehnung der ersten Raumplanungsgesetzgebung geführt hat. Hier empfiehlt die Mehrheit also Zustimmung zum Ständerat.

M. Salvioni, rapporteur: A l'article 15, il y a plusieurs propositions. On discute maintenant de la proposition à l'article 15, alinéa 2, lettre e. Nous avons proposé, en première lecture, une formule qui prévoyait que «les plus-values» – dans le domaine de l'impôt sur les gains immobiliers – «qui résultent des mesures d'aménagement au sens de la loi fédérale sur l'aménage-

ment du territoire et qui ne sont pas absorbées en tout ou partie par des contributions ou des taxes, dans la mesure où le propriétaire de l'immeuble en a tiré parti en faisant usage de nouvelles possibilités de construire découlant des mesures d'aménagement» auraient été passibles de l'impôt sur le gain immobilier.

Le Conseil des Etats a décidé de maintenir le projet du Conseil fédéral, qui, en réalité, est plus flexible car il donne aux cantons la possibilité de décider quels gains immobiliers sont soumis à une imposition. La version du Conseil national limitait donc la liberté des cantons de décider dans le domaine de l'imposition sur les gains immobiliers. La commission, à la quasi unanimité, a accepté de se rallier à la proposition du Conseil des Etats, donc de laisser aux cantons la possibilité de décider quels sont les gains immobiliers à soumettre à l'imposition.

Angenommen – Adopté

Abs. 3 Bst. e, 3bis – Al. 3 let. e, 3bis

Reichling, Berichterstatter: Diese beiden Absätze müssen wir zusammen behandeln. Es geht um den Aufschub der Grundstückgewinnsteuerpflicht bei Ersatzbeschaffung. Um die Mobilität im Beruf und die Verkürzung der Arbeitswege zu fördern, hat der Nationalrat eine verbindliche Bundeslösung getroffen, die auch bei Wohnsitzwechsel über die Kantonsgrenze hinaus anzuwenden ist. Der Ständerat hat an seiner fakultativen, kantonalen Regelung festgehalten.

Wenn wir alle Vorkehren bedenken, die gegenwärtig in der «Pipeline» sind, um die Weiterbildung im Beruf zu fördern, den Berufswechsel zu unterstützen, den Wiedereinstieg der Frauen ins Berufsleben zu erleichtern, wäre es unverständlich, wenn wir all diese Fördermassnahmen für die Wohnungs- und für die Hauseigentümer über die Grundstückgewinnbesteuerung wieder durchkreuzen würden. Die Grundstückgewinnbesteuerung soll damit aber nicht aufgehoben, sondern sie soll nur hinausgeschoben werden, sofern jemand sein Eigenheim verkauft, um in einem anderen Kanton wieder ein gleichwertiges Eigenheim zu kaufen.

Wenn dieser Verkaufsgewinn besteuert wird, dann fehlt das Geld, um am neuen Ort bei den gestiegenen Preisen wieder Wohnungseigentum erwerben zu können.

Wir beantragen Ihnen aus all diesen Gründen, an unseren Beschlüssen festzuhalten.

M. Salvioni, rapporteur: A l'article 15, alinéa 3, lettre e, la commission vous propose de maintenir la formule que nous avons votée en dernière lecture et qui n'avait pas été acceptée par le Conseil des Etats. La commission et le Conseil national avaient auparavant décidé qu'en ce qui concerne l'impôt sur les gains immobiliers l'imposition pouvait être différée «en cas d'aliénation de l'habitation (maison familiale ou appartement) ayant durablement et exclusivement servi au propre usage de l'aliénateur, dans la mesure où le produit ainsi soutenu est affecté, dans un délai approprié, à l'acquisition et à la construction en Suisse d'une habitation servant au même usage.» Le Conseil des Etats avait par contre prévu une formule plus ouverte qui disait: «Les cantons peuvent prévoir un report de l'imposition en cas d'acquisition en remplacement d'une habitation privée».

La commission vous propose de biffer cette formule du Conseil des Etats et de vous en tenir au texte que nous avons voté car il permet d'éviter une imposition dans des cas très particuliers qui appellent des ménagements. Par exemple, si quelqu'un, pour une raison quelconque, doit vendre l'habitation dans laquelle il a vécu et qu'il veut, avec l'argent qu'il reçoit de la vente, construire une nouvelle habitation, la commission estime incongru de le grever encore d'une imposition sur les gains immobiliers. La formulation du Conseil national fixe strictement le report de cette imposition au moment où la deuxième habitation serait éventuellement vendue. La commission a décidé de maintenir cette version et de ne pas accepter la formule plus large que le Conseil des Etats avait voulu insérer.

Angenommen – Adopté

Abs. 3 Bst. f – Al. 3 let. f

Fischer-Hägglingen: Wir haben bei Artikel 15 eine Differenz zum Ständerat. Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um beim Steueraufschub ein zusätzliches Element bei der Grundstückgewinnsteuer einzubauen. Und zwar bin ich darauf gekommen wegen all dem, was über das Bodenrecht, über die Bodenbeschlüsse im Laufe der Sondersession diskutiert wurde, aber auch wegen der Diskussion über die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt.

Wir stellen ja fest, dass wir in einem gewissen Zielkonflikt sind. Einerseits möchten wir die Nachfrage nach Boden dämpfen, und andererseits möchten wir den Wohnungsmarkt entspannen. Wir stellen auch fest, dass die Nachfrage nach Mietwohnungen, vorab nach günstigen Mietwohnungen, nicht gedeckt werden kann. Diese Situation wird sich im Laufe der nächsten Jahre noch verschärfen: Die grossen Jahrgänge sind im heiratsfähigen Alter, und die Investitionsfreudigkeit im privaten Wohnungsbau nimmt ab. Das stellen wir überall fest. Zudem ist auch längerfristig eher damit zu rechnen, dass sich der Bundesbeschluss C über die Anlagevorschriften negativ auswirken wird.

Eine weitere Eigentümlichkeit im schweizerischen Wohnungsmarkt ist die sogenannte Eigentumsquote, die bei 30 Prozent liegt. Nur 30 Prozent der Einfamilienhäuser und der Wohnungen befinden sich im Eigentum der Benutzer.

Die Gründe dafür sind sehr verschiedenartig, und wir haben darüber auch schon diskutiert. Wir haben auch festgestellt, dass die Probleme auf dem Bodenmarkt nicht mit einem einzigen Wurf gelöst werden können. Es braucht eine Vielzahl von Massnahmen, und ich unterbreite Ihnen mit meinem Antrag eine dieser Massnahmen, die mithelfen könnte, einerseits das Eigentum stärker zu streuen und andererseits die Produktion von preisgünstigen Wohnungen anzukurbeln.

Es gibt ja verschiedene Gründe, warum die Eigentumsstreue in der Schweiz nicht so ist, wie wir das gerne haben möchten, obwohl immer wieder Anläufe genommen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Zudem ist zu beachten, dass der Grossteil der Mietwohnungen im Eigentum von privaten und öffentlichen Investoren ist. Diese Investoren haben an und für sich kein grosses Interesse, die erworbenen Liegenschaften zu verkaufen. Dies ist ja verständlich. Die Pensionskassen, die Versicherungen, die Genossenschaften haben die Liegenschaften erbaut und erworben, um sie zu behalten. Sie dienen ihnen als Kapitalanlage, vorab für Kapital, das sie für Dritte verwalten.

Nun komme ich zum springenden Punkt, der zum Antrag geführt hat: Vollends uninteressant muss ein Verkauf erscheinen, wenn ein damit realisierter Mehrwert, also der Grundstückgewinn, mit einer prozentual meist recht hohen Grundstückgewinnsteuer belegt wird. Da wird kein Investor verkaufen, wenn er nicht in Liquidationsschwierigkeiten ist oder aus anderen Gründen dazu gezwungen wird. Wenn ihm aber der Gesetzgeber die Möglichkeit bietet, unter gewissen Voraussetzungen die Grundstückgewinnsteuer aufzuschieben – ich unterstreiche: aufzuschieben – und auch sonst eine wirtschaftlich interessante Transaktion tätigen zu können, wird er es sich überlegen.

Wirtschaftlich interessant kann für einen Investor die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen werden. Normalerweise wird es ihm dabei gelingen, insgesamt einen höheren Erlös für seine Liegenschaft zu erzielen, da ein zukünftiger Eigentümer bereit ist, für den Gegenwert des Eigentums eine Prämie gegenüber einem anderen Investor zu bezahlen.

Der Anreiz darf jedoch nicht zur Spekulation missbraucht werden. Es müssen somit Sicherungen eingebaut werden. Damit der von mir vorgeschlagene Grundstückgewinnsteuer-Aufschub nicht zu einem blossen Spekulationsinstrument verkommt, soll er nur unter folgenden einschränkenden Voraussetzungen gewährt werden:

1. Beschränkung auf Wohnliegenschaften, da bei Gewerbe- und industriellen Liegenschaften nicht die gleiche staatspolitische Opportunität besteht.
2. Verkauf nur an Selbstnutzer und nicht an andere Investoren, welche die Wohnung wieder vermieten.

3. Wiederinvestition des Erlöses in preisgünstigen Wohnungsbau innert einer angemessenen Frist.

Die Details dazu müssen in einer Verordnung festgelegt werden, wobei sich der Begriff «preisgünstig» nach den Richtlinien des Wohnungs- und Eigentumsförderungsgesetzes richten könnte und die angemessene Frist in Abhängigkeit eines normalen Planungszyklus festzulegen wäre.

Selbstverständlich eignen sich nicht alle Mietwohnungen als Eigentumswohnungen. Eigentumswohnungen erfordern möglichst eine bauliche Anordnung, die ein Nebeneinander ohne allzu starke Einwirkungen ermöglicht. Es sind aber Mehrfamilienhäuser vorhanden, die in Eigentumswohnungen umgewandelt werden könnten.

Dass die Ersatzinvestitionen in Form von preisgünstigen Wohnungen wünschenswert wären, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Der Bau von preisgünstigen Wohnungen ist mit allen Möglichkeiten zu fördern. Dafür braucht es aber vor allem Anreize.

Ein weiterer Anreiz wäre in dieser Konstruktion, dass institutionelle Investoren einen Teil des Verkaufserlöses in Form von Hypotheken stehenlassen könnten, ein Postulat, das ja in der laufenden Bodenrechtsdiskussion schon öfters erhoben wurde.

Sie werden vielleicht meinem Antrag entgegenhalten, er komme reichlich spät, man stehe nun im Differenzenbereinigungsverfahren und diese neue Idee bedürfe einer eingehenden Prüfung. Ich glaube, dass die Probleme auf dem Bodenmarkt in den letzten Monaten stark an Aktualität gewonnen haben. Darum ist auch ein an und für sich unorthodoxes Vorgehen angebracht. Zudem ist der Antrag systemgemäss und entspricht den Intentionen der Kommission. Unserem parlamentarischen System wird immer wieder der Vorwurf gemacht – und dies gerade in letzter Zeit –, es gehe alles so langsam vor sich, besonders in der Gesetzgebung, das Parlament sei gar nicht mehr in der Lage, aktuelle Probleme zeitgerecht zu lösen.

Mit der Zustimmung zu meinem Antrag helfen Sie mit, einen Beitrag – vielleicht nur einen kleinen, aber doch einen – zur Entschärfung der Wohnungsmarktsituation zu leisten und die Bestrebung zur Streuung des Eigentums zu unterstützen. Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Frau Spoerry: Die FDP-Fraktion unterstützt die Idee, die dem Antrag von Theo Fischer-Hägglingen zugrunde liegt.

Wir machen in jüngerer Vergangenheit erfreulicherweise Anstrengungen, den Zugang zum selbstbewohnten Eigentum vermehrt zu fördern. Ich denke hier an die Aenderungen, die im Bereiche der Säule 3a vollzogen worden sind, wo die Gelder zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum freigegeben werden können.

Ähnliche Anstrengungen sind jetzt endlich auch bei der Säule 2 im Gange. Ich spreche von der parlamentarischen Initiative Spoerry und Kündig, die in diese Richtung zielt und die im Ständerat bereits ohne Gegenstimme verabschiedet worden ist. Es ist also ein Durchbruch im Gange.

Wenn wir aber Massnahmen treffen, um die Nachfrageseite zu beleben, so müssen wir auch Massnahmen auf der Angebotsseite vornehmen. Der Antrag Fischer-Hägglingen bietet eine Möglichkeit, die Angebotsseite zu verbessern. Aus diesem Grunde sind wir ihm gegenüber positiv eingestellt.

Der Antrag Fischer-Hägglingen lag der Kommission nicht vor. Es ist möglich, dass es bei der Durchführung gewisse Probleme geben könnte, die wir nicht ausdiskutieren konnten. Aber solche administrativen Probleme sind lösbar, wenn man sie lösen will, wenn der politische Wille dazu besteht.

Die FDP hat diesen politischen Willen. Wir begrüssen konstruktive Massnahmen, welche die Angebotsseite auf dem Immobilienmarkt für das selbstgenutzte Wohneigentum vergrössern können.

Wir unterstützen den Antrag Fischer-Hägglingen, damit der Ständerat diejenigen Detailabklärungen vornehmen kann, die wir nicht vornehmen konnten. Dazu müssen wir aber diese neue Differenz schaffen.

Im Namen der FDP bitte ich Sie daher um Zustimmung zum Antrag Fischer-Hägglingen.

Fehr: Die SP-Fraktion widersetzt sich dem Antrag Fischer-Hägglingen aus formellen und aus materiellen Ueberlegungen:

Formell besteht unseres Erachtens überhaupt keine Differenz. Wir haben Regelungen zu bereinigen, welche sich mit dem Steueraufschub bei ausschliesslich selbstgenutzten Wohnliegenschaften befassen. Daran arbeiten wir seit Beginn, aber es war nie die Rede von einer Bestimmung, wie sie nun Herr Fischer-Hägglingen vorschlägt. Meines Erachtens lässt sich im Differenzbereinigungsverfahren eine solche Neuerung nicht ohne weiteres einführen.

Was die materielle Seite anbelangt, so bekämpfen wir den Antrag, weil die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erfahrungsgemäss sehr oft zu Lasten langjähriger Mieter erfolgt, die häufig keine Chance haben, wirklich keine Chance, als Erwerber aufzutreten. Es sind andere Personen, die hier in Erscheinung treten.

Herr Fischer-Hägglingen hat darauf hingewiesen – zu Recht –, dass Mietwohnungen nicht Eigentumswohnungen sind. Nicht jede Mietwohnung eignet sich zur Abgabe als Eigentumseinheit. Ich teile seine Auffassung, dass auf dem Wohnungsmarkt Mangel an preisgünstigen Wohnungen herrscht, aber ich bin nicht der Auffassung, dass mit diesem Vorschlag das Angebot verbessert werde und dass eine Entspannung eintreten könne. Ich glaube, dieses Instrument lässt sich nicht als Förderungsmassnahme deklarieren. Ich halte im Gegenteil dafür, dass ein in verschiedener Hinsicht problematisches Vorgehen mit diesem neuen Antrag nun noch honoriert und gefördert wird. Das Ergebnis kann dabei durchaus sein, dass letztlich der Mietwohnungsmarkt in eine schlechtere Verfassung gerät. Daher bitten wir Sie, aus formellen Gründen nicht auf den Antrag einzutreten und, sollte dies doch erfolgen, ihn abzulehnen.

Reichling, Berichterstatter: Es ist richtig, dass in der Differenzbereinigung dort keine neuen Elemente eingebracht werden können, wo keine Differenz mehr besteht.

Ich muss Sie nun aber bitten, die Fahne zu konsultieren: Wir haben zwischen dem Text des Ständerates und dem Text des Nationalrates zu entscheiden. Zwischen diesen beiden Texten besteht eine Differenz. Beim Ständerat heisst es, die Kantone könnten bestimmen, dass bei der Ersatzbeschaffung privaten Wohneigentums die Besteuerung aufgeschoben werde. Nun gehören Mehrfamilienhäuser von institutionellen Anlegern zweifelsohne zum privaten Wohneigentum. Also würde die Lösung des Ständerates das, was Herr Fischer hier beantragt, in den Kantonen zulassen, allerdings – vermute ich – in der Regel nur innerhalb der Kantons Grenzen. Wenn wir eine gesamtschweizerische Lösung anstreben, machen wir allerdings mit dem nationalrätlichen Antrag eine Einschränkung auf das ausschliesslich selbstgenutzte Wohneigentum. Die Möglichkeit, welche der Ständerat innerhalb der Kantone generell für Wohneigentum vorsieht, schliessen wir aus.

Durch den Antrag Fischer-Hägglingen würden wir sie nun wieder aufnehmen, auch für Wohneigentum in Mehrfamilienhäusern, erstellt durch institutionelle Anleger, aber auch dort beschränkt auf das selbstgenutzte Wohneigentum.

Ich bin also der Meinung, der Antrag Fischer-Hägglingen passe genau in diese Differenz hinein, er passe zwischen den Beschluss des Ständerates und den Antrag der nationalrätlichen Kommission. Es sollte also meiner Ansicht nach kein Hindernis dafür bestehen, dass wir ihn hier diskutieren und darüber abstimmen. Ich habe das auch vorgängig, so gut ich konnte, selbst geprüft.

Materiell hat die Kommission über diese Möglichkeit nicht beraten, ein entsprechender Vorschlag lag nicht vor. Ich kann Ihnen also nicht sagen, wie sich die Kommission ausgesprochen hätte. Ich selber muss mir nun eine private Meinung bilden, die ich Ihnen als Kommissionspräsident nicht bekanntgeben will.

Die Kommission überlässt es Ihnen, ob Sie dem Antrag Fischer-Hägglingen zustimmen oder ob sie ihn ablehnen wollen.

M. Salvioni, rapporteur: La proposition de M. Fischer-Hägglingen vient d'être présentée devant vous, la commission n'a donc pas eu l'occasion d'en discuter. Elle se situe en tout cas entre la solution du Conseil des Etats, à l'article 15, alinéa 3bis, et la proposition du Conseil national que vous venez d'accepter à l'alinéa 3, lettre e.

Il faut préciser qu'il s'agit d'une proposition différente des deux que j'ai mentionnées. La loi sur les rapports entre les conseils prévoit, dans son article 16, que la nouvelle délibération est circonscrite aux questions sur lesquelles l'accord n'a pu s'établir. Or, ici, il s'agit bien d'une question – si je me souviens bien le texte allemand parle de «Fragen» – celle du report de l'imposition sur les gains immobiliers dans le cas d'une acquisition et du réemploi dans l'immobilier du produit de la vente. La proposition peut par conséquent être formulée dans ce cas, sans violer la loi sur les rapports entre les conseils, que par ailleurs j'ai toujours eu tendance à interpréter d'une façon extensive conformément à la liberté des parlementaires.

Pour ce qui est du contenu de la proposition, je ne puis donner l'opinion de la commission qui n'en a pas débattu, je le répète. Je me bornerai à faire remarquer que de toute façon la traduction française est fautive. Il y a une erreur évidente, qu'il faudrait corriger. En effet, le texte dit: «En cas d'aliénation d'un bâtiment locatif transformé en logement en propriété, pour autant que l'acquéreur l'utilise pour son propre usage et qu'il ...» Il s'agit donc de l'acquéreur, mais l'acquéreur est celui qui a acheté un appartement, il n'a donc aucun produit à réinvestir, c'est du vendeur qu'il s'agit.

Ceci dit, c'est une proposition que chacun doit évaluer selon ses propres convictions. En règle générale, je dirai qu'il y a toujours un certain danger à accepter des propositions formulées devant le plénum et non pas en commission, qui n'ont donc pas été examinées en détail; on risque ainsi de ne pas pouvoir considérer toutes leurs conséquences. C'est la raison pour laquelle il faudrait généralement s'en tenir aux décisions de la commission.

Je dois par ailleurs souligner que cette proposition va étendre considérablement les cas d'exemption de l'impôt sur le gain immobilier, plus précisément ceux qui construisent et habitent eux-mêmes un appartement; qui ensuite transforment en multipropriété, vendent et réinvestissent dans une autre construction; il suffit qu'ils habitent dans l'un des appartements pour qu'ils puissent échapper facilement à l'imposition, sans aucune possibilité d'intervention.

C'est pourquoi, après ces quelques remarques, je vous laisse le soin de juger de cette proposition.

Bundesrat Stich: Der Antrag von Herrn Fischer-Hägglingen schlägt vor, die Gewinnbesteuerung könne aufgeschoben werden, sofern der Erwerber die in eine Eigentumswohnung umgewandelte Mietwohnung selbst nutzt und der Veräusserer den dabei erzielten Gewinn innert angemessener Frist zur Erstellung von neuen preisgünstigen Wohnungen verwendet.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen und das Gesetz nicht noch weiter zu verschlechtern. Der Antrag ist mindestens nicht gut formuliert. Zudem ist er kaum geeignet, in die Praxis umgesetzt zu werden. Er ist kompliziert und gäbe zweifellos zu vielen Streitigkeiten Anlass.

Umgekehrt wäre auch noch zu fragen, wie lange der Erwerber die Wohnung nutzen muss, damit der Verkäufer keinen Gewinn zu versteuern hat. An sich bleibt ja die Steuerschuld trotzdem bestehen.

Dieser Antrag ist also von der Sache her eher kontraproduktiv, und ich bitte Sie, keine neuen Differenzen zum Ständerat mehr zu schaffen und den Antrag abzulehnen.

Fischer-Hägglingen: Ich glaube, der Antrag ist klar formuliert. Er beinhaltet zwei Voraussetzungen: Einerseits muss der Erwerber die Wohnung selber nutzen, andererseits muss der dabei erzielte Gewinn innert angemessener Frist zur Erstellung von neuen preisgünstigen Wohnungen verwendet werden. Es ist ganz klar, dass es der Veräusserer ist, der den erzielten Gewinn innert angemessener Frist zur Erstellung von neuen preisgünstigen Wohnungen in der Schweiz zu verwenden hat. Wie bei jedem Steueraufschub ist die Grundstücksgewinn-

steuer nur aufgeschoben und wird zu irgendeinem Zeitpunkt fällig, das ist richtig.

Ich glaube, wir können diesem Antrag ohne weiteres zustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Fischer-Hägglingen
Dagegen

67 Stimmen
51 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Reichling, Berichterstatter: Der Ständerat hat bei Absatz 5 eine neue Differenz geschaffen. Die nationalrätliche Kommission stimmt diesem Vorgehen zu. Dieser Absatz, welcher die verstärkte Besteuerung von kurzfristig erzielten Grundstücksgewinnen vorschreibt, scheint zweckmässig zu sein. In Abänderung zum Text des Ständerates soll aber nur ein Grundsatz im Steuerharmonisierungsgesetz aufgenommen werden. Die meisten Kantone haben bereits einen solchen degressiven Steuertarif gemäss Besitzesdauer. Es erscheint deshalb überflüssig oder sogar erschwerend, wenn das Bundesrecht zusätzliche Spezifikationen macht. Wir wollen die Kantone, welche schon eine solche Lösung kennen, nicht zwingen, Änderungen vorzunehmen.

Wir beantragen Ihnen, diesem neuen Absatz in der verkürzten Fassung zuzustimmen.

M. Salvioni, rapporteur: Il s'agit d'une modification mineure à l'article 15, alinéa 5. Le Conseil des Etats avait établi le principe que les bénéfices réalisés à court terme soient imposés plus lourdement mais y avait ajouté deux conditions: «lorsque le vendeur n'est pas obligé d'aliéner les immeubles pour des raisons personnelles» et: «Sont réputés obtenus à court terme les bénéfices réalisés après une durée de possession de moins de cinq ans».

La commission accepte le principe mais veut en rester à l'indication de principe sans ces deux conditions, en laissant aux cantons le soin de régler les détails. La formule que la commission vous propose est simplement: «Les cantons veillent à ce que les bénéfices réalisés à court terme soient imposés plus lourdement.» Cette modification permettra aux cantons d'adapter leur législation à ce principe.

Angenommen – Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Coutau

Gemäss Antrag der Mehrheit

Art. 18

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Coutau

Selon la proposition de la majorité

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit (siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité (voir décision de principe)

Art. 18a*Antrag der Kommission**Mehrheit**Titel*

Fakultative zweijährige Steuerperiode

Wortlaut

Die Kantone sind frei, in Abweichung von Artikel 18 die Steuern vom Einkommen und Vermögen für eine zweijährige Steuerperiode entsprechend zweier Kalenderjahre festzulegen und für jedes Steuerjahr (Kalenderjahr) zu erheben. Diesfalls gelten die Vorschriften des 2. Kapitels (Art. 74a bis 74f) der Schlussbestimmungen.

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titel

Fakultative einjährige Steuerperiode

Wortlaut

Die Kantone sind frei, in Abweichung von Artikel 18 die Steuern vom Einkommen und Vermögen für eine einjährige Steuerperiode entsprechend einem Kalenderjahr festzulegen und zu erheben. Diesfalls gelten die Vorschriften des 2. Kapitels (Art. 74a bis 74h) der Schlussbestimmungen.

Antrag Coutau

Gemäss Antrag der Mehrheit

Art. 18a*Proposition de la commission**Majorité**Titre*

Période fiscale bisannuelle facultative

Texte

Les cantons sont libres, en dérogation à l'article 18, de fixer les impôts sur le revenu et sur la fortune pour une période fiscale bisannuelle correspondant à deux années civiles et de les prélever chaque année fiscale (année civile). Sont valables dans ce cas les dispositions du chapitre 2 (art. 74a à 74f) des dispositions finales.

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titre

Période fiscale annuelle facultative

Texte

Les cantons sont libres, en dérogation à l'article 18, de fixer et de prélever les impôts sur le revenu et sur la fortune pour une période fiscale d'une année correspondant à l'année civile. Sont valables dans ce cas les dispositions du chapitre 2 (art. 74a à 74h) des dispositions finales.

Proposition Coutau

Selon la proposition de la majorité

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 19, 19a, 20, 22*Mehrheit*

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Coutau

Gemäss Antrag der Mehrheit

Art. 19, 19a, 20, 22*Proposition de la commission**Majorité*

Maintenir

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Coutau

Selon la proposition de la majorité

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 26*Antrag der Kommission**Abs. 1 Bst. f**Mehrheit*

f. juristische Personen, die öffentliche oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, für den Gewinn und das Kapital, die unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet sind. Gemeinnützig ist jede uneigennützige Tätigkeit zur Unterstützung bedürftiger Menschen sowie zur Schaffung oder Erhaltung menschenwürdiger Lebensräume in sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und landschaftlicher Hinsicht. Nicht gemeinnützig ist die Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke. Vermögensanlage ist kein wirtschaftlicher Zweck, auch wenn sie in Beteiligungen an Unternehmen mit wirtschaftlichen Zwecken erfolgt, sofern sicher gestellt ist, dass damit keine direkte oder indirekte Übernahme geschäftsleitender Funktionen verbunden ist;

Minderheit I

(Nebiker, Feigenwinter, Hänggi, Müller-Wiliberg)

f., die öffentliche, humanitäre oder gemeinnützige Zwecke verfolgen,

Minderheit II

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)

f. Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 1 Bst. g**Mehrheit*

g. juristische Personen, die in der Schweiz oder im Rahmen allgemein anerkannter Religionsgemeinschaften Kultuszwecke verfolgen,

Minderheit

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 26*Proposition de la commission**Al. 1 let. f**Majorité*

Les personnes morales qui poursuivent des buts de service public ou de pure utilité publique, sur le bénéfice et le capital irrévocablement affectés à ces buts. Est d'utilité publique toute activité désintéressée visant à venir en aide à des personnes dans le besoin ainsi qu'à créer ou à maintenir des espaces vitaux humains sur les plans social, culturel et environnemental. La poursuite de buts économiques ne saurait être considérée comme étant d'intérêt public. Les placements de fortune ne constituent pas un but d'ordre économique même s'ils sont destinés à l'acquisition de participations à des entreprises poursuivant des buts économiques dans la mesure où leur affectation n'est liée à aucune prise directe ou indirecte de fonctions dirigeantes;

Minorité I

(Nebiker, Feigenwinter, Hänggi, Müller-Wiliberg)

.... de service public, humanitaires ou d'utilité publique, sur le bénéfice

Minorité II

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 1 let. g**Majorité*

Les personnes morales qui poursuivent en Suisse ou dans le cadre de communautés religieuses généralement reconnues des buts culturels, sur le bénéfice et le capital exclusivement et irrévocablement affectés à ces buts;

Minorité

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 1 Bst. f – Al. 1 let. f

Reichling, Berichterstatter: Ich möchte vorwegnehmen, dass der allfällige Beschluss, den wir hier fassen, auch für Artikel 62 Buchstabe g und h des Gesetzes über die direkte Bundessteuer gelten wird. Es hätte keinen Sinn, für die beiden Gesetze unterschiedliche Beschlüsse zu fassen. Die nationalrätliche Kommission beantragt, eine neue Differenz aufzunehmen. Die ständerätliche Kommission hat dazu ihre Zustimmung gegeben. Wir können über diese Differenz beraten.

Die Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen soll im Prinzip nicht geändert werden. In jüngster Zeit ist nun aber von Stiftungen geltend gemacht worden, die Bundessteuerverwaltung habe die eingelebte Praxis geändert, weil Stiftungen mit Sitz in der Schweiz, welche ihre Tätigkeit im Ausland entfalten, nicht mehr unter die Steuerbefreiung fallen würden. Diese Behauptung wird allerdings von der Steuerverwaltung bestritten.

Die Mehrheit beantragt, diese Steuerbefreiung im Buchstaben f und in einem neuen Buchstaben g genauer zu umschreiben. Die Minderheit I beantragt eine geringfügige Aenderung an diesem Text in Buchstabe f.

Die Minderheit II beantragt mit dem Bundesrat, auf eine solche Umschreibung nicht einzutreten, das heisst am ursprünglichen Text des Bundesrates festzuhalten. Sie werden aufgrund der Diskussion also selbst zu befinden haben, was Sie tun wollen. Die Minderheiten haben ihre Anträge zu begründen.

M. Salvioni, rapporteur: Il y a ici une proposition nouvelle non discutée en première lecture, et qui a été introduite avec l'accord de la commission du Conseil des Etats. Le problème est le suivant: au cours de l'année dernière, il y a eu des discussions sur la pratique de l'Administration fédérale des contributions en ce qui concerne l'exonération des institutions d'intérêt public et de celles qui poursuivent des buts culturels ou scientifiques.

Cette discussion a semé le doute quant à des fondations, soit d'utilité publique, soit humanitaires, soit de charité, soit poursuivant des buts scientifiques ou artistiques, qui pourraient ne pas bénéficier de l'exonération à cause de la formulation de l'article de loi et de l'interprétation que lui donne l'Administration fédérale des contributions.

En particulier, s'il est vrai que l'exemption s'applique aux activités à buts humanitaires et de charité, que l'activité s'exerce en Suisse ou à l'étranger, et même exclusivement à l'étranger – ainsi la Croix-Rouge, Helvetas, Swissaid, etc. – tel n'est pas le cas des sociétés qui poursuivent des buts culturels ou scientifiques, la loi prévoyant que celles-ci doivent exercer partiellement ces activités en Suisse. Un certain nombre de sociétés, de fondations et d'institutions auraient de ce fait été privées en tout ou partie de l'exonération.

Le département a contesté ces affirmations et soutient qu'il poursuit en la matière une jurisprudence respectueuse des besoins et des intérêts de la Suisse, mais aussi soucieuse d'éviter les abus.

La commission a estimé qu'il valait la peine d'examiner plus à fond cette question. Elle a accepté la proposition formulée par M. Stucky, qui est celle de la majorité.

La minorité a proposé d'ajouter quelques précisions et d'accepter cette proposition, à condition que le Conseil national sache qu'il s'agit simplement d'une tentative permettant au

Conseil des Etats d'examiner calmement ce problème avec l'aide de l'Administration fédérale des contributions. Il s'agit aussi éventuellement de simplifier le libellé de l'article – qui est loin d'être simple – et d'atteindre les objectifs visés par M. Stucky, sans toutefois ouvrir la porte à d'éventuels abus.

C'est la raison pour laquelle la commission, par 11 voix contre 6, a accepté cette formule. Donc, pour le procès-verbal, cette formule est à réexaminer avant la discussion au Conseil des Etats.

La minorité I accepte le texte du Conseil fédéral mais propose d'ajouter: «les personnes morales qui poursuivent des buts de service public, humanitaires ou d'utilité publique». C'est une modification mineure puisque, selon les déclarations de l'Administration fédérale des contributions, les sociétés, les associations et les institutions qui poursuivent des buts humanitaires et de charité bénéficient déjà de l'exemption. Mais elle permettrait aussi au Conseil des Etats d'approfondir le problème et de trouver une nouvelle formulation.

M. Matthey, porte-parole de la minorité II: Au nom de la minorité II, je vous invite à ne pas entrer en matière sur la proposition de la majorité de la commission et à vous en tenir à la décision du Conseil des Etats, soit l'approbation de la position du Conseil fédéral.

Je ferai deux types de remarques. Au point de vue formel d'abord – le rapporteur et le président l'ont dit – il s'agit d'un texte présenté en commission sans une formulation précise. C'est d'ailleurs intentionnel, à charge pour la commission du Conseil des Etats de faire la réflexion de fond. Or, on l'a dit au début de ce débat, l'examen de la loi sur l'harmonisation fiscale requiert un dépliant de plus de deux mètres et, aujourd'hui, on y introduirait encore une nouvelle divergence de formulation incertaine puisque l'on attend la décision du Conseil des Etats! Après huit ans de travail, on revient de nouveau avec une divergence. Il me semble que ceci n'est pas une façon de légiférer.

Par ailleurs, la proposition, telle qu'elle est formulée aujourd'hui, n'est pas législative: elle représente certainement davantage une disposition d'exécution, laquelle n'a rien à voir avec la loi-cadre sur l'harmonisation fiscale que nous mettons sous toit. Enfin, il faut bien se rendre compte qu'elle représente quelque chose de totalement nouveau dans le paysage légal de notre pays. Il n'y a rien d'équivalent actuellement, ni sur le plan fédéral ni sur le plan cantonal. Or, à propos d'une loi sur l'harmonisation fiscale, nous allons obliger les cantons à mettre en application une disposition sur laquelle ils ne se sont pas prononcés. Ils n'ont pas été consultés, la Commission des chefs des départements des finances non plus. En outre, cette disposition a été soumise à une commission dans laquelle faisaient défaut les experts extérieurs à la commission, pour apprécier la portée des dispositions que nous pourrions éventuellement adopter.

On a fait allusion à la modification de la position de la Confédération concernant la pratique en matière d'exonération des fondations. Le Conseil fédéral aura l'occasion de préciser sa position. Mais, ce n'est pas seulement le Conseil fédéral qui est intervenu, ce sont les cantons, en fonction des abus qu'aujourd'hui déjà l'application de la législation que nous connaissons pouvait permettre. En acceptant les propositions de M. Stucky et de la majorité de la commission, vous allez étendre les possibilités d'abus et d'évasions fiscales qui sont contenues implicitement dans le texte.

L'article qui vous est proposé reprend en fait deux éléments sur lesquels je m'attarderai un peu. D'abord la définition de l'utilité publique: il est vrai que l'on doit encourager, du point de vue fiscal, l'utilisation publique des fondations. Mais, à notre avis, quelques règles précises sont plus importantes qu'une nouvelle définition de l'utilité publique, dans la mesure encore où la jurisprudence du Tribunal fédéral, aujourd'hui, est très précise là-dessus. Elle a été formulée, d'une part, en accord avec les cantons, d'autre part, en accord avec la Confédération. Si ce texte était adopté, il y aurait une modification totalement nouvelle de la notion d'utilité publique par la loi, ce qui impliquerait naturellement que le Tribunal fédéral revioie et détermine de nouveau la notion d'utilité publique, avec

comme conséquence qu'il aurait à traiter énormément de demandes, d'explications à propos du texte qui nous est aujourd'hui proposé.

Je rappelle que ce texte consiste à créer ou à maintenir des espaces humains sur les plans social, économique, culturel et environnemental. Il est extrêmement large, et l'on peut de ce fait en tirer toute définition et toute interprétation. A notre avis, il est donc préférable de s'en tenir à une définition plus courte mais qui permet, au fur et à mesure des besoins, une nouvelle interprétation.

L'autre élément de cet alinéa premier, lettre f, est bien entendu le problème de la fondation d'entreprises et de holdings. Nous attirons en particulier votre attention sur le danger qu'il y aurait à autoriser des fondations à prendre des participations dans des entreprises qui pourraient aller jusqu'au 100 pour cent du contrôle de ces entreprises. En ce sens, elles ne seraient plus soumises, en ce qui concerne le bénéfice de ces entreprises, à l'impôt sur le bénéfice. Jusqu'à présent, le Tribunal fédéral acceptait qu'une fondation soit exonérée dans la mesure où elle contrôlait 20 pour cent du capital d'une entreprise. Il s'agit, dans la proposition, de supprimer cette limitation que le Tribunal fédéral avait imposée. C'est là le but essentiel de la proposition de M. Stucky et c'est la raison pour laquelle nous vous demandons de bien vouloir aussi renoncer à introduire une nouvelle divergence avec le Conseil des Etats.

En conclusion, les dispositions actuellement en vigueur concernant l'exonération en raison d'activités de pure utilité publique sont aujourd'hui facile à manier et extensibles en raison de leur concision. Si nous voulons avoir une autre attitude, nous allons créer beaucoup de divergences et d'interprétations de texte. On ouvre la porte à de trop grandes utilisations abusives de la loi et, naturellement, à de nombreuses possibilités d'évasion fiscale qui, on le sait, sont déjà aujourd'hui difficiles à maîtriser. Nous vous demandons d'en rester à la proposition du Conseil fédéral et du Conseil des Etats.

Nebiker, Sprecher der Minderheit I: Beim Antrag der Minderheit I ist die Darstellung auf der Fahne etwas missverständlich. Der Antrag der Minderheit I schliesst an den Antrag des Bundesrates an. Er lautet demnach: «juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die öffentliche, humanitäre oder gemeinnützige Zwecke verfolgen»; dann geht es weiter gemäss Fassung Bundesrat «für den Gewinn und das Kapital, die ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet sind». Diese juristischen Personen sind also von der Steuer befreit. Das ist der ausführliche Antrag der Minderheit. Es fehlen die Fortsetzungspunkte, deshalb versteht man ihn nicht auf Anhieb.

Es geht also um die Steuerbefreiung von juristischen Personen, wenn diese «humanitäre, öffentliche oder gemeinnützige» Tätigkeiten ausüben. Der bundesrätliche Antrag entspricht der bisherigen Formulierung beim direkten Bundessteuergesetz. Revisionen bei Stiftungen haben zu einigen Unruhen geführt. Es wurde geäussert, dass offenbar die Praxis plötzlich geändert wurde und dass Stiftungen, die vorher über Jahre hinaus als gemeinnützig anerkannt wurden, es jetzt nicht mehr sind. Insbesondere ist nicht klar, ob die Gemeinnützigkeit ausschliesslich in der Schweiz nachgewiesen werden muss oder ob gemeinnützige Aufgaben auch im Ausland zur Steuerbefreiung führen können. Diese Unsicherheiten führen dazu, dass man zu einer klaren gesetzlichen Regelung kommen muss. Es genügt nicht, wie der Vertreter der Kommission Minderheit II, Herr Matthey, sagte, dass man dies aufgrund von Bundesgerichtsurteilen und mit Kreisschreiben und weiss ich was regeln könne, sondern wir als Gesetzgeber müssen klar sagen, was wir wollen. Was wollen wir steuerlich begünstigen oder steuerlich befreien und was nicht? Wo beginnt die Gemeinnützigkeit? Was ist als gemeinnützig anzuerkennen, und was ist nicht gemeinnützig? Was ist steuerbefreit, und was ist nicht steuerbefreit?

Gerade wenn wir uns mit einem Steuerharmonisierungsgesetz befassen, ist es richtig, eine einheitliche Meinung vorzugeben, und zwar seitens des Gesetzgebers, nicht auf dem Weg der Interpretation und allfälliger gerichtlicher Entscheide. Das ist soweit richtig. Der Interpretationsspielraum sollte ein-

gegrenzt werden, und zwar sowohl bei der Steuerharmonisierung als parallel dazu auch beim direkten Bundessteuergesetz.

Die Mehrheit der Kommission versucht zu formulieren, was unter «gemeinnützig» zu verstehen ist. Sie sagt auch, was nicht gemeinnützig ist. Das führt zu einem relativ komplizierten, schwer verständlichen Artikel. Die Minderheit I möchte eine etwas straffere Formulierung. Die Gemeinnützigkeit wird hier nicht ausdrücklich und in allen Teilen ausgeführt und aufgezählt, es wird nicht enumerativ alles gesagt, weil jede Enumeration die Gefahr in sich birgt, dass etwas ausgeschlossen wird, das auch noch gemeinnützig wäre.

Bei der Minderheit I sind neu die humanitären Aufgaben eingefügt. Diese führen zu Steuerbefreiung, ungeachtet dessen, ob sie im Inland oder im Ausland ausgeübt werden. Dann sind ebenfalls die gemeinnützigen Zwecke angeführt, ohne aufzuzählen, was alles gemeinnützig ist. Gemeinnützig sind selbstverständlich alle gemeinnützigen Aufgaben im Inland. Unter gemeinnützigen Aufgaben im Ausland würden nach Minderheit I alle Tätigkeiten verstanden, die im Interesse unseres Landes sind. Die bisherige Praxis würde also weitergeführt. Gemeinnützige Tätigkeiten im Ausland können von der Steuer befreit werden, wenn sie im Interesse unseres Landes liegen.

Schliesslich besteht noch eine weitere Differenz der Minderheit I gegenüber dem Bundesrat. Nach der Lösung des Bundesrates sind nur juristische Personen, die ausschliesslich gemeinnützige Zwecke verfolgen, steuerbefreit. Nach Antrag der Minderheit I wären auch Personen steuerbefreit, die nicht ausschliesslich gemeinnützige Zwecke verfolgen. Sie sind aber nur für den Teil steuerbefreit, der gemeinnützig ist. Es kann durchaus eine Familienstiftung geben, die einen nicht gemeinnützigen Auftrag erfüllt – beispielsweise die Unterstützung von Familienmitgliedern –, aber die gleiche Familienstiftung kann auch eine wertvolle Kunstsammlung unterhalten; dieser Teil (Kunstsammlung) ist zweifellos gemeinnützig. Diese Stiftung wird nicht steuerbefreit für den nicht gemeinnützigen Teil, sie wird aber für den gemeinnützigen Teil (Kunstsammlung) steuerbefreit. Das ist der Sinn des Artikels gemäss Minderheit I.

Insgesamt ist das Problem der Steuerbefreiung von juristischen Personen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen, nicht sehr einfach. Anfangs hatte die Kommission das Thema in ihren Beratungen kaum angesprochen, weil kein Problem bestand. Erst mit der vermuteten Praxisänderung wurde die Frage zum Problem. Deshalb sind wir darauf gestossen und haben das Bedürfnis nach einer klareren gesetzlichen Lösung.

Ich bin nicht überzeugt, dass der Antrag der Minderheit I der Weisheit letzter Schluss ist. Am wichtigsten scheint mir im Moment, dass wir eine Differenz zum Ständerat schaffen: Der Antrag geht eigentlich an den Ständerat, damit er den Problembereich angeht, wie Stiftungen bzw. juristische Personen mit gemeinnützigen Aufgaben steuerlich behandelt werden: Wie muss das Gesetz formuliert sein, damit zuerst einmal eine einheitliche Behandlung im Land erreicht wird, damit keine unterschiedlichen Interpretationen erfolgen und keine Unsicherheiten vorhanden sind? Der gegenwärtige Hauptzweck des Antrages der Minderheit I ist also, eine Differenz zu schaffen, dem Ständerat eine Gelegenheit zu geben, das Problem neu anzupacken und eingehend zu prüfen.

In der Kommission fehlte leider die Zeit dazu, weil dieses Problem erst in der letzten Kommissionssitzung aufgetaucht ist. Wir haben die Komplexität erkannt, konnten aber in ein paar Stunden keine definitive Fassung finden.

Die Formulierung gemäss Kommissionmehrheit, die Sie aus der Fahne ersehen, ist auch nicht befriedigend. Die Formulierung der Minderheit I ist meines Erachtens etwas einfacher und klarer; sie liegt näher bei der jetzigen Praxis. Sie schafft nur eine kleine Differenz zum bisherigen Vorschlag des Bundesrates, und sie gibt dem Ständerat Gelegenheit, nochmals auf dieses wichtige Problem einzugehen.

In der Kommission herrschte Einigkeit darüber, dass es wichtig ist, die Angelegenheit auf Gesetzesstufe zu regeln, damit klar wird, was man darunter versteht, so dass auch die Ab-

grenzungen klar sind und man das nicht Zufällen, Kreisschreiben oder nachträglich gerichtlichen Interpretationen überlässt.

Ich beantrage Ihnen deshalb, der Minderheit I zuzustimmen.

Stucky: Wie Sie gehört haben, bin ich Autor des Textes der Mehrheit. Ich akzeptiere durchaus Kritik an diesem Text; er ist unter Zeitdruck entstanden und sicher noch nicht befriedigend. Ich wehre mich aber dagegen – wie es von Herrn Matthey gesagt worden ist –, dass dieser Text hauptsächlich beabsichtige, das Bundesgerichtsurteil über die Beteiligungslimite von 20 Prozent aufzuheben. Das war nie meine Absicht. Ich bin auch der Meinung, dass wir gegen den Rechtsmissbrauch, der vorkommt, eine Barriere errichten müssen. Dass dieser Text vielleicht zu weit geht, das konzedere ich. Aber die Absicht ist eine andere, und ich werde sie begründen:

Wesentlich ist nämlich, dass wir heute eine Praxis bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung haben, die zu eng und nicht zeitgemäss für die Steuerbefreiung von gemeinnützigen Institutionen ist. Eng ist die neue Praxis namentlich im Hinblick auf zwei Kriterien, und zwar gehen beide Kriterien aus der Antwort auf die Einfache Anfrage von Frau Spoerry hervor. Ich lese sie darum vor:

«1. Nur für Organisationen humanitärer Art, zum Beispiel Hilfe für Kriegsversehrte, Hilfe für Hungergebiete, wurde diesbezüglich eine ausschliessliche Tätigkeit im Ausland zugelassen. Demgegenüber sind wissenschaftliche und kulturelle Körperschaften – ausgenommen Spitzenorganisationen mit weltweiter Tätigkeit –, die lediglich ihren Sitz in der Schweiz, ihre Tätigkeit aber ausschliesslich im Ausland haben, mangels schweizerischem Allgemeininteresse nie befreit worden.

2. Seit jeher wird die Steuerbefreiung unter dem Gesichtspunkt des schweizerischen Allgemeininteresses aber nur solchen Körperschaften zugestanden, die auch eine gewisse Tätigkeit in der Schweiz selbst entwickeln. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass nur solche Bestrebungen mit der Steuerfreiheit honoriert werden sollen, die das schweizerische Gemeinwesen bis zu einem gewissen Grade in der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgabe unterstützen, ergänzen oder entlasten.»

Diese beiden Kriterien sind tatsächlich nicht neu. Wenn man der Sache nachgeht, beruhen sie auf einer Richtlinie, die sage und schreibe fast 50 Jahre alt ist, aus dem letzten Weltkrieg stammt und einige Jahrzehnte so nicht mehr angewandt worden ist. Man hat sie nun wieder ausgegraben, und in der Antwort auf die Einfache Anfrage Spoerry kommt sie wieder zum Tragen.

Es ist verständlich, dass man während des letzten Weltkrieges den Devisenabfluss ins Ausland aus volkswirtschaftlichen oder aus Neutralitätsgründen auf humanitäre Zwecke beschränken wollte. Aber heute – wir haben in dieser Woche Hilfe an Osteuropa, auch auf wissenschaftlichem Gebiet, beschlossen, wir haben erkannt, dass Entwicklungshilfe neben den humanitären auch kulturelle, ökologische, wissenschaftliche, volkswirtschaftliche Elemente umfassen muss, wir wissen, dass sich private Hilfeleistungen und Solidarität in Bereichen bewegen sollen, wo sich der Staat überhaupt nicht bewegt oder nicht tätig werden soll – kann man das schweizerische Allgemeininteresse doch nicht derart eng definieren. Die Folge wäre ansonsten, dass Institutionen, deren Kapital auf 1,5 bis 2 Milliarden geschätzt wird, den Sitz ins Ausland verlegen würden und der Fiskus in der Schweiz sowieso nicht mehr zum Zuge käme. Ich kenne eine ganze Reihe von Stiftungen, die das tun wollen. Ich könnte Ihnen auch die Ziele dieser Stiftungen bekanntgeben. Es sind eindeutig «gemeinnützige»: so Unterstützung der Entrée intellectuelle européenne, der Erforschung der Welternährungsprobleme, des Schweizer Spitals in Paris, der Verbreitung von Hindemiths musikalischem Oeuvre, der griechischen Kulturgüter in Griechenland, die Finanzierung von Restaurationen in Venedig, die Unterstützung des Club of Rome oder der Wildtierforschung und -erhaltung in der Camargue. Das sind alles Ziele, die nicht direkt in schweizerischem Allgemeininteresse liegen, die nicht direkt der Schweiz nützen, aber die unser schweizerisches Image im Ausland verbessern. Es ist nicht verständlich, wenn wir uns

jetzt, wo wir uns öffnen, zugleich aus fiskalischen Gründen abschotten wollen.

Ich habe gesagt, mein Text sei nicht hundertprozentig. Ich verweise auf ein Gutachten von Herrn Professor Markus Reich in der Märznummer vom «Schweizerischen Archiv für Abgaberecht». Er schlägt dort eine neue Formulierung vor. Der Ständerat sollte sich an diese neue Formulierung halten. Es ist mir daher im Grunde genommen gleich, ob Sie der Mehrheit oder der Minderheit I zustimmen, Hauptsache ist, dass eine Differenz zum Ständerat geschaffen wird.

Noch ein Wort zu Artikel 62 von Bundesgesetz B, der durch diesen Artikel 26 präjudiziert wird: Wir haben letzte Woche über die politischen Parteien gesprochen und sind der Meinung gewesen, dass diese von der Steuer befreit werden sollen. Das kann man gleichzeitig auch regeln, natürlich nicht im Steuerharmonisierungsgesetz, sondern in Artikel 62 von Bundesgesetz B. Wenn wir dort eine Differenz schaffen – und das haben wir letzte Woche festgestellt –, können wir auch durch den Ständerat die Frage prüfen lassen, wie die politischen Parteien steuerbefreit erklärt werden sollen.

Fischer-Sursee: Ich musste in der Praxis feststellen, vor allem auch als Präsident der Luzerner Kantonalbank, dass bei den Stiftungen eine grosse Verunsicherung besteht, insbesondere bei den international tätigen Stiftungen. Diese sind in diesem Bereich das Hauptproblem.

Es besteht deshalb – wie gesagt wurde – die Tendenz, die Sitze von der Schweiz ins Ausland zu verlegen.

Der Vorschlag des Bundesrates, wie er uns vorliegt, ist auslegungsbedürftig. Die Auslegung für die Praxis hat der Bundesrat in seiner Antwort auf die Einfache Anfrage von Frau Spoerry gegeben. Diese Antwort ist leider nicht in allen Teilen ganz klar und lässt einen Ermessensspielraum offen.

Im Prinzip ist es so, dass die Steuerbefreiung nur unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Interesses der Schweiz gewährt wird. Es gibt Ausnahmen. Abgesehen davon, dass dieser Gesichtspunkt etwas eng ist, gewährt die Steuerverwaltung nur jenen Organisationen humanitärer Art die Steuerfreiheit, die ausschliesslich zum Beispiel Hilfe an Kriegsversehrte oder an Hungergebiete leisten. Die Steuerfreiheit wird aber nicht gewährt für Stiftungen, die wissenschaftliche oder kulturelle Tätigkeiten im Ausland unterstützen.

Sollte das Schwergewicht auf die Förderung und den Aufgabenbereich des Bundes gelegt werden, könnte es bei strikter und enger Auslegung des Begriffes «weltweit tätige Spitzenorganisationen» zum Entzug der Steuerbefreiung kommen und damit zu einer Sitzverlegung von vielen Stiftungen. Ich habe daher Herrn Bundesrat Stich die folgende Frage zu stellen:

Sind international tätige, uneigennützige Stiftungen auch von der Steuer befreit, wenn sie weniger als 50 Prozent oder überhaupt keine Zuwendungen humanitärer und kultureller Art an Destinatäre in der Schweiz machen, also ausschliesslich Zuwendungen ans Ausland, und gilt die Praxis, wie der Bundesrat sie in der Antwort an Frau Spoerry beschreibt, immer noch? Bei enger Auslegung, wie nämlich die Antwort des Bundesrates zeigt, würde weltweit tätigen Stiftungen teilweise die Steuerbefreiung entzogen. Das wäre in gewissen Bereichen sehr unerwünscht, abgesehen davon, dass es ein Verlust für die Schweiz wäre, weil dann auch Destinatäre in der Schweiz möglicherweise nicht mehr profitieren, wenn andere Stiftungen weggehen, und vor allem wäre es auch, meines Erachtens, ein Verlust unseres Ansehens im Ausland.

Ich verstehe die Bedenken, die Herr Stich hat, dass ein Missbrauch möglich wäre. Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir hier für einen Missbrauch das Tor öffnen müssen, das wäre sicher unerwünscht; aber ich glaube, dieser Missbrauchsgefahr könnte mit der Stiftungsaufsicht begegnet werden. Die meisten Stiftungen dieser Art unterstehen ja der Stiftungsaufsicht des Bundes. Ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, dass hier eine Zusammenarbeit zwischen der Stiftungsaufsicht des Bundes und der Steuerverwaltung möglich wäre, indem jene die Rechenschaftsberichte, die Kontrollstellenberichte, die sie

als Aufsichtsbehörde ja erhält, auch der Steuerverwaltung zugänglich macht. So könnten dann allenfalls Missbräuche bekämpft werden.

Zum Text: Der Vorschlag der Mehrheit ist ja auch nicht der Weisheit letzter Schluss, das muss man offen zugeben. Auch Herr Stucky hat darauf hingewiesen, dass er verbesserungsfähig und -würdig ist. Ich glaube daher, dass der Vorschlag der Minderheit hier im Augenblick die bessere Lösung ist, dem Vorschlag des Bundesrates näherkommt und vor allem auch dem Missbrauch weniger die Tür öffnet. Entscheidend scheint mir, dass wir eine Differenz schaffen, dass der Ständerat dieses Problem noch einmal studieren kann, denn nur übers Knie brechen dürfen wir es wirklich nicht.

Reichling, Berichterstatter: Die Diskussion hat Ihnen gezeigt, dass es nicht darum geht, den Text endgültig festzulegen, sondern darum, eine Differenz zu schaffen, damit der Ständerat den Text noch einmal prüfen kann. Der Text der Mehrheit beinhaltet nicht nur eine Öffnung, sondern wahrscheinlich in dieser Präzision auch eine Einschränkung. Ob man beispielsweise den Tierschutz unter die «menschewürdigen Lebensräume» eingliedern kann, wäre noch zu diskutieren. Ich meine, es hat keinen Wert, dass wir jetzt darüber diskutieren. Wir müssen nun den Vorsteher des Finanzdepartementes anhören; in der Kommission ging es nicht darum, neues Recht zu schaffen, sondern das alteingeführte weiterzuführen, und die Behauptung, dass hier eine Praxisänderung stattgefunden habe, ist umstritten.

Die Mehrheit der Kommission und wohl auch die Kommissionsminderheit wollen aber, dass bedeutungsvolle internationale Stiftungen, die einen weltweiten Ruf haben, nicht aus Steuergründen aus der Schweiz vertrieben werden sollen, auch wenn sie nicht in der Schweiz tätig sind. Wir können viele Dinge in unserem Land selbst berappen und sind nicht auf solche Stiftungen angewiesen. Eine Stiftung zum Schutz der Regenurwälder kann in der Schweiz kein Geld ausgeben, sie könnte aber ihren Sitz in der Schweiz haben, und das würde unserem Image wohl anstehen.

Unser Image ist ja gegenwärtig eher etwas angeschlagen, und wir sollten es nicht noch verschlechtern durch die Vertreibung von wohltätigen, gemeinnützigen Stiftungen, die im Ausland tätig sind. Diese Gewissheit möchten wir haben.

Ich nehme an, dass es nun auf die Ausführungen von Herrn Bundesrat Stich ankommt, ob er Sie überzeugen kann, dass wir am Text nichts ändern müssen, oder ob hier eine Differenz geschaffen werden soll.

Dann möchte ich noch auf einen Druckfehler bei Buchstabe g hinweisen. Die religiösen Organisationen verfolgen natürlich Kultuszwecke und nicht Kulturzwecke. Diese Korrektur ist bereits vorgenommen worden, aber auf der Fahne nicht berücksichtigt.

M. Salvioni, rapporteur: Cette discussion, qui aurait dû avoir lieu au sein de la commission, prouve s'il en était encore besoin que l'on ne doit pas transformer les débats devant le Parlement en discussions de commission. Il y a eu une nouvelle proposition et, fatalement, la discussion se fait en plénum.

Le problème est très simple, c'est de savoir s'il vaut la peine de créer une divergence afin de permettre au Conseil des Etats, grâce à des informations et de la documentation supplémentaire de la part de l'administration fédérale, de formuler un texte qui tienne compte des aspirations mentionnées, à savoir ne pas repousser de la Suisse des institutions à buts scientifiques ou culturels, même si elles n'ont pas d'activité chez nous, car il est dans l'intérêt de notre pays de permettre à de telles institutions d'y avoir leur siège et d'y travailler – par exemple une institution qui aurait pour but de protéger la forêt amazonienne devrait pouvoir jouir de l'exonération fiscale, même si cette forêt est loin de la Suisse. Pour atteindre ce but, voter en faveur de la majorité ou de la minorité ne change rien. Il y a une divergence, et le Conseil des Etats s'en occupe.

Je voudrais faire remarquer encore qu'à la lettre g de l'article 26 on parle de buts «culturels», ce qui est tout à fait juste en français, seul le texte allemand est faux.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, auf die neuen Vorschläge der Kommissionsmehrheit und der Kommissionsminderheit nicht einzutreten.

Sie sollten sich daran erinnern, dass diese Botschaft immerhin seit dem 25. Mai 1983 zur Diskussion steht, dass diese Vorlagen also schon in National- und Ständerat und unzähligen Kommissionssitzungen diskutiert wurden. Jetzt sind wir im Differenzenbereinungsverfahren. Schon deshalb sollten Sie keine neuen Differenzen mehr schaffen. Es gab genügend Zeit, in beiden Räten darüber zu diskutieren. Neue Gesichtspunkte gibt es nicht. Es gibt einzig und allein die Behauptung, die Praxis habe sich geändert. Hier hat Ihnen der Bundesrat mit der Antwort an Frau Spoerry ganz klar gesagt, dass es keine Aenderung der Praxis gibt.

Wenn Sie den Bericht der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht lesen, stellen Sie fest, dass der Titel heisst: «Land der Schweiz, Land der Stiftungen». Die Schweiz kann als eigentliches Paradies für Stiftungen bezeichnet werden. Es ist nicht von ungefähr, dass wir so viele Stiftungen haben. Aber im selben Bericht steht unter anderem auch, die Verwaltung sei zum Teil komplizierter und undurchsichtiger geworden. Insbesondere ist eine Tendenz zur Holding-Stiftung erkennbar, und zwar in der Form von untergeordneten Stiftungen oder gar Aktiengesellschaften. Dabei kommen auch kommerzielle Aspekte ins Spiel. Diese können allzu leicht zu Missbräuchen entarten. Wiederholt haben wir als Aufsichtsbehörde feststellen müssen, dass sich die Stifter, Stiftungsräte oder Dritte auf direktem oder indirektem Wege an Stiftungen mit nicht immer durchsichtiger Struktur bereicherten. Gelder, ja ganze Vermögen wurden bisweilen über stiftungseigene Aktiengesellschaften oder über ausländische Zweigstellen mit schwer kontrollierbaren Absichten und Ergebnissen verschoben. Offentliche Sammlungen sind veranstaltet worden, bei denen Dritten, namentlich Adressvermittlungsfirmen, übermässige Gewinnanteile zugehalten wurden. Das ist nur ein Ausschnitt aus dem Bericht der Stiftungsaufsicht.

Wenn man solche Berichte erhält, ist es klar, dass die Steuerverwaltung die Aufgabe hat, Stiftungen doch etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, um Missbräuche zu verhindern. Die Frage, die mir gestellt wurde, betraf den Anteil an Stiftungen, deren Gelder in der Schweiz ausgegeben werden, im Vergleich zu den im Ausland tätigen Stiftungen. Ich kann Ihnen einmal einige Stiftungen aufzählen, die im Ausland tätig sind, aber die wir als im Interesse der Allgemeinheit der Schweiz gelegen betrachten; das ist keine abschliessende Aufzählung, sie soll aber zeigen, dass der Bund nicht kleinlich ist: Caritas, das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz, das Arbeiterhilfswerk, Brot für Brüder, Helvetas, Swissaid, Glückskette, Terre des Hommes, Aussätzigenhilfe, Emmaus, Fastenopfer, Kinderhilfswerk, Schmitz-Stiftung Zürich für Erziehung und Ausbildung in Entwicklungsländern. Sie sehen, dass hier die Schweiz und die Steuerbehörde durchaus eine Praxis haben, die im Interesse der Allgemeinheit liegt.

Zum anderen müssen wir uns bewusst sein, dass wir wenigstens in den Zielrichtungen ein Steuerharmonisierungsgesetz machen, das heisst, wir legen hier fest, was die Kantone berücksichtigen sollten. Hier gehen die Meinungen auch in den Kantonen auseinander. Das muss auch die Steuerverwaltung, müssen auch das Finanzdepartement und der Bundesrat berücksichtigen. Im Kanton Zürich beispielsweise ist die Regelung die, dass die Steuerbefreiung beschränkt ist auf die Erfüllung öffentlicher oder gemeinnütziger Zwecke im Kanton Zürich oder im allgemeinen schweizerischen Interesse, aus der Ueberlegung, dass es nicht gerechtfertigt wäre, den zürcherischen Gemeinwesen durch Gewährung von Steuerbefreiung Mittel zu entziehen und damit Unternehmungen zu fördern, die zur zürcherischen Wirtschaft keine Beziehung haben. Dieser Gesichtspunkt muss auch berücksichtigt werden. Letztlich sollen die Kantone selber entscheiden können, wie weit sie in der Steuerbefreiung gehen wollen. Die Veranlagungen werden primär von den Kantonen vorgenommen. Die Eidgenössi-

sche Steuerverwaltung hat nur die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen. Der Grundsatz selber wird im Kanton getroffen. Die Steuerverwaltung muss dafür sorgen, dass eine einigermaßen gleiche Praxis angewendet wird, dass also nicht einzelne Kantone in der Steuerbefreiung zu weit gehen.

Es ist gesagt worden, man solle die eingereichten Texte nicht zum vollen Nennwert nehmen. Da muss ich Sie aber fragen: Glauben Sie, es sei gute Gesetzgebung, in einem Rat etwas im Bewusstsein zu beschliessen, dass es der nächste Rat korrigieren muss? Wenn man schon etwas vorschlagen will, ist man gezwungen, es so zu machen, dass es standhält. Etwas anderes ist für einen Rat nicht zu vertreten. Also entweder stehen Sie dazu, oder dann lehnen Sie diese Anträge ab!

Die Minderheit I hat gegenüber der Fassung des Bundesrates einen wesentlichen Mangel. Beim Bundesrat heisst es: «Juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die öffentliche oder ausschliesslich gemeinnützige Zwecke verfolgen». «Ausschliesslich» ist wesentlich, damit man nicht einen Teil für andere Zwecke verwenden kann; das fehlt in diesem Antrag von Herrn Nebiker. Das öffnet nachher eben wieder Missbräuchen Tür und Tor. Deshalb ist auch die Version der Minderheit I für uns nicht akzeptabel. Es braucht also in diesem kleinen Abschnitt zweimal das Wort «ausschliesslich», obwohl das vielleicht rein sprachlich nicht so schön klingt.

Der Antrag der Mehrheit würde natürlich letztlich auch zu einer Einschränkung führen. Wo wollten Sie beispielsweise beim Mehrheitsantrag die aktive Förderung des Tierschutzes, des Vogelschutzes – also Vogelwarte Sempach – oder die Förderung des Pflanzenschutzes, die Förderung der Luftreinhaltung oder der Volksgesundheit subsumieren? Dieser Zweck wäre doch wohl im Grunde genommen ausgeschlossen.

Das zeigt Ihnen, dass es äusserst schwierig ist, in ein Gesetz eine solch detaillierte Formulierung aufzunehmen. Der Gesetztext muss eine gewisse Flexibilität aufweisen. Diese wird ermöglicht durch den Text, den der Bundesrat vorgeschlagen hat und der jetzt während acht Jahren völlig unbestritten geblieben ist.

Ich bitte Sie also, dem Bundesrat zuzustimmen, auf die Vorschläge der Kommissionsmehrheit und der Kommissionsminderheit I nicht einzutreten und dem Minderheitsantrag II zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit I	86 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	41 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	58 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	50 Stimmen

Abs. 1 Bst. g – Al. 1 let. g

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 27 Abs. 5

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 27 al. 5

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Bei Artikel 27 Absatz 5 – es handelt sich hier um die Besteuerung der Partnerwerke – hat der Ständerat nach Wertung verschiedener Gutachten, insbesondere auch einer Stellungnahme des Vorstandes der Finanzdirektorenkonferenz, nochmals einen neuen Text eingebracht, und zwar in beiden Gesetzen übereinstimmend. Wir beantragen Ihnen, hier dem Ständerat zuzustimmen. Der Beschluss gilt gleichzeitig für Artikel 64 Absatz 4 im Gesetz über die direkte Bundessteuer.

M. Salvioni, rapporteur: Il s'agit ici du problème de l'imposition des «Partnerwerke». Le Conseil des Etats, après avoir reçu des avis de droit et quelques expertises, a formulé un texte qui a été accepté à l'unanimité par la commission. Je vous propose par conséquent de suivre votre commission. Je vous ferais remarquer que la votation sera valable également pour l'article 64, alinéa 4, de la loi sur l'impôt fédéral direct.

Angenommen – Adopté

Art. 31 Abs. 3 Bst. c

Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 31 al. 3 let. c

Proposition de la commission
Maintenir

Reichling, Berichterstatter: Hier hat der Ständerat eine neue Differenz geschaffen, ohne die Kommission des Nationalrates um ihr Einverständnis zu ersuchen. Die Kommission hat Nicht-eintreten beschlossen. Damit ist dieser Beschluss des Ständerates obsolet und hat keine Gültigkeit.

M. Salvioni, rapporteur: A l'article 31, alinéa 3, la commission du Conseil des Etats a inséré une phrase, créant ainsi une divergence qui n'existait pas auparavant. La commission du Conseil national vous propose donc de ne pas entrer en matière sur cette nouvelle formulation du Conseil des Etats.

Angenommen – Adopté

Art. 32 Abs. 3, 33 Abs. 3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 32 al. 3, 33 al. 3

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Wir müssen diese beiden Differenzen gemeinsam behandeln. In beiden Fällen entspricht der Beschluss des Ständerates den entsprechenden Beschlüssen unseres Rates im Gesetz über die direkte Bundessteuer. Es geht also darum, die beiden Gesetze in Übereinstimmung zu bringen. Ich beantrage Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

M. Salvioni, rapporteur: Il s'agit simplement d'accorder nos voix. A l'article 81, alinéa 2, de la loi sur l'impôt fédéral direct, nous avons déjà décidé cette formulation. Le problème est donc résolu de cette façon dans l'impôt fédéral direct, il convient d'adapter la loi sur l'harmonisation à cette solution.

Angenommen – Adopté

Art. 38 Abs. 1 Bst. f, fbis

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 38 al. 1 let. f, fbis

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Die Differenz im Artikel 38 haben wir beim Artikel 4 bereits erledigt.

Angenommen – Adopté

Art. 42

Antrag der Kommission
Abs. 3
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Bundi, Biel, Carobbio, Fehr, Hänggi, Matthey, Rebeaud, Salvioni, Uchtenhagen)

Festhalten

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 42

Proposition de la commission

Al. 3**Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Bundi, Biel, Carobbio, Fehr, Hänggi, Matthey, Rebeaud, Salvioni, Uchtenhagen)

Maintenir

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 3 – Al. 3

Reichling, Berichterstatter: Der Beschluss, der hier nun gefasst werden soll, gilt gleichzeitig auch für Artikel 117 Absatz 1 im Gesetz über die direkte Bundessteuer. Die Mehrheit der Kommission beantragt, dem Ständerat zuzustimmen. Im Ständerat wurden Bedenken geäussert, einem Beamten auf eine blosser Vermutung hin eine verbindliche Pflicht aufzuerlegen. In einem Streitfall kann wohl niemandem nachgewiesen werden, was er vermutet hat. Die Formulierung des Bundesrates, der wir bisher zugestimmt haben, kann also mit keinem Rechtsmittel durchgesetzt werden. Die Auskunftserteilung über die bekannten Fakten ist im Absatz 2 verbindlich geregelt, steht also nicht zur Diskussion. Auch die Auskunftserteilung auf Anfrage hin ist verbindlich geregelt. Es geht nur darum, ob eine Pflicht auferlegt werden kann, auf Vermutung hin eine Mitteilung zu machen. Wir sind der Auffassung, dass auch nach der Formulierung des Ständerates der Beamte moralisch darauf hingewiesen wird, was von ihm erwartet wird, nämlich, dass er, wenn er vermutet, in einem anderen Kanton werde irgend etwas nicht versteuert, was steuerpflichtig wäre, gehalten ist, dies seinem Kollegen des anderen Kantons mitzuteilen.

Sie schalten eine Differenz zum Ständerat aus und beschleunigen die Beratung, wenn Sie dem Ständerat zustimmen.

M. Salvioni, rapporteur: Il s'agit de la dénonciation facultative ou impérative à l'autorité fiscale, par les autorités de la Confédération, des cantons, des districts, des cercles et des communes, des cas qui pourraient avoir fait l'objet d'une imposition incomplète.

Le Conseil des Etats s'était prononcé pour la formule facultative. Le Conseil national avait décidé en première discussion que la dénonciation devait être impérative. Le Conseil des Etats a maintenu sa position. La commission du Conseil national a décidé de se rallier au Conseil des Etats par 12 voix contre 9. Il y a quand même une proposition de minorité qui demande de maintenir la formule impérative.

La majorité de la commission est arrivée à la conclusion que la formule facultative n'est pas très différente de la formule impérative parce que les autorités de la Confédération, des cantons, des districts, des cercles et des communes informées de cas qui pourraient faire l'objet d'une imposition incomplète, même s'il y a une formule potestative, devront finalement les signaler si elles ne veulent pas contrevenir aux règles de loyauté vis-à-vis de l'organe intéressé.

La formule proposée par la majorité ne présente pas une grande différence mais élimine une divergence, ce qui est souhaitable dans cette loi.

Bundi, Sprecher der Minderheit: Die Kommissionsminderheit beantragt, an der Fassung des Bundesrates festzuhalten, wonach die Behörden des Bundes, der Kantone, Bezirke, Kreise und Gemeinden von sich aus die Steuerbehörden aufmerk-

sam «machen» – nicht nur «machen können», wie es der Ständerat will –, wenn sie vermuten, dass eine Veranlagung unvollständig ist.

Diese imperative Fassung ist für eine effektive Bekämpfung der Steuerhinterziehung unerlässlich und damit zweckmässiger als die fakultative Formulierung des Ständerates. Es handelt sich sinngemäss um die gleiche Fassung, wie sie im Steuergesetz des Kantons Zürich figuriert. Was sich im volkreichsten Kanton der Schweiz bewährt hat, dürfte wohl auch für unser Gesetz geeignet sein.

Im Kommentar zum zürcherischen Steuergesetz schrieben die Experten Reimann, Zuppinger und Scherrer im Zusammenhang mit der Auskunft- und Meldepflicht: Die Allgemeinheit habe ein begründetes Interesse, dass jedermann seine Steuerpflicht voll erfülle, und dieses Interesse sollte jede im Dienste der Gemeinschaft stehende Stelle wahrnehmen. Die Experten äusserten sich wie folgt zur Auskunftspflicht: Diese beziehe sich nur auf Tatsachen, die den betreffenden Behörden oder Beamten und Angestellten in ihrer amtlichen Eigenschaft zur Kenntnis gelangen. Ueber privates Wissen und über Vorkommnisse, die nicht in amtlichen Akten niedergelegt sind, können sie nicht zur Auskunft angehalten werden. Auch haben sie nur über diejenigen Verhältnisse Auskunft zu erteilen, die steuerlich von Bedeutung sein können. In der Regel wird es sich um Auskünfte handeln, die die finanziellen Verhältnisse betreffen. Eine Anzeigepflicht besteht in den Fällen, in denen eine unvollständige Versteuerung wahrscheinlich ist. Ob der Steuerpflichtige die unrichtige Versteuerung verschuldet hat oder nicht, ist ohne Einfluss auf die Anzeigepflicht. Es genügt, wenn objektiv der dringende Verdacht einer unrichtigen Versteuerung besteht.

Die Fassung des Bundesrates stellt eine rechtsstaatlich einwandfreie Lösung dar, sie gewährleistet, dass der Steuerhinterziehung zu Leibe gerückt werden kann. Sie entspricht dem Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung aller Bürger, d. h. dem Prinzip der Steuergerechtigkeit. Ich bitte Sie deshalb sehr, der bisherigen Haltung des Nationalrates, d. h. der Auffassung der Kommissionsminderheit, zuzustimmen.

Bundesrat Stich: Der Ständerat möchte bei der Mitteilung eine Kann-Formulierung einführen, das heisst, er möchte es dem einzelnen Beamten überlassen, ob er die Mitteilung machen will oder nicht.

Der Bundesrat hingegen sagt, es sei immer Meldung zu erstatten, wenn eine Vermutung vorhanden sei, dass Einkommens-teile nicht versteuert werden. Das scheint uns die richtige Lösung zu sein, denn es soll nicht dem Beamten überlassen werden zu sagen: Beim Hans melde ich das, und beim Heiri melde ich das nicht! Wir sollten eine rechtsgleiche Behandlung haben. Wenn eine wirkliche Vermutung über eine Steuerhinterziehung vorliegt, dann soll immer eine Mitteilung erfolgen.

Ich bitte Sie also, der Minderheit und damit dem Bundesrat zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Mehrheit	62 Stimmen
Für den Antrag Minderheit	43 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4**Angenommen – Adopté****Art. 60 Abs. 3**

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 60 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Der Ständerat hat für die Anstiftung zur Steuerhinterziehung den Text übernommen, den der Nationalrat im Gesetz über die direkte Bundessteuer bereits zum Beschluss erhoben hat. Durch Zustimmung zum Stände-

rat wird die Differenz ausgeschaltet und Uebereinstimmung der beiden Gesetze erzielt.

M. Salvioni, rapporteur: Il s'agit de la responsabilité solidaire de celui qui a incité à une soustraction d'impôt ou y a prêté assistance, ou l'a commise intentionnellement en qualité de représentant du contribuable.

La formulation adoptée ici correspond au libellé déjà voté de l'article 184 de l'impôt fédéral direct, qui est définitif, car il a aussi été accepté par le Conseil des Etats. Il s'agit donc simplement d'adapter cet article à la formulation déjà définitivement acquise de la loi sur l'impôt fédéral direct.

Angenommen – Adopté

Art. 70 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 70 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Der Ständerat will bei Rechtsstreitigkeiten betreffend Steuerharmonisierungsgesetz dem Bundesgericht nur eine beschränkte Kognitionsbefugnis zugestehen, weil es darum geht, zu beurteilen, ob die kantonalen Gesetze mit dem Steuerharmonisierungsgesetz übereinstimmen. Das Bundesgericht kann ein Urteil nur an die kantonale Instanz zurückweisen, aber nicht selbst definitiv eine eigene Formulierung beschliessen.

Wir beantragen Ihnen, dem Ständerat zuzustimmen.

M. Salvioni, rapporteur: Il s'agit d'une question de procédure et il fallait savoir si la compétence du Tribunal fédéral devait aller jusqu'à la décision même du recours ou s'il n'aurait eu qu'une compétence cassatoire et aurait dû renvoyer la décision au tribunal cantonal pour une nouvelle décision. Nous avons accepté en première lecture que le Tribunal fédéral décide. Le Conseil des Etats avait décidé de renvoyer l'affaire. Il a décidé de maintenir cette formule. La commission s'y est ralliée et vous demande d'accepter qu'en cas de recours le Tribunal fédéral n'ait qu'une compétence cassatoire et que l'affaire soit renvoyée aux tribunaux cantonaux pour une nouvelle décision.

Angenommen – Adopté

1. Kapitel (neu)

Antrag der Kommission

Titel

Vollzug und Anpassung

Chapitre 1er (nouveau)

Proposition de la commission

Titre

Application et adaptation

Angenommen – Adopté

Art. 73

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

Nach Ablauf der Frist gemäss Absatz 1 erstattet der Bundesrat der Bundesversammlung Bericht und Antrag zur Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung.

Art. 73 al. 4

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4

A l'expiration du délai prévu au premier alinéa, le Conseil

fédéral fait rapport à l'Assemblée fédérale et propose l'uniformisation du calcul de l'impôt dans le temps.

Reichling, Berichterstatter: Ich möchte darauf hinweisen, dass auch beim Titel noch eine Aenderung eingetreten ist, aber diese müssen wir hier nicht beraten.

Die Zustimmung zum Ständerat in Absatz 1 des Artikels 73 und der Vorschlag, den wir in Absatz 4 machen, sind die logische Folge des Grundsatzbeschlusses, dass beide Bemessungssysteme im Gesetz ausformuliert werden.

Der Ständerat wollte für die Herbeiführung der vollständigen Harmonisierung noch insofern eine Schranke einbauen, als die Vereinheitlichung auf die ein- oder zweijährige Steuerbemessung als einzige Lösung erst in Angriff genommen werden könnte, wenn mehr als die Hälfte der Kantone den Wechsel vollzogen hätte. Eine solche Verhinderung einer Gesetzesrevision ist wahrscheinlich sogar verfassungswidrig, weil man weder den Bundesrat daran hindern kann, jederzeit Revisionsanträge für ein Gesetz zu stellen, noch kann man das Parlament daran hindern, zu irgendeinem Zeitpunkt ein Gesetz zu revidieren. Also wäre dieser Vorbehalt des Ständerates – auch wenn wir ihn beschliessen würden – meiner Ansicht nach obsolet und eine Formulierung ohne rechtlichen Inhalt.

Die Fassung des Nationalrates ist einfacher. Wir legen fest, dass die Kantone eine achtjährige Frist zur Harmonisierung oder zum Wechsel zur anderen Bemessungsperiode haben, aber nur nach dem harmonisierten System. Diese Frist von acht Jahren soll den Kantonen nicht durch einen früheren Beschluss bezüglich vollständige Harmonisierung geschmälert werden können. Die Kantone sollen wissen, wieviel Zeit ihnen für die Anpassung zur Verfügung steht.

Nach acht Jahren erstattet der Bundesrat Bericht über die Situation, die bezüglich Harmonisierung der kantonalen Steuergesetze herrscht. Ob er dann einen Antrag zur vollständigen Harmonisierung in der einen oder anderen Richtung stellt oder es beim alten Zustand belassen will, bleibt ihm anheimgestellt. Darüber soll in diesem Gesetz keine Regelung getroffen werden.

Im übrigen – damit ich nachher nicht mehr sprechen muss –: Wenn dieser Artikel erledigt ist, sind alle weiteren Differenzen auch erledigt. Es gelten die Anträge der Minderheit bei den Uebergangsbestimmungen.

M. Salvioni, rapporteur: L'article 73, alinéas 1 et 4, s'est révélé nécessaire à cause de l'introduction de la possibilité d'avoir un système de taxation différent dans les cantons.

A l'article 73, alinéa 1, il faut faire une réserve pour l'article 18a, qui dispose que les cantons ont la possibilité d'avoir une imposition dans le temps différente à titre facultatif. Après notre votation, on peut avoir facultativement une taxation annuelle.

A l'alinéa 4 de ce même article, on a modifié le texte prévu au début, qui prévoyait qu'après huit ans et si au moins la moitié des cantons étaient passés à la taxation annuelle, le Conseil fédéral ferait un rapport et proposerait de manière générale le passage à la taxation annuelle *postnumerando*, en disant plus sagement qu'à l'expiration du délai prévu au premier alinéa le Conseil fédéral fera rapport à l'Assemblée fédérale et proposera l'uniformisation du calcul de l'impôt dans le temps. Cela ne constituera en aucun cas une obligation ou une contrainte pour les cantons, mais le Conseil fédéral devra juger selon la situation à ce moment-là.

Angenommen – Adopté

Art. 74

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 74

Proposition de la commission

*Majorité**Maintenir**Minorité*

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

2. Kapitel (neu)*Antrag der Kommission**Mehrheit**Titel*

Zweijährige Veranlagung für natürliche Personen

*Art. 74a**Titel*

Geltungsbereich

Wortlaut

Die Bestimmungen dieses Kapitels gelten für Kantone, die die Steuer für die natürlichen Personen gemäss Artikel 18a veranlagten.

*Art. 74b**Titel*

Steuer- und Bemessungsperiode

Abs. 1

Die Steuern vom Einkommen und Vermögen werden für eine zweijährige Steuerperiode (zwei Kalenderjahre) festgesetzt und für jedes Steuerjahr (Kalenderjahr) erhoben.

Abs. 2

Für die Einkommenssteuer ist das durchschnittliche Einkommen der beiden der Steuerperiode vorangegangenen Kalenderjahre oder das durchschnittliche, auf 12 Monate berechnete Ergebnis der in diesem Zeitraum abgeschlossenen Geschäftsjahre massgebend.

*Abs. 3*Bei Beginn der Steuerpflicht wird das Einkommen bemessen:
a. im Falle des Zuzuges aus einem anderen Kanton: nach Absatz 2;

b. in allen übrigen Fällen: nach dem seit Beginn der Steuerpflicht erzielten, auf 12 Monate berechneten Einkommen.

Abs. 4

Für die Vermögenssteuer sind Stand und Wert zu Beginn der Steuerperiode oder der Steuerpflicht massgebend. In der Schweiz gehandelte Wertpapiere mit Kurswert werden nach dem Durchschnitt der Kurse im letzten, dem Beginn der Steuerperiode oder der Steuerpflicht vorangehenden Monat bemessen.

Abs. 5

Besteht die Steuerpflicht nur während eines Teils der Steuerperiode, so wird der diesem Zeitraum entsprechende Betrag erhoben. In solchen Fällen bestimmt sich der Steuersatz für die Einkommenssteuer nach dem auf 12 Monate berechneten Einkommen.

*Art. 74c**Titel*

Zwischenveranlagung

Wortlaut

Eine Zwischenveranlagung für Einkommen und Vermögen wird durchgeführt bei:

a. Scheidung oder dauernder rechtlicher oder tatsächlicher Trennung der Ehegatten;

b. dauernder und wesentlicher Aenderung der Erwerbsgrundlagen zufolge Aufnahme oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit oder Berufswechsels;

c. Vermögensanfall von Todes wegen.

*Art. 74d**Titel*

Sonderveranlagungen

Abs. 1

Die bei Beendigung der Steuerpflicht oder bei Zwischenveranlagungen nicht oder noch nicht für eine volle Steuerperiode als Einkommen besteuerten Kapitalgewinne nach Artikel 9 Absatz 1, Kapitalabfindungen für wiederkehrende Leistungen, Einkünfte aus Lotterien und lotterieähnlichen Veranstaltungen, Entschädigungen für die Aufgabe oder Nichtausübung einer Tätigkeit oder für die Nichtausübung eines Rechtes unterliegen für die Steuerperiode, in der sie zugeflossen sind, gesamthaft einer vollen Jahressteuer zu dem Satz, der sich für diese Einkünfte allein ergibt. Die nach diesem Absatz besteuerten Einkünfte werden bei der Hauptveranlagung nicht berücksichtigt. Bereits vorgenommene Hauptveranlagungen sind zu revidieren.

Abs. 2

Die Jahressteuer nach Absatz 1 und die Steuer auf Leistungen nach Artikel 12 Absatz 4 werden für die Steuerperiode festgesetzt, in der die entsprechenden Einkünfte zugeflossen sind. Werden im gleichen Steuerjahr mehrere Kapitalgewinne erzielt, so bestimmt sich der Steuersatz nach dem Gesamtgewinn.

*Art. 74e**Titel*

Verlustverrechnung

Wortlaut

Vom durchschnittlichen Einkommen der Bemessungsperiode (Art. 74b Abs. 2) können Verlustüberschüsse aus höchstens drei vorangegangenen Bemessungsperioden abgezogen werden, soweit sie bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens der Vorjahre nicht berücksichtigt werden konnten.

*Art. 74f**Titel*

Wechsel der Steuerpflicht

Wortlaut

Artikel 5 findet keine Anwendung.

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titel

Einjährige Veranlagung für die natürlichen Personen

*Art. 74a**Titel*

Geltungsbereich

Wortlaut

Die Bestimmungen dieses Kapitels gelten für Kantone, die die Steuer für die natürlichen Personen gemäss Artikel 18a veranlagten.

*Art. 74b**Titel*

Steuerperiode

Abs. 1

Die Steuern vom Einkommen und Vermögen werden für jede Steuerperiode festgesetzt und erhoben.

Abs. 2

Als Steuerperiode gilt das Kalenderjahr.

Abs. 3

Besteht die Steuerpflicht nur während eines Teils der Steuerperiode, so wird die Steuer auf den in diesem Zeitraum erzielten Einkünften erhoben. Dabei bestimmt sich der Steuersatz für regelmässig fliessende Einkünfte nach dem auf 12 Monate berechneten Einkommen; nicht regelmässig fliessende Einkünfte unterliegen der vollen Jahressteuer, werden aber für die Satzbestimmung nicht in ein Jahreseinkommen umgerechnet. Artikel 12 Absatz 4 bleibt vorbehalten.

*Art. 74c**Titel*

Bemessung des Einkommens

Abs. 1

Das steuerbare Einkommen bemisst sich nach den Einkünften in der Steuerperiode.

Abs. 2

Für die Ermittlung des Einkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit ist das Ergebnis des in der Steuerperiode abgeschlossenen Geschäftsjahres massgebend.

Abs. 3

Steuerpflichtige mit selbständiger Erwerbstätigkeit müssen in jeder Steuerperiode einen Geschäftsabschluss erstellen.

Art. 74d**Titel**

Grundstückgewinne

Wortlaut

Die Grundstückgewinnsteuer wird für die Steuerperiode festgesetzt, in der die Gewinne erzielt worden sind.

Art. 74e**Titel**

Bemessung des Vermögens

Abs. 1

Das steuerbare Vermögen bemisst sich nach dem Stand am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht.

Abs. 2

Für Steuerpflichtige mit selbständiger Erwerbstätigkeit und Geschäftsjahren, die nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmen, bestimmt sich das steuerbare Geschäftsvermögen nach dem Eigenkapital am Ende des in der Steuerperiode abgeschlossenen Geschäftsjahres.

Abs. 3

Erbt der Steuerpflichtige während der Steuerperiode Vermögen, so wird dieses erst von dem Zeitpunkt an dem übrigen Vermögen zugerechnet, in dem es anfällt. Absatz 4 gilt sinngemäss.

Abs. 4

Besteht die Steuerpflicht nur während eines Teils der Steuerperiode, so wird der diesem Zeitraum entsprechende Betrag erhoben.

Art. 74f**Titel**

Verlustverrechnung

Wortlaut

Verluste aus höchstens sieben der Steuerperiode (Art. 74b) vorangegangenen Geschäftsjahren können abgezogen werden, soweit sie bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens dieser Jahre nicht berücksichtigt werden konnten.

Art. 74g**Titel**

Wechsel der Steuerpflicht

Wortlaut

Bei Wechsel des steuerrechtlichen Wohnsitzes oder bei Veränderungen der wirtschaftlichen Zugehörigkeit nach Artikel 4 Absatz 1 innerhalb der Schweiz bleibt die Steuerpflicht hinsichtlich der Einkommens- und Vermögenssteuer für das laufende Steuerjahr am bisherigen Steuerort unverändert.

Art. 74h**Titel**

Wechsel der zeitlichen Bemessung für die natürlichen Personen

Wortlaut

Die Einkommenssteuer der natürlichen Personen für die erste Steuerperiode nach dem Wechsel der zeitlichen Bemessung wird nach altem und nach neuem Recht provisorisch veranlagt. Ist die nach neuem Recht berechnete Steuer höher, so wird diese, andernfalls die nach altem Recht berechnete Steuer geschuldet. Vorbehalten bleibt die Besteuerung ausserordentlicher Erträge nach altem Recht.

Antrag Coutau

Gemäss Antrag der Mehrheit

Chapitre 2 (nouveau)

Proposition de la commission

Majorité

Titre

Taxation bisannuelle pour les personnes physiques

Art. 74a**Titre**

Champ d'application

Texte

Les dispositions prévues dans ce chapitre sont valables pour les cantons qui prélèvent l'impôt dû par les personnes physiques selon l'article 18a.

Art. 74b**Titre**

Période fiscale et période de calcul

Al. 1

Les impôts sur le revenu et sur la fortune sont fixés pour une période fiscale de deux ans (deux années civiles) et prélevés chaque année fiscale (une année civile).

Al. 2

L'impôt sur le revenu est calculé sur la base du revenu moyen des deux années civiles précédant la période fiscale ou du résultat moyen, calculé sur douze mois, des exercices commerciaux clos pendant ces deux ans.

Al. 3

Au début de l'assujettissement, le revenu est calculé:

a. lorsque le contribuable vient d'un autre canton: selon le 2e alinéa;

b. dans tous les autres cas: sur la base du revenu acquis depuis le début de l'assujettissement, calculé sur douze mois.

Al. 4

L'impôt sur la fortune est calculé d'après l'état et la valeur de la fortune au début de la période fiscale ou de l'assujettissement. Les papiers-valeurs cotés qui font l'objet de transactions en Suisse sont estimés à leur cours moyen du mois qui précède le début de la période fiscale ou de l'assujettissement.

Al. 5

Lorsque l'assujettissement n'a duré qu'une partie de la période fiscale, seul est perçu le montant d'impôt correspondant à cette durée. Le taux de l'impôt sur le revenu se détermine alors d'après le revenu calculé sur douze mois.

Art. 74c**Titre**

Taxation intermédiaire

Texte

Le revenu et la fortune font l'objet d'une taxation intermédiaire en cas:

a. de divorce ou de séparation durable de droit ou de fait des époux;

b. de modification durable et essentielle des bases de l'activité lucrative ensuite du début ou de la cessation de l'activité lucrative ou d'un changement de profession;

c. de dévolution pour cause de mort.

Art. 74d**Titre**

Taxation spéciale

Al. 1

A la fin de l'assujettissement ou lors d'une taxation intermédiaire, les bénéfices en capital, définis à l'article 9, 1er alinéa, les versements de capitaux remplaçant des prestations périodiques, les gains de loterie et d'autres institutions semblables, les indemnités obtenues pour la cessation d'une activité ou la renonciation à celle-ci ou pour la renonciation à l'exercice d'un droit, qui n'ont pas été imposés comme revenu ou qui ne l'ont pas encore été pendant une période fiscale entière, sont soumis ensemble, pendant la période fiscale au cours de laquelle ils ont été acquis, à un impôt annuel entier perçu au taux correspondant à ces seuls revenus. Les revenus imposés conformément au présent alinéa ne sont pas pris en considération lors de la taxation ordinaire. Les taxations ordinaires déjà effectuées doivent être révisées.

Al. 2

L'impôt annuel prévu au 1er alinéa et l'impôt sur les prestations mentionnées à l'article 12, 4e alinéa, sont fixés pour la

période fiscale au cours de laquelle les revenus ont été acquis. Lorsque plusieurs gains en capital sont réalisés la même année fiscale, l'impôt est calculé au taux de l'ensemble de ces gains.

Art. 74e**Titre****Déduction des pertes****Texte**

Les pertes des trois précédentes périodes de calcul au plus peuvent être déduites du revenu moyen de la période de calcul (art. 74b, 2e al.), à condition qu'elles n'aient pas pu être prises en considération lors du calcul du revenu imposable des années précédentes.

Art. 74f**Titre****Modification de l'assujettissement****Texte**

L'article 5 ne s'applique pas.

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titre**Taxation annuelle pour les personnes physiques****Art. 74a****Titre****Champ d'application****Texte**

Les dispositions prévues dans ce chapitre sont valables pour les cantons qui prélèvent l'impôt dû par les personnes physiques selon l'article 18a.

Art. 74b**Titre****Période fiscale****Al. 1**

Les impôts sur le revenu et la fortune sont fixés et prélevés pour chaque période fiscale.

Al. 2

La période fiscale correspond à l'année civile.

Al. 3

Si les conditions d'assujettissement ne sont réalisées que durant une partie de la période fiscale, l'impôt est prélevé sur les revenus obtenus durant cette période. Pour les revenus à caractère périodique, le taux de l'impôt se détermine compte tenu d'un revenu calculé sur douze mois. Les revenus à caractère non périodique sont soumis à un impôt annuel entier, mais ne sont en revanche pas convertis en un revenu annuel pour le calcul du taux. L'article 12, 4e alinéa, est réservé.

Art. 74c**Titre****Détermination du revenu****Al. 1**

Le revenu imposable se détermine d'après les revenus acquis pendant la période fiscale.

Al. 2

Le produit de l'activité lucrative indépendante se détermine d'après le résultat de l'exercice commercial clos pendant la période fiscale.

Al. 3

Les contribuables qui exercent une activité lucrative indépendante doivent procéder à la clôture de leurs comptes chaque période fiscale.

Art. 74d**Titre****Gains immobiliers****Texte**

L'impôt sur les gains immobiliers est fixé pour la période fiscale au cours de laquelle le gain a été réalisé.

Art. 74e**Titre****Détermination de la fortune****Al. 1**

La fortune imposable se détermine d'après son état à la fin de la période fiscale ou de l'assujettissement.

Al. 2

Pour les contribuables qui exercent une activité lucrative indépendante et dont les exercices commerciaux ne coïncident pas avec l'année civile, la fortune commerciale imposable se détermine d'après le capital propre existant à la fin de l'exercice commercial clos pendant la période fiscale.

Al. 3

La fortune dévolue par succession à un contribuable au cours de la période fiscale n'est imposable qu'à partir de la date de la dévolution. Le 4e alinéa s'applique par analogie.

Al. 4

Si les conditions d'assujettissement ne sont réalisées que durant une partie de la période fiscale, seul le montant d'impôt correspondant à cette durée est prélevé.

Art. 74f**Titre****Déduction des pertes****Texte**

Les pertes de sept exercices au plus précédant la période fiscale (art. 74b) peuvent être déduites, à condition qu'elles n'aient pas pu être prises en considération lors du calcul du revenu imposable de ces années.

Art. 74g**Titre****Modification de l'assujettissement****Texte**

En cas de changement de domicile au regard du droit fiscal ou de modifications de l'assujettissement en raison d'un rattachement économique selon l'article 4, 1er alinéa, à l'intérieur de la Suisse, l'assujettissement à l'impôt sur le revenu et sur la fortune se poursuit sans changement pour l'année fiscale en cours au for fiscal jusqu'alors déterminant.

Art. 74h**Titre**

Modification apportée à l'imposition dans le temps pour les personnes physiques

Texte

Pour la première période fiscale suivant la modification apportée à l'imposition dans le temps, l'impôt sur le revenu des personnes physiques fait l'objet de taxations provisoires d'après l'ancien et le nouveau droit. L'impôt calculé sur la base du nouveau droit est dû s'il est plus élevé que celui calculé selon l'ancien droit; si tel n'est pas le cas, c'est l'impôt calculé d'après l'ancien droit qui doit être acquitté. Est réservée l'imposition des revenus extraordinaires d'après l'ancien droit.

Proposition Coutau

Selon la proposition de la majorité

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

3. Kapitel (neu)**Antrag der Kommission****Titel**

Referendum und Inkrafttreten

Chapitre 3 (nouveau)**Proposition de la commission****Titre**

Référendum et entrée en vigueur

Angenommen – Adopté

B. Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) Loi fédérale sur l'impôt fédéral direct (LIFD)

Reichling, Berichterstatter: Die Beschlussfassung des Rates beim Steuerharmonisierungsgesetz hat nun Auswirkungen beim Gesetz über die direkte Bundessteuer.

Es muss vielleicht an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen werden, dass wir gemäss Verfassungsauftrag keine Verpflichtung haben, die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Steuern zu harmonisieren. Es ist also lediglich eine Frage der Zweckmässigkeit und der Erleichterung für den Steuerzahler in den Kantonen, dass die eidgenössischen Steuern nach dem gleichen Bemessungssystem und den gleichen übrigen Rahmenbedingungen erhoben werden, damit mit einer einzigen Steuererklärung die Staatssteuern und die Bundessteuern erhoben werden können. Es besteht darüber wahrscheinlich keine Meinungsverschiedenheit. Die Kommission geht in allen Teilen davon aus, dass wir die Übereinstimmung der beiden Gesetze herbeiführen wollen.

Wenn Sie dieser Auffassung der Identität zustimmen, können die folgenden Differenzen als bereits erledigt betrachtet werden. Sie hängen zusammen mit der Bemessungsperiode. Es sind dies folgende Artikel:

Artikel 31 Absatz 1, 35 Absatz 2, 39 Absatz 2, 51, 51 bis, 51a bis 54, 110, 111, 209 und 212 bis 212m, nachdem die Minderheit obsiegt hat. Bei all diesen Artikeln gelten nun die Anträge der Minderheit als angenommen.

M. Salvioni, rapporteur: Après la votation sur la période de taxation, il y a une série d'articles sur l'impôt fédéral direct qui sont à considérer comme déjà réglés et décidés puisqu'il était convenu que la votation faite au début aurait eu valeur pour les deux lois et pour toute une série d'articles. Je les mentionne afin que l'on sache que ces articles ont déjà été pratiquement liquidés. Il s'agit des articles 31 alinéa premier, 35 alinéa 2, 39, 51, 51a jusqu'à 54, 110, 111, 212p et 212r. Tous ces articles sont à considérer comme déjà liquidés. Il faut dire que le mandat constitutionnel ne prévoyait pas obligatoirement l'harmonisation entre les impôts fédéraux et les impôts cantonaux mais seulement l'harmonisation des impôts cantonaux entre eux. Or, pour une raison de praticité et de cohérence, il est évident qu'il faut essayer d'avoir deux lois qui soient parallèles et cohérentes et non des lois avec des articles différents. C'est la raison pour laquelle on essaie toujours d'avoir des solutions uniformes.

Art. 24 Bst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 24 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Hier beantragen wir Zustimmung zum Ständerat. Die Formulierung ergibt sich automatisch aus der Zustimmung des Ständerates zum Artikel 20 in der Fassung des Nationalrates.

Salvioni, rapporteur: Pour ce qui est de la première divergence à l'article 24 let. b, la commission s'est ralliée à la décision du Conseil des Etats. Il s'agit des exonérations pour les versements provenant d'assurances de capitaux privés et là on a fait une réserve pour ce qui est stipulé à l'article 20, alinéa premier, lettre a. Il s'agit d'éviter la possibilité d'abus par le biais d'assurances de capitaux.

La commission vous propose de vous rallier à sa proposition, donc à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen – Adopté

Art. 31 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 31 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 33

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1 Bst. g

g.

– 2400 Franken

– 1200 Franken

.... geltend machen kann. Artikel 209c bleibt vorbehalten.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates, aber 5500 Franken.

.... des andern Ehegatten. Artikel 209c bleibt vorbehalten.

Minderheit I

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)

Abs. 1 Bst. g

g.

– 2300 Franken

– 1200 Franken

.... geltend machen kann. Artikel 209c bleibt vorbehalten.

Abs. 2

.... 5300 Franken des andern Ehegatten. Artikel 209c bleibt vorbehalten.

Minderheit II

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Abs. 1 Bst. g, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 33

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1 let. g

g.

– 2400 francs pour les personnes mariées

– 1200 francs pour les autres

...., lettre a ou b. L'article 209c est réservé.

Al. 2

.... déduction de 5500 francs

.... entreprise. L'article 209c est réservé.

Minorité I

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)

Al. 1 let. g

g.

– 2300 francs

– 1200 francs

...., lettre a ou b. L'article 209c est réservé.

Al. 2

.... 5300 francs.

.... entreprise. L'article 209c est réservé.

Minorité II

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Al. 1 let. g, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit II
(siehe Grundsatzentscheid)*Adopté selon la proposition de la minorité II*
(voir décision de principe)**Art. 35***Antrag der Kommission**Mehrheit**Abs. 1 Bst. a, b*

Vom Einkommen werden, vorbehältlich Artikel 209c, abgezogen:

a. sorgt, 4400 Franken;

b. beiträgt, 4400 Franken;

Abs. 2

Festhalten

Minderheit I

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)

Abs. 1 Bst. a, b

Vom Einkommen werden, vorbehältlich Artikel 209c, abgezogen:

a. sorgt, 4200 Franken;

b. beiträgt, 4200 Franken;

Abs. 2

Festhalten

Minderheit II

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Abs. 1 Bst. a, b, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 35*Proposition de la commission**Majorité**Al. 1 let. a, b*

Sont déduits du revenu net, sous réserve de l'article 209c:

a. l'entretien, 4400 francs;

b. de la déduction, 4400 francs;

Al. 2

Maintenir

Minorité I

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)

Al. 1 let. a, b

Sont déduits du revenu net, sous réserve de l'article 209c:

a. 4200 francs;

b. 4200 francs;

Al. 2

Maintenir

Minorité II

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Al. 1 let. a, b, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit II
(siehe Grundsatzentscheid)*Adopté selon la proposition de la minorité II*
(voir décision de principe)**Art. 36***Mehrheit**Abs. 1*

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

– bis 9900 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.77 Fr.
– für 21 600 Fr. Einkommen	90.05 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.88 Fr. mehr
– für 28 300 Fr. Einkommen	149.00 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.64 Fr. mehr

– für 37 800 Fr. Einkommen	399.80 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.97 Fr. mehr
– für 49 600 Fr. Einkommen	750.25 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5.94 Fr. mehr
– für 53 500 Fr. Einkommen	981.90 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6.60 Fr. mehr
– für 70 900 Fr. Einkommen	2130.30 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8.80 Fr. mehr
– für 92 100 Fr. Einkommen	3995.90 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.00 Fr. mehr
– für 120 400 Fr. Einkommen	7108.90 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13.20 Fr. mehr
– für 516 700 Fr. Einkommen	59 420.50 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Abs. 2

Für Ehepaare, die in ungetrennter Ehe leben, und für verwitwete, getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen im gleichen Haushalt zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, beträgt die jährliche Steuer:

– bis 19 300 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	1 Fr.
– für 34 700 Fr. Einkommen	154 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2 Fr. mehr
– für 39 900 Fr. Einkommen	258 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	3 Fr. mehr
– für 51 500 Fr. Einkommen	606 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	4 Fr. mehr
– für 61 700 Fr. Einkommen	1014 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5 Fr. mehr
– für 70 600 Fr. Einkommen	1459 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6 Fr. mehr
– für 78 300 Fr. Einkommen	1921 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	7 Fr. mehr
– für 84 700 Fr. Einkommen	2369 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8 Fr. mehr
– für 89 900 Fr. Einkommen	2785 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	9 Fr. mehr
– für 93 800 Fr. Einkommen	3136 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	10 Fr. mehr
– für 96 400 Fr. Einkommen	3396 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11 Fr. mehr
– für 97 700 Fr. Einkommen	3539 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	12 Fr. mehr
– für 99 000 Fr. Einkommen	3695 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13 Fr. mehr
– für 611 600 Fr. Einkommen	70 333 Fr.
– für 611 700 Fr. Einkommen	70 345.50 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

Artikel 209c bleibt vorbehalten.

Minderheit I

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)

Abs. 1

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

– bis 9500 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.77 Fr.
– für 20 600 Fr. Einkommen	85.45 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.88 Fr. mehr
– für 27 000 Fr. Einkommen	141.75 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.64 Fr. mehr
– für 36 000 Fr. Einkommen	379.35 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.97 Fr. mehr
– für 47 200 Fr. Einkommen	711.95 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5.94 Fr. mehr
– für 50 900 Fr. Einkommen	931.70 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6.60 Fr. mehr
– für 67 500 Fr. Einkommen	2027.30 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8.80 Fr. mehr

- für 87 800 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 114 800 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 492 300 Fr. Einkommen
- für 492 400 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen

3813.70 Fr.
11.00 Fr. mehr
6783.70 Fr.
13.20 Fr. mehr
56 613.70 Fr.
56 626.00 Fr.
11.50 Fr. mehr

Abs. 2

.....

- bis 18 400 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 33 100 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 38 000 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 49 000 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 58 800 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 67 300 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 74 700 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 80 800 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 85 700 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 89 400 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 91 900 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 93 200 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 94 500 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen
- für 583 200 Fr. Einkommen
- und für je weitere 100 Fr. Einkommen

0 Fr.
1 Fr.
147 Fr.
2 Fr. mehr
245 Fr.
3 Fr. mehr
575 Fr.
4 Fr. mehr
967 Fr.
5 Fr. mehr
1392 Fr.
6 Fr. mehr
1836 Fr.
7 Fr. mehr
2263 Fr.
8 Fr. mehr
2655 Fr.
9 Fr. mehr
2988 Fr.
10 Fr. mehr
3238 Fr.
11 Fr. mehr
3381 Fr.
12 Fr. mehr
3537 Fr.
13 Fr. mehr
67 068 Fr.
11.50 Fr. mehr

Abs. 2

Pour les époux vivant en ménage commun ainsi que pour les contribuables veufs, séparées, divorcés et célibataires qui vivent en ménage commun avec des enfants ou des personnes nécessiteuses dont ils assument pour l'essentiel l'entretien, l'impôt annuel s'élève:

- jusqu'à 19 300 fr. de revenu, à 0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 1 fr.
- pour 34 700 fr. de revenu, à 154 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 2 fr. de plus
- pour 39 900 fr. de revenu, à 258 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 3 fr. de plus
- pour 51 500 fr. de revenu, à 606 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 4 fr. de plus
- pour 61 700 fr. de revenu, à 1014 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 5 fr. de plus
- pour 70 600 fr. de revenu, à 1459 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 6 fr. de plus
- pour 78 300 fr. de revenu, à 1921 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 7 fr. de plus
- pour 84 700 fr. de revenu, à 2369 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 8 fr. de plus
- pour 89 900 fr. de revenu, à 2785 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 9 fr. de plus
- pour 93 800 fr. de revenu, à 3136 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 10 fr. de plus
- pour 96 400 fr. de revenu, à 3396 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 11 fr. de plus
- pour 97 700 fr. de revenu, à 3539 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 12 fr. de plus
- pour 99 000 fr. de revenu, à 3695 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 13 fr. de plus
- pour 611 600 fr. de revenu, à 70 333 fr.
- pour 611 700 fr. de revenu, à 70 345.50 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 11.50 fr. de plus

Abs. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

L'article 209c est réservé.

Abs. 4

Artikel 209c bleibt vorbehalten.

Minorité I

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)

Al. 1

L'impôt dû pour une année fiscale s'élève:

- jusqu'à 9500 fr. de revenu, à 0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 0.77 fr.
- pour 20 600 fr. de revenu, à 85.45 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 0.88 fr. de plus
- pour 27 000 fr. de revenu, à 141.75 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 2.64 fr. de plus
- pour 36 000 fr. de revenu, à 379.35 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 2.97 fr. de plus
- pour 47 200 fr. de revenu, à 711.95 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 5.94 fr. de plus
- pour 50 900 fr. de revenu, à 931.70 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 6.60 fr. de plus
- pour 67 500 fr. de revenu, à 2027.30 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 8.80 fr. de plus
- pour 87 800 fr. de revenu, à 3813.70 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 11.00 fr. de plus
- pour 114 800 fr. de revenu, à 6783.70 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 13.20 fr. de plus
- pour 492 300 fr. de revenu, à 56 613.70 fr.
- pour 492 400 fr. de revenu, à 56 626.00 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 11.50 fr. de plus

Art. 36

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

L'impôt dû pour une année fiscale s'élève:

- jusqu'à 9900 fr. de revenu, à 0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 0.77 fr.
- pour 21 600 fr. de revenu, à 90.05 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 0.88 fr. de plus
- pour 28 300 fr. de revenu, à 149.00 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 2.64 fr. de plus
- pour 37 800 fr. de revenu, à 399.80 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 2.97 fr. de plus
- pour 49 600 fr. de revenu, à 750.25 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 5.94 fr. de plus
- pour 53 500 fr. de revenu, à 981.90 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 6.60 fr. de plus
- pour 70 900 fr. de revenu, à 2130.30 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 8.80 fr. de plus
- pour 92 100 fr. de revenu, à 3995.90 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 11.00 fr. de plus
- pour 120 400 fr. de revenu, à 7108.90 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 13.20 fr. de plus
- pour 516 700 fr. de revenu, à 59 420.50 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 11.50 fr. de plus

Abs. 2

.....

- jusqu'à 18 400 fr. de revenu, à 0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 1 fr.
- pour 33 100 fr. de revenu, à 147 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus 2 fr. de plus

- pour 39 000 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 49 000 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 58 800 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 67 300 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 74 700 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 80 800 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 85 700 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 89 400 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 91 900 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 93 200 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 94 500 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus
- pour 583 200 fr. de revenu, à et, par 100 fr. de revenu en plus

- 245 fr.
- 3 fr. de plus
- 575 fr.
- 4 fr. de plus
- 967 fr.
- 5 fr. de plus
- 1392 fr.
- 6 fr. de plus
- 1836 fr.
- 7 fr. de plus
- 2263 fr.
- 8 fr. de plus
- 2655 fr.
- 9 fr. de plus
- 2988 fr.
- 10 fr. de plus
- 3238 fr.
- 11 fr. de plus
- 3381 fr.
- 12 fr. de plus
- 3537 fr.
- 13 fr. de plus
- 67 068 fr.
- 11.50 fr. de plus

Art. 51*Proposition de la commission**Majorité**Maintenir**Minorité*

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Coutau

Selon la décision du Conseil des Etats du 7 décembre 1988

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 51bis*Antrag der Kommission**Mehrheit**Titel*

Artikel 51a

Fakultative zweijährige Steuerperiode

Wortlaut

Die Kantone sind frei, in Abweichung von Artikel 51 für die zeitliche Bemessung eine zweijährige Steuerperiode, entsprechend zwei Kalenderjahren, festzulegen und als Bemessungsgrundlage das durchschnittliche Einkommen der beiden letzten der Steuerperiode vorangegangenen Kalenderjahre heranzuziehen. Diesfalls gelten die Vorschriften des Titels 4a (Art. 212a–212p) der Schlussbestimmungen.

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titel

Fakultative einjährige Steuerperiode

Wortlaut

Die Kantone sind frei, in Abweichung von Artikel 51 für die zeitliche Bemessung eine einjährige Steuerperiode, entsprechend einem Kalenderjahr, festzulegen, wobei das gleiche Kalenderjahr als Bemessungsperiode heranzuziehen ist. Diesfalls gelten die Vorschriften des Titels 4a (Art. 212a–212k) der Schlussbestimmungen.

Antrag Coutau

Streichen

Art. 51bis*Proposition de la commission**Majorité**Titre*

Article 51a (nouveau)

Période fiscale bisannuelle facultative

Texte

Les cantons sont libres, en dérogation à l'article 51, de fixer pour l'imposition dans le temps une période fiscale bisannuelle correspondant à deux années civiles et de prendre comme base de calcul de revenu moyen des deux dernières années civiles précédant la période fiscale. Sont valables dans ce cas les dispositions prévues sous le titre 4a (art. 212a–212p) des dispositions finales.

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titre

Taxation annuelle facultative

Texte

Les cantons sont libres, en dérogation à l'article 51, de fixer pour l'imposition dans le temps une période fiscale annuelle correspondant à une année civile; dans ce cas, il prendront

Abs. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 4

L'article 209c est réservé.

Minorité II

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit II

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité II

(voir décision de principe)

Art. 39 Abs. 2*Antrag der Kommission**Mehrheit**Festhalten**Minderheit*

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 39 al. 2*Proposition de la commission**Majorité**Maintenir**Minorité*

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 51*Antrag der Kommission**Mehrheit**Festhalten**Minderheit*

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Coutau

Gemäss Beschluss des Ständerates vom 7. Dezember 1988

comme base de calcul cette même année civile. Sont valables alors les dispositions prévues sous le titre 4a (art. 212a–212k) des dispositions finales.

Proposition Coutau
Biffer

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
(siehe Grundsatzentscheid)
Adopté selon la proposition de la minorité
(voir décision de principe)

Art. 51a, 52, 52a – 52c, 53, 54

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Coutau

Gemäss Beschluss des Ständerates vom 7. Dezember 1988

Art. 51a, 52, 52a – 52c, 53, 54

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Coutau

Selon la décision du Conseil des Etats du 7 décembre 1988

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
(siehe Grundsatzentscheid)
Adopté selon la proposition de la minorité
(voir décision de principe)

Art. 62

Antrag der Kommission

Bst. g

Mehrheit

g. juristische Personen, die öffentliche oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, für den Gewinn und das Kapital, die unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet sind. Gemeinnützig ist jede uneigennützige Tätigkeit zur Unterstützung bedürftiger Menschen sowie zur Schaffung oder Erhaltung menschenwürdiger Lebensräume in sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und landschaftlicher Hinsicht. Nicht gemeinnützig ist die Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke. Vermögensanlage ist kein wirtschaftlicher Zweck, auch wenn sie in Beteiligungen an Unternehmen mit wirtschaftlichen Zwecken erfolgt, sofern sichergestellt ist, dass damit keine direkte oder indirekte Übernahme geschäftsleitender Funktionen verbunden ist;

Minderheit I

(Nebiker, Feigenwinter, Hänggi, Müller-Wiliberg)

g., die öffentliche, humanitäre oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, für den Gewinn und das Kapital, die ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet sind.

Minderheit II

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)

g. Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Bst. h

Mehrheit

h. juristische Personen, die in der Schweiz oder im Rahmen allgemein anerkannter Religionsgemeinschaften Kultuszwecke verfolgen,

Minderheit

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 62

Proposition de la commission

Let. g

Majorité

g. Les personnes morales qui poursuivent des buts de service public ou de pure utilité publique, sur le bénéfice et le capital irrévocablement affectés à ces buts. Est d'utilité publique toute activité désintéressée visant à venir en aide à des personnes dans le besoin ainsi qu'à créer ou à maintenir des espaces vitaux humains sur les plans social, culturel et environnemental. La poursuite de buts économiques ne saurait être considérée comme étant d'intérêt public. Les placements de fortune ne constituent pas un but d'ordre économique même s'ils sont destinés à l'acquisition de participations à des entreprises poursuivant des buts économiques dans la mesure où leur affectation n'est liée à aucune prise directe ou indirecte de fonctions dirigeantes.

Minorité I

(Nebiker, Feigenwinter, Hänggi, Müller-Wiliberg)

g., qui poursuivent des buts de service public, humanitaires ou d'utilité publique, sur le bénéfice et le capital exclusivement et irrévocablement affectés à ces buts;

Minorité II

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)

g. Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Let. h

Majorité

h. Les personnes morales qui poursuivent en Suisse ou dans le cadre de communautés religieuses généralement reconnues des buts cultuels, sur le bénéfice et le capital exclusivement et irrévocablement affectés à ces buts;

Minorité

(Matthey, Fehr, Rebeaud, Uchtenhagen)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Der Entscheid bezüglich Artikel 62 Buchstaben g und h ist bereits beim Entscheid über Artikel 26 im Steuerharmonisierungsgesetz gefallen. Wir müssen darüber nicht mehr verhandeln.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 64 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 64 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Dieser Entscheid ist bei Artikel 27 des Steuerharmonisierungsgesetzes gefallen.

Angenommen – Adopté

Art. 74

Antrag der Kommission

Festhalten

Proposition de la commission

Maintenir

Art. 84 Abs. 3*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 84 al. 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Reichling, Berichterstatter: Neu ist nun eine Differenz entstanden beim Konzept für die Besteuerung der juristischen Personen, welche geregelt ist in Artikel 74 und Artikel 84 Absatz 3. Wir müssen diese beiden Artikel gemeinsam als Konzept behandeln. Es geht um die Besteuerung des Gewinnes und um die Besteuerung des Eigenkapitals.

Die Beschlüsse des Nationalrates in dieser Sache sind bisher vom Ständerat immer abgelehnt worden und auch von seiten der Wirtschaft auf Kritik gestossen. Der Uebergang zum proportionalen Steuertarif bringt unbestrittenermassen gegenüber dem heutigen Dreistufentarif für grosse, kapitalstarke Gesellschaften eine wesentliche Mehrbelastung und damit dem Staat grössere Steuereinnahmen. Dieser Opposition hatte der Nationalrat anlässlich der letzten Beratung insofern Rechnung getragen, als in Artikel 84 beschlossen wurde, die Kapitalsteuer sei an die Gewinnsteuer anzurechnen.

In der Zwischenzeit hat nun der Bundesrat dem Parlament seine neue Finanzvorlage unterbreitet. Die dort vorgesehenen Belastungen und damit die Gesamtsteuereinnahmen des Bundes von seiten der juristischen Personen müssen nun in unsere Ueberlegungen einbezogen werden. Die neuen Gegebenheiten, eingeschlossen die bisherigen Beratungen der Finanzvorlage seitens des Ständerates, haben in der Kommission zu einem neuen Konzept geführt.

Die Kommission beantragt nun dem Rat, für Gewinn- und Kapitalsteuer dem Vorschlag des Bundesrates zu folgen. Das ergibt gegenüber dem Beschluss des Ständerates Mehreinnahmen von rund 250 Millionen Franken aufgrund früherer Berechnungen. Es ist möglich, dass neueste Erhebungen hier etwas abweichen würden. Gegenüber dem letzten Beschluss des Nationalrates bringt nun das neue Konzept Mehreinnahmen von fast 300 Millionen Franken.

Die Kompensation soll nun bei der Stempelsteuer gemacht werden, nämlich durch Nichtunterstellung der Treuhandanlagen.

Ich nehme an, dass von seiten der Fraktionssprecher hier im Rate zur Darstellung gebracht wird, in welcher Weise dieses Konzept, also diese Berücksichtigung der neuen Finanzvorlage, beurteilt wird, damit auch hinsichtlich jener Vorlage eine Gewissheit besteht, wie unsere Beratungen ausgehen werden.

Der Finanzminister wird wahrscheinlich mit unseren Anträgen, nämlich Zustimmung bei der direkten Bundessteuer, einverstanden sein. Er wird aber wahrscheinlich der Kompensation in der neuen Finanzvorlage seinen Kampf ansagen. Wir werden ihn dann hören.

Ich wollte Ihnen von dieser neuen Gesamtsituation Kenntnis geben. Frau Spoerry hatte ursprünglich die Absicht, einen Antrag auf Zustimmung zum Ständerat einzureichen. Sie hat darauf verzichtet. Damit besteht Einmütigkeit der nationalrätlichen Kommission: Gewinn- und Kapitalsteuer nach den Anträgen des Bundesrates (8 Prozent und 0,8 Promille).

M. Salvioni, rapporteur: En ce qui concerne les divergences à l'article 62, lettres g et h – institutions d'intérêt public – elles ont déjà été décidées à l'article 26 de la loi sur l'harmonisation fiscale. Pour ce qui est de la prochaine divergence avec le Conseil des Etats, à l'article 64, alinéa 4, il s'agit du problème de l'imposition des «Partnerwerke» qui a déjà été décidée dans la loi sur l'harmonisation fiscale. Il n'y a donc plus de divergences.

La divergence des articles 74 et 84, alinéa 3, concerne le problème du barème d'imposition pour les personnes morales. Comme vous vous en souvenez sans doute, la commission et le Conseil national avaient décidé d'accepter le tarif proportionnel avec imputation de l'impôt sur le bénéfice. Le Conseil des Etats a maintenu sa position avec le système des trois pa-

liers. Le problème doit être discuté dans son ensemble. Je me réserve donc la possibilité d'intervenir après avoir entendu les propositions qui pourraient être faites ici. En tout cas, la situation actuelle est la suivante: selon le projet du Conseil fédéral et la proposition de la commission du Conseil national du 18 janvier 1990, il y aurait un impôt proportionnel de 8 pour cent, un sur le capital de 0,8 pour mille et, par rapport à la situation actuelle, il y aurait une augmentation des recettes de 10 millions de francs. La décision du Conseil national du 7 juin 1989 prévoyait l'impôt proportionnel avec imputation de l'impôt sur le capital, toujours 8 pour cent et 0,8 pour mille. Cela aurait provoqué un manque à gagner de 280 millions de francs.

La décision du Conseil des Etats du 20 mars 1986, du 7 décembre 1988 et du 5 octobre 1989 – car le Conseil des Etats a confirmé sa décision – instaure un système à trois paliers, comme dans le droit actuel, avec des barèmes réduits, un taux maximal de 9,8 pour cent et un impôt sur le capital de 0,8 pour mille, ce qui donnerait un manque à gagner de 235 millions de francs. La différence, comme on l'a déjà dit avant, réside en ceci: dans le cas de l'impôt proportionnel sont favorisées les sociétés nouvelles à capital réduit; donc, il s'agit de sociétés qui commencent leur activité. Par contre, il grève plus lourdement les sociétés ayant un capital assez important et qui ont donc déjà une certaine ancienneté et une activité consolidée. Cela illustre les deux différents types d'imposition. Nous allons maintenant prendre note des propositions qui seront faites. La commission, quant à elle, vous propose – comme je viens de vous le dire – un impôt proportionnel sur le bénéfice et un impôt de 0,8 pour mille sur le capital.

Nebiker: Es geht um die Besteuerung der juristischen Personen. Wir müssen das als Gesamtkomplex auffassen. Der Ständerat hat bekanntlich in mehreren Beschlüssen den Dreistufentarif beschlossen. Das führt einerseits zu Steuererleichterungen bei den juristischen Personen. Das ist begrüssenswert. Aber andererseits führt dies zu Steuerausfällen in der Grössenordnung von 230 Millionen Franken. Das ist aus der Sicht des Bundes weniger begrüssenswert.

Der Nationalrat hat bei der Besteuerung der juristischen Personen immer an der Proportionalsteuer festgehalten, allerdings mit Zusätzen. Zuerst haben wir den Normaldividendenabzug zugelassen. Auch das hätte natürlich zu Steuerausfällen geführt. Beim zweiten Umgang haben wir die Kapitalsteuer anrechnen lassen: Man hätte also den Steuerbetrag, der für die Kapitalbesteuerung erhoben wird, an der Ertragssteuer anrechnen können. Das hätte zu Ausfällen von etwa 280 Millionen Franken geführt.

Keine dieser beiden Kompensationen, weder Normaldividendenabzug noch Anrechnung der Kapitalsteuer, steht heute noch zur Diskussion.

Wir müssen uns nun entscheiden, ob wir den bisherigen Dreistufentarif (gemäss einem nun doch nicht eingereichten Antrag von Frau Spoerry) oder einen reduzierten Dreistufentarif (mit Ausfällen von 230 Millionen Franken) wollen. Das ist die Ausgangslage.

Die SVP-Fraktion möchte an der Proportionalsteuer festhalten, also den Beschlüssen folgen, die wir hier im Rat gefasst haben. Wir sind bereit, auf die Begünstigungen – sei es Normaldividendenabzug oder Anrechnung der Kapitalsteuer – zu verzichten. Der Proportionalsteuersatz gemäss Vorschlag des Bundesrates bringt sicher keine Steuerausfälle. Nach den vorliegenden Unterlagen gäbe es gegenüber dem Bisherigen sogar Mehrerträge von etwa 10 Millionen Franken. Diese Unterlagen sind allerdings zum Teil veraltet, so dass damit zu rechnen ist, dass mit der Proportionalsteuer gemäss Vorschlag des Bundesrates erhebliche Steuermehrerträge zu erzielen sind.

Wir sind damit einverstanden, dass man an dieser Proportionalbesteuerung festhält. Sie hat eine Berechtigung, hauptsächlich bei kleineren, kapitalschwachen Unternehmen, zu denen auch gewerbliche Betriebe zählen.

Man muss sich aber bewusst sein, dass die Proportionalsteuer nicht nur die Banken, sondern auch andere Unternehmen – auch gewerbliche Unternehmen –, die eine gute Kapital-

ausstattung haben, mehr belastet. Ausgerechnet die Unternehmen, die finanziell gut dastehen, werden mit der Proportionalsteuer erheblich belastet. Der Anreiz, eigenes Kapital zu schaffen, wird etwas eingedämmt. Das ist der Nachteil der Proportionalbesteuerung.

Trotzdem stimmen wir zu. Wir möchten das aber im Zusammenhang mit den übrigen Steuervorlagen sehen, und zwar namentlich mit der Revision des Stempelsteuergesetzes. Wir sehen, dass die Kompensation innerhalb des Stempelsteuergesetzes wahrscheinlich nicht vollständig erzielt werden kann. Wenn wir nun bei der direkten Bundessteuer dank der direkten Proportionalsteuer keine Steuerausfälle zusätzlich produzieren, sogar noch Mehreinnahmen erzielen, so ist das eine Vorleistung. Wir stimmen hier der Proportionalsteuer ausdrücklich im Sinne einer Vorleistung zuhanden des Stempelabgabengesetzes – zusammen mit der übrigen Steuergesetzesrevision im Rahmen der Finanzvorlage – zu. Wir hoffen, dass man diese Vorleistung auch bei der Beratung des Stempelabgabengesetzes, die speditiv weitergezogen werden soll, anerkennt.

Es gibt noch einen zweiten Grund, weshalb wir hier zustimmen können. Mit der Proportionalsteuer werden insbesondere die Banken und Versicherungen stärker belastet. Bei den Stempelabgaben werden die Banken zum Teil entlastet. Diese werden hier hingegen kompensatorisch mit der Proportionalbesteuerung mehr belastet. Wir haben im Bereich der Banken also eine gewisse Kompensation, eine gewisse Verbesserung des Steuersystems. Wir entlasten bei den Stempelabgaben, gleichzeitig besteuern wir mit der Proportionalbesteuerung die Banken stärker, und zwar den Gewinn der Banken. Es gibt demnach eine gewisse Umlagerung.

Die SVP-Fraktion stimmt also dieser proportionalen Besteuerung im Sinne einer Vorleistung zu.

Frau Spoerry: Herr Nebiker hat die lange Geschichte geschildert, die wir nicht nur bei der zeitlichen Bemessung, sondern auch beim Tarif der juristischen Personen in den letzten sieben Jahren durchlaufen haben. Ich möchte an den Ausgangspunkt, in den Kommissionen und in beiden Räten, der von Herrn Nebiker dargelegten Entscheide erinnern. Ursprünglich gingen die Kommissionen und beide Räte davon aus, dass mit dieser Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer die wirtschaftliche Doppelbelastung des ausgeschütteten Gewinns bei der Unternehmung einerseits und beim Aktionär andererseits abgebaut werden soll, weil sie eine Doppelbelastung ist, die vergleichbare Staaten nicht kennen. Deswegen haben beide Räte in mehreren Variationen und mehrmals Ausfälle in der Grössenordnung von 300 Millionen Franken für die juristischen Personen in Kauf genommen.

Jetzt liegt der Antrag der Kommissionsmehrheit mit dem achtprozentigen Proportionaltarif vor. Im Gegensatz zu den früheren Entscheiden wird auf flankierende Massnahmen verzichtet, d. h. es gibt keine Entlastung mehr für die juristischen Personen und damit auch keine Ausfälle für die Bundeskasse. Woher kommt dieser Meinungsumschwung? Herr Nebiker hat auch das dargelegt. Es geht um eine Vorleistung an ein Gesamtpaket. Dieses Gesamtpaket besteht aus der Revision des Stempelsteuergesetzes im Sinne der parlamentarischen Initiative Feigenwinter und aus einer neuen Finanzordnung, die in dieser oder jener Form die Taxe occulte bei unserer Wust ausmerzt, d. h. die indirekte Besteuerung der Unternehmen europakonform macht und die Wettbewerbsverzerrungen abbaut.

Wenn sowohl der Finanzplatz als auch der Werkplatz Schweiz in diesen beiden Bereichen europakonforme Bedingungen erhalten, so lässt sich die Umschichtung der Steuerlast im Rahmen des bisherigen Steueraufkommens bei der direkten Bundessteuer auf die soliden eigenfinanzierten Unternehmen vertreten, wie das beim kompromisslosen Uebergang zur Proportionalsteuer geschieht.

Problematisch ist aber, dass wir diesen Entscheid heute treffen müssen, bevor wir wissen, was bei der Revision des Stempelsteuergesetzes und bei der Finanzordnung herauskommt. Aus diesem Grunde melden wir gewisse Vorbehalte an. Man könnte nämlich die Sicherung des Steueraufkommens für die

Bundeskasse auch anders erreichen. Man könnte das bisher geltende Recht mit dem Dreistufentarif weiterführen, wie das der Ständerat dreimal entschieden hat, dabei aber auf die Entlastung verzichten, die der Ständerat vorgesehen hat. Auch das wäre für die Bundeskasse neutral. Diese Lösung muss für den endgültigen Entscheid mit dem Ständerat in Reserve gehalten werden. Wir gehen davon aus, dass wir bis dahin besser wissen, wie sich die Beratungen bei der Revision des Stempelsteuergesetzes und bei der Finanzordnung entwickeln.

Fazit: Unsere Zustimmung zum heute präsentierten Proportionaltarif der Kommissionsmehrheit ist eine Vorleistung an ein Gesamtpaket und eine Zustimmung mit Vorbehalten im vorerwähnten Sinn.

Fehr: Die sozialdemokratische Fraktion hat die Proportionalsteuer von Anfang an befürwortet. Wir haben also keine Probleme, dem Antrag der Kommission zuzustimmen. Auch der Verzicht auf die Anrechnung der Kapitalsteuer macht uns keine Mühe. Sie ist ein Kompromissvorschlag, auf den man heute leichten Herzens verzichten kann.

Was die Verknüpfung mit der Stempelsteuer im Sinne einer ganzheitlicheren Betrachtungsweise anbelangt, halten wir fest, dass wir die Finanzordnung immer als Gesamtpaket behandeln wollten, weil bei jedem Entscheid die Gesamtheit der Auswirkungen, also der Saldo der Entlastungen und Belastungen, bekannt sein sollte. Daher haben wir grundsätzlich nichts dagegen, wenn das vom Ständerat seinerzeit aufgeschnürte Paket nun wenigstens teilweise wieder zusammengefügt wird. Immerhin möchte ich festhalten, dass unsere Fraktion auf einer Kompensation der Ausfälle beharrt, die sich aus der Stempelsteuergesetzgebung ergeben werden. Wenn die Einführung der Proportionalsteuer bei den juristischen Personen hierzu einen Beitrag leisten soll, heisst das, dass im weiteren Verfahren auch der Steuersatz von 8 Prozent grundsätzlich zur Diskussion stehen können muss. Wir verfügen heute nicht über genügend Unterlagen, um die Gesamtwirkungen werten zu können. Hier darf aber keine Tür geschlossen sein. Wenn wir heute eine Differenz schaffen, besteht bei der Beratung im Ständerat die Möglichkeit, allenfalls nötige Korrekturen anzubringen. Wir könnten uns als Alternative auch Einsparungen vorstellen in Bereichen, in denen unsere Fraktion bei der Beratung des letzten Voranschlages entsprechende Anträge gestellt hat.

Die Sicherheit, die Frau Spoerry bezüglich des Gesamtpaketes haben möchte, möchten wir auch haben. Sie wird wahrscheinlich nur zu erreichen sein, wenn wir irgendwann Gleichschritt halten, und zwar spätestens bei den Schlussabstimmungen über die jeweiligen Vorlagen. Auch wir wollen wissen, wie ein Gesamtpaket aussieht, bevor wir uns definitiv aussprechen. Bei der heutigen Vorlage stimmen wir, wie gesagt, ohne weiteres der Kommission zu.

Bundesrat Stich: Ich stimme Ihnen zweifellos zu, wenn Sie dem Bundesrat zustimmen. Hingegen kann ich nicht akzeptieren, dass man von Kompensationen spricht, einfach deshalb, weil man ja nur auf eine Kürzung verzichtet, die einzelne Partigruppierungen – nicht der Bundesrat – ursprünglich vornehmen wollten. Das ist keine Kompensation und insofern, Frau Spoerry, auch keine Vorleistung. Wir werden diese Zusammenhänge sehr exakt prüfen und auch daran denken müssen, dass wir uns keine Steuerausfälle leisten können. Keine! Denn wir rechnen im nächsten Budget mit einem Defizit von immerhin gegen einer Milliarde Franken. Diese Defizite werden sich, wenn wir weder bei den Einnahmen noch bei den Ausgaben etwas unternehmen, bis ins Jahr 1994 auf 2,4 Milliarden Franken pro Jahr erhöhen.

Sie sehen, wir haben keinen Grund, auf irgendwelche Einnahmen zu verzichten. Deshalb müssen wir natürlich abwarten, wie der Nationalrat bei den Stempelabgaben entscheidet, ob er vielleicht gegen den Willen der Kommission dem Bundesrat folgt, was zweckmässig, richtig und gut wäre. Für den Fall, dass er das nicht tut, haben wir vorläufige Berechnungen gemacht, die zeigen, dass man dann auch bei den juristischen Personen eine wesentliche Erhöhung vornehmen, also einen

Gewinnsteuersatz zwischen 9,4 und 9,8 Prozent anwenden müsste. Man müsste also vermutlich den zulässigen Höchstsatz verwenden.

Aber wir werden diese Zahlen noch einmal überprüfen. Wir stellen jetzt fest, dass die Entwicklung bei den juristischen Personen nicht in allen Kantonen gleich verläuft. Es gibt solche, bei denen die Erträge zurückgegangen sind.

Wir werden bei der Bundesfinanzreform darüber sprechen. Wie viele Jahre das dauert, weiss man im Moment auch nicht. Wir sind bei diesem Gesetz auch schon acht Jahre an der Arbeit. Wir haben also zweifellos noch etwas Zeit, darüber zu diskutieren.

Angenommen – Adopté

Art. 110, 111

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Coutau

Gemäss Beschluss des Ständerates vom 7. Dezember 1988

Art. 110, 111

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Coutau

Selon la décision du Conseil des Etats du 7 décembre 1988

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 117 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Bundi, Biel, Carobbio, Fehr, Hänggi, Matthey, Rebeaud, Salvioni, Uchtenhagen)

Festhalten

Art. 117 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Bundi, Biel, Carobbio, Fehr, Hänggi, Matthey, Rebeaud, Salvioni, Uchtenhagen)

Maintenir

Le président: Pour cet article, la décision a été prise à l'article 42 alinéa 3, de la loi sur l'harmonisation fiscale (loi A).

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 208

Antrag der Kommission

Streichen

Proposition de la commission

Biffer

Reichling, Berichterstatter: Dieser Entscheid ist schon gefallen bei der Beratung von Artikel 5 des Steuerharmonisierungsgesetzes. Weil wir in den Kantonen unterschiedliche Bemessungsperioden haben, hat das einen Einfluss auf den Uebergang der Steuerpflicht bei Wohnsitzwechsel. Dieser Artikel ist zu streichen.

M. Salvioni, rapporteur: La décision sur l'article 208 découle de celle prise à l'article 5. Il a été biffé à la suite de notre prise de position sur la période de taxation.

Angenommen – Adopté

Art. 209

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 209

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

Art. 209a, 209b

Antrag Coutau

Gemäss Beschluss des Ständerates vom 7. Dezember 1988

Proposition Coutau

Selon la décision du Conseil des Etats du 7 décembre 1988

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition.

Art. 209c (neu)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Titel

Einjährige Veranlagung; Belastungsausgleich

Wortlaut

Der Bundesrat sorgt, unabhängig vom System der zeitlichen Bemessung, für eine ausgeglichene Steuerbelastung in den Kantonen. Zu diesem Zweck korrigiert er bei wesentlichen Abweichungen gegenüber dem System der zweijährigen Veranlagung mit Vergangenheitsbemessung die in Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe g, Absatz 2 und Artikel 35 festgelegten Abzüge sowie die Tarife gemäss Artikel 36.

Minderheit

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

(siehe Antrag zu Artikel 212m Absatz 2)

Antrag Coutau

Streichen

Art. 209c (nouveau)

Proposition de la commission

Majorité

Titre

Taxation annuelle; équilibre des charges

Texte

Le Conseil fédéral veille à ce que la charge fiscale soit équilibrée dans les cantons, quel que soit le système d'imposition dans le temps. A cette fin, en cas de différences disproportionnées par rapport au système de taxation bisannuelle *praenu-merando*, il corrige les déductions prévues à l'article 33, 1er alinéa, lettre g, 2e alinéa et à l'article 35 ainsi que les barèmes de l'article 36.

Minorité

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)
(voir proposition à l'art. 212m al. 2)

Proposition Coutau

Biffer

Le président: M. Coutau a retiré sa proposition en faveur de celle de la minorité.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Entscheid bei Art. 212m)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision sur l'art. 212m)

Art. 212 (neu) und 212a ff. (neu)**Antrag der Kommission****Mehrheit****Titel 4a: Zweijährige Veranlagung für natürliche Personen****1. Kapitel: Geltungsbereich****Art. 212**

Die Bestimmungen dieses Titels gelten für Kantone, die die Steuer für die natürlichen Personen gemäss Artikel 51a veranlagten.

2. Kapitel: Steuerperiode, Steuerjahr**Art. 212a****Abs. 1**

Die Einkommenssteuer wird für eine Steuerperiode festgesetzt und für jedes Steuerjahr erhoben.

Abs. 2

Als Steuerperiode gelten zwei aufeinanderfolgende Kalenderjahre. Die Steuerperiode beginnt mit dem ersten Tag jedes ungeraden Kalenderjahres.

Abs. 3

Als Steuerjahr gilt das Kalenderjahr. Besteht die Steuerpflicht nur während eines Teils des Steuerjahres, so wird der diesem Zeitraum entsprechende Teilbetrag der Steuer erhoben.

3. Kapitel: Hauptveranlagung**Art. 212b Zeitpunkt**

Eine Hauptveranlagung wird durchgeführt:

- a. bei Beginn der Steuerperiode für den Rest der laufenden Steuerperiode;
- b. während der Dauer der Steuerpflicht zu Beginn jeder Steuerperiode.

Art. 212c Bemessung des Einkommens; Regelfall**Abs. 1**

Die Steuer vom Einkommen wird nach dem durchschnittlichen Einkommen der beiden letzten der Steuerperiode vorangegangenen Kalenderjahre bemessen.

Abs. 2

Für die Ermittlung des Einkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit ist das durchschnittliche Ergebnis in der Bemessungsperiode abgeschlossenen Geschäftsjahre massgebend.

Abs. 3

Umfasst ein Geschäftsjahr mehr oder weniger als 12 Monate, so wird das Ergebnis auf ein Jahreseinkommen umgerechnet.

Art. 212d Bei Beginn der Steuerpflicht**Abs. 1**

Bei Beginn der Steuerpflicht wird das Einkommen bemessen:

- a. für die laufende Steuerperiode nach dem seit Beginn der Steuerpflicht bis zum Ende der Steuerperiode erzielten, auf 12 Monate berechneten Einkommen;

- b. für die folgende Steuerperiode nach dem seit Beginn der Steuerpflicht während mindestens eines Jahres erzielten, auf 12 Monate berechneten Einkommen.

Abs. 2

Ausserordentliche Einkünfte und Aufwendungen werden nur für die auf den Eintritt in die Steuerpflicht folgende Periode berücksichtigt.

Abs. 3

Die Vorschriften über die Bemessung des Einkommens bei Beginn der Steuerpflicht gelten auch für das Kind, das erstmals Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu versteuern hat.

4. Kapitel: Zwischenveranlagung**Art. 212e Sachliche Voraussetzungen**

Eine Zwischenveranlagung wird durchgeführt bei:

- a. Scheidung oder dauernder rechtlicher oder tatsächlicher Trennung der Ehegatten;
- b. dauernder und wesentlicher Aenderung der Erwerbsgrundlagen zufolge Aufnahme oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit oder Berufswechsels;
- c. Vermögensanfall von Todes wegen.

Art. 212f Wirkungen**Abs. 1**

Die Zwischenveranlagung wird auf den Zeitpunkt der Aenderung vorgenommen.

Abs. 2

Der Zwischenveranlagung wird die bisherige Hauptveranlagung, vermehrt oder vermindert um die durch die Aenderung neu hinzugekommenen oder weggefallenen Teile des Einkommens, zugrunde gelegt.

Abs. 3

Die zufolge Zwischenveranlagung neu hinzugekommenen Teile des Einkommens werden nach den Regeln bemessen, die bei Beginn der Steuerpflicht gelten.

Abs. 4

Bei der nachfolgenden Hauptveranlagung werden die in der Zwischenveranlagung weggefallenen Teile des Einkommens nicht mehr berücksichtigt; die neu hinzugekommenen Teile werden nach den Regeln bemessen, die bei Beginn der Steuerpflicht gelten.

5. Kapitel: Sonderveranlagungen**Art. 212g Bei Beendigung der Steuerpflicht oder bei Zwischenveranlagung****Abs. 1**

Die bei Beendigung der Steuerpflicht oder bei Zwischenveranlagungen nicht oder noch nicht für eine volle Steuerperiode als Einkommen besteuerten Kapitalgewinne nach Artikel 18 Absatz 2, Kapitalabfindungen für wiederkehrende Leistungen, Einkünfte aus Lotterien oder lotterieähnlichen Veranstaltungen, Entschädigungen für die Aufgabe oder Nichtausübung einer Tätigkeit oder für die Nichtausübung eines Rechtes unterliegen für das Steuerjahr, in dem sie zugeflossen sind, gesamthaft einer vollen Jahressteuer zu dem Satze, der sich für diese Einkünfte allein ergibt.

Abs. 2

Die Sozialabzüge nach Artikel 35 werden nicht gewährt.

Abs. 3

Die nach Absatz 1 besteuerten Einkünfte werden bei der Hauptveranlagung nicht berücksichtigt. Bereits vorgenommene Hauptveranlagungen sind zu revidieren.

Abs. 4

Die Jahressteuer nach Absatz 1 wird für das Steuerjahr festgesetzt, in dem die entsprechenden Einkünfte zugeflossen sind. Für die Bestimmung des Steuersatzes werden diese Einkünfte zusammengerechnet.

Art. 212h Bei gesondert zu steuernden Einkünften

Die Steuern auf Kapitaleinkünfte aus Vorsorge und auf andern Zahlungen nach Artikel 38 werden für das Steuerjahr fest-

gesetzt, in dem die entsprechenden Einkünfte zugeflossen sind.

6. Kapitel: Abzug von Verlusten

Art. 212i

Abs. 1

Vom durchschnittlichen Einkommen der Bemessungsperiode (Art. 212c) können Verlustüberschüsse aus drei vorangegangenen Bemessungsperioden abgezogen werden, soweit sie bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens der Vorjahre nicht berücksichtigt werden konnten.

Abs. 2

Mit Leistungen Dritter, die zum Ausgleich einer Unterbilanz im Rahmen einer Sanierung erbracht werden, können auch Verluste verrechnet werden, die in früheren Geschäftsjahren entstanden und noch nicht mit Einkommen verrechnet werden konnten.

7. Kapitel: Allgemeine Abzüge und Sozialabzüge

Art. 212k Allgemeine Abzüge

Abs. 1

Von den Einkünften werden abgezogen die Einlagen, Prämien und Beiträge für die Lebens-, Kranken- und nicht unter Buchstabe f fallende Unfallversicherung sowie die Zinsen von Sparkapitalien des Steuerpflichtigen und der von ihm unterhaltenen Personen bis zum Gesamtbetrag von:

– 2200 Franken für verheiratete Personen, die in ungetrennter Ehe leben;

– 1100 Franken für die übrigen Steuerpflichtigen;

für Steuerpflichtige ohne Beiträge gemäss den Buchstaben d und e erhöhen sich diese Ansätze um die Hälfte.

Diese Abzüge erhöhen sich um 400 Franken für jedes Kind oder jede unterstützungsbedürftige Person, für die der Steuerpflichtige einen Abzug nach Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe a oder b geltend machen kann.

Abs. 2

Leben Ehegatten in ungetrennter Ehe, so werden vom Erwerbseinkommen, das ein Ehegatte unabhängig vom Beruf, Geschäft oder Gewerbe des anderen Ehegatten erzielt, 5000 Franken abgezogen; ein gleicher Abzug ist zulässig bei erheblicher Mitarbeit eines Ehegatten im Beruf, Geschäft oder Gewerbe des anderen Ehegatten.

Abs. 3

Im übrigen gilt Artikel 33.

Art. 212l Sozialabzüge

Abs. 1

Vom Einkommen werden abgezogen:

a. für jedes minderjährige oder in der beruflichen Ausbildung stehende Kind, für dessen Unterhalt der Steuerpflichtige sorgt, 4000 Franken;

b. für jede erwerbsunfähige oder beschränkt erwerbsfähige Person, an deren Unterhalt der Steuerpflichtige mindestens in der Höhe des Abzuges beiträgt, 4000 Franken; der Abzug kann nicht beansprucht werden für die Ehefrau und für Kinder, für die ein Abzug nach Buchstabe a gewährt wird.

Abs. 2

Die Sozialabzüge werden nach den Verhältnissen bei Beginn der Steuerperiode (Art. 212a) oder der Steuerpflicht festgesetzt.

Abs. 3

Bei teilweiser Steuerpflicht werden die Sozialabzüge anteilmässig gewährt.

8. Kapitel: Tarif

Art. 212m

Abs. 1

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

– bis 9000 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.77 Fr.
– für 19 600 Fr. Einkommen	81.60 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.88 Fr. mehr
– für 25 700 Fr. Einkommen	135.25 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.64 Fr. mehr

– für 34 300 Fr. Einkommen	362.25 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.97 Fr. mehr
– für 45 000 Fr. Einkommen	680.00 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5.94 Fr. mehr
– für 48 500 Fr. Einkommen	887.90 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6.60 Fr. mehr
– für 64 300 Fr. Einkommen	1930.70 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8.80 Fr. mehr
– für 83 600 Fr. Einkommen	3629.10 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.00 Fr. mehr
– für 109 300 Fr. Einkommen	6456.10 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13.20 Fr. mehr
– für 468 900 Fr. Einkommen	53 923.30 Fr.
– für 469 000 Fr. Einkommen	53 935.00 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Abs. 2

Für Ehepaare, die in ungetrennter Ehe leben, und für verwitwete, getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen im gleichen Haushalt zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, beträgt die jährliche Steuer:

– bis 17 500 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	1 Fr.
– für 31 500 Fr. Einkommen	140 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2 Fr. mehr
– für 36 200 Fr. Einkommen	234 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	3 Fr. mehr
– für 46 700 Fr. Einkommen	549 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	4 Fr. mehr
– für 56 000 Fr. Einkommen	921 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5 Fr. mehr
– für 64 100 Fr. Einkommen	1326 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6 Fr. mehr
– für 71 100 Fr. Einkommen	1746 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	7 Fr. mehr
– für 76 900 Fr. Einkommen	2152 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8 Fr. mehr
– für 81 600 Fr. Einkommen	2528 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	9 Fr. mehr
– für 85 100 Fr. Einkommen	2843 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	10 Fr. mehr
– für 87 500 Fr. Einkommen	3083 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11 Fr. mehr
– für 88 700 Fr. Einkommen	3215 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	12 Fr. mehr
– für 89 900 Fr. Einkommen	3359 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13 Fr. mehr
– für 555 200 Fr. Einkommen	63 848 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Abs. 3

Steuerbeträge unter 25 Franken werden nicht erhoben.

9. Kapitel: Ausgleich der Folgen der kalten Progression

Art. 212n

Abs. 1

Bei der Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen werden die Folgen der kalten Progression durch gleichmässige Anpassung der Taristufen und der in Frankenbeträgen festgesetzten Abzüge vom Einkommen voll ausgeglichen. Die Beträge sind auf 100 Franken auf- oder abzurunden.

Abs. 2

Der Bundesrat beschliesst die Anpassung, wenn sich der Landesindex der Konsumentenpreise seit Inkrafttreten des Gesetzes oder seit der letzten Anpassung um 7 Prozent erhöht hat. Massgeblich ist der Indexstand ein Jahr vor Beginn der Steuerperiode, erstmals am 31. Dezember des Jahres des Inkrafttretens.

Abs. 3

Der Bundesrat orientiert die Bundesversammlung über die beschlossene Anpassung.

10. Kapitel: Oertliche Zuständigkeit

Art. 212o Bei persönlicher Zugehörigkeit

Abs. 1

Die kantonalen Behörden erheben die direkte Bundessteuer von den natürlichen Personen, die zu Beginn der Steuerperiode oder der Steuerpflicht ihren steuerrechtlichen Wohnsitz oder, wenn ein solcher in der Schweiz fehlt, ihren steuerrechtlichen Aufenthalt im Kanton haben. Vorbehalten bleiben die Artikel 3 Absatz 5 und 112.

Abs. 2

Kinder unter elterlicher Gewalt werden für die von ihnen geschuldete Steuer vom Erwerbseinkommen (Art. 9 Abs. 2) in dem Kanton veranlagt, in dem sie für solches Einkommen nach den bundesrechtlichen Grundsätzen betreffend das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung zu Beginn der Steuerperiode oder der Steuerpflicht steuerpflichtig sind.

Art. 212p Bei wirtschaftlicher Zugehörigkeit**Abs. 1**

Zur Erhebung der direkten Bundessteuer aufgrund wirtschaftlicher Zugehörigkeit ist der Kanton zuständig, in dem die in Artikel 4 genannten Voraussetzungen zu Beginn der Steuerperiode oder der Steuerpflicht erfüllt sind. Vorbehalten bleibt Artikel 112.

Abs. 2

Treffen die Voraussetzungen von Artikel 4 gleichzeitig in mehreren Kantonen zu, so ist derjenige Kanton zuständig, in dem sich der grösste Teil der steuerbaren Werte befindet.

11. Kapitel: Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung**Art. 212q**

Nach Ablauf einer Frist von acht Jahren ab Inkrafttreten dieses Gesetzes erstattet der Bundesrat der Bundesversammlung Bericht und Antrag zur Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung.

12. Kapitel: Ausführungsbestimmungen**Art. 212r**

Der Bundesrat erlässt zu den Bestimmungen der Artikel 212a bis 212p die nötigen Ausführungsvorschriften. Er regelt insbesondere die Probleme, die sich im Verhältnis zwischen Kantonen mit unterschiedlicher Regelung der zeitlichen Bemessung stellen (Wohnsitzwechsel, Selbständigerwerbende mit Betriebsstätten in mehreren Kantonen und dgl.).

Minderheit I

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titel 4a: Einjährige Veranlagung für natürliche Personen**1. Kapitel: Geltungsbereich****Art. 212**

Die Bestimmungen dieses Titels gelten für Kantone, die die Steuer für die natürlichen Personen gemäss Artikel 51 bis veranlagten.

2. Kapitel: Steuerperiode, Steuerjahr**Art. 212a****Abs. 1**

Die Einkommenssteuer wird für jede Steuerperiode festgesetzt und erhoben.

Abs. 2

Als Steuerperiode gilt das Kalenderjahr.

Abs. 3

Besteht die Steuerpflicht nur während eines Teils der Steuerperiode, so wird die Steuer auf den in diesem Zeitraum erzielten Einkünften erhoben. Dabei bestimmt sich der Steuersatz für regelmässig fliessende Einkünfte nach dem auf 12 Monate berechneten Einkommen; nicht regelmässig fliessende Einkünfte unterliegen der vollen Jahressteuer, werden aber für die Satzbestimmung nicht in ein Jahreseinkommen umgerechnet. Artikel 38 bleibt vorbehalten.

3. Kapitel: Bemessung des Einkommens**Art. 212b****Abs. 1**

Das steuerbare Einkommen bemisst sich nach den Einkünften in der Steuerperiode.

Abs. 2

Für die Ermittlung des Einkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit ist das Ergebnis des in der Steuerperiode abgeschlossenen Geschäftsjahres massgebend.

Abs. 3

Steuerpflichtige mit selbständiger Erwerbstätigkeit müssen in jeder Steuerperiode einen Geschäftsabschluss erstellen.

4. Kapitel: Verlustverrechnung**Art. 212c**

Verluste aus den sieben der Steuerperiode (Art. 212a) vorangegangenen Geschäftsjahren können abgezogen werden, soweit sie bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens dieser Jahre nicht berücksichtigt werden konnten.

5. Kapitel: Allgemeine Abzüge und Sozialabzüge**Art. 212d Allgemeine Abzüge****Abs. 1**

Von den Einkünften werden abgezogen die Einlagen, Prämien und Beiträge für die Lebens-, Kranken- und nicht unter Buchstabe f fallende Unfallversicherung sowie die Zinsen von Sparkapitalien des Steuerpflichtigen und der von ihm unterhaltenen Personen bis zum Gesamtbetrag von:

– 2400 Franken für verheiratete Personen, die in ungetrennter Ehe leben;

– 1200 Franken für die übrigen Steuerpflichtigen; für Steuerpflichtige ohne Beiträge gemäss den Buchstaben d und e erhöhen sich diese Ansätze um die Hälfte.

Diese Abzüge erhöhen sich um 400 Franken für jedes Kind oder jede unterstützungsbedürftige Person, für die der Steuerpflichtige einen Abzug nach Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe a oder b geltend machen kann.

Abs. 2

Leben Ehegatten in ungetrennter Ehe, so werden vom Erwerbseinkommen, das ein Ehegatte unabhängig vom Beruf, Geschäft oder Gewerbe des anderen Ehegatten erzielt, 5500 Franken abgezogen; ein gleicher Abzug ist zulässig bei erheblicher Mitarbeit eines Ehegatten im Beruf, Geschäft oder Gewerbe des anderen Ehegatten.

Abs. 3

Im übrigen gilt Artikel 33.

Art. 212e Sozialabzüge**Abs. 1**

Vom Einkommen werden abgezogen:

a. für jedes minderjährige oder in der beruflichen Ausbildung stehende Kind, für dessen Unterhalt der Steuerpflichtige sorgt, 4400 Franken;

b. für jede erwerbsunfähige oder beschränkt erwerbsfähige Person, an deren Unterhalt der Steuerpflichtige mindestens in der Höhe des Abzuges beiträgt, 4400 Franken; der Abzug kann nicht beansprucht werden für die Ehefrau und für Kinder, für die ein Abzug nach Buchstabe a gewährt wird.

Abs. 2

Die Sozialabzüge werden nach den Verhältnissen am Ende der Steuerperiode (Art. 212a) oder der Steuerpflicht festgesetzt.

Abs. 3

Bei teilweiser Steuerpflicht werden die Sozialabzüge anteilsmässig gewährt.

6. Kapitel: Tarif**Art. 212f****Abs. 1**

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

– bis 9900 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.77 Fr.
– für 21 600 Fr. Einkommen	90.05 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.88 Fr. mehr
– für 28 300 Fr. Einkommen	149.00 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.64 Fr. mehr
– für 37 800 Fr. Einkommen	399.80 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.97 Fr. mehr
– für 49 600 Fr. Einkommen	750.25 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5.94 Fr. mehr

– für 53 500 Fr. Einkommen	981.90 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6.60 Fr. mehr
– für 70 900 Fr. Einkommen	2130.30 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8.80 Fr. mehr
– für 92 100 Fr. Einkommen	3995.90 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.00 Fr. mehr
– für 120 400 Fr. Einkommen	7108.90 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13.20 Fr. mehr
– für 516 700 Fr. Einkommen	59 420.50 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Abs. 2

Für Ehepaare, die in ungetrennter Ehe leben, und für verwitwete, getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen im gleichen Haushalt zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, beträgt die jährliche Steuer:

– bis 19 300 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	1 Fr.
– für 34 700 Fr. Einkommen	154 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2 Fr. mehr
– für 39 900 Fr. Einkommen	258 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	3 Fr. mehr
– für 51 500 Fr. Einkommen	606 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	4 Fr. mehr
– für 61 700 Fr. Einkommen	1014 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5 Fr. mehr
– für 70 600 Fr. Einkommen	1459 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6 Fr. mehr
– für 78 300 Fr. Einkommen	1921 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	7 Fr. mehr
– für 84 700 Fr. Einkommen	2369 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8 Fr. mehr
– für 89 900 Fr. Einkommen	2785 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	9 Fr. mehr
– für 93 800 Fr. Einkommen	3136 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	10 Fr. mehr
– für 96 400 Fr. Einkommen	3396 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11 Fr. mehr
– für 97 700 Fr. Einkommen	3539 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	12 Fr. mehr
– für 99 000 Fr. Einkommen	3695 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13 Fr. mehr
– für 611 600 Fr. Einkommen	70 333 Fr.
– für 611 700 Fr. Einkommen	70 345.50 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Abs. 3

Steuerbeträge unter 25 Franken werden nicht erhoben.

7. Kapitel: Ausgleich der Folgen der kalten Progression**Art. 212g****Abs. 1**

Bei der Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen werden die Folgen der kalten Progression durch gleichmässige Anpassung der Tarifstufen und der in Frankenbeträgen festgesetzten Abzüge vom Einkommen voll ausgeglichen. Die Beträge sind auf 100 Franken auf- oder abzurunden.

Abs. 2

Der Bundesrat beschliesst die Anpassung, wenn sich der Landesindex der Konsumentenpreise seit Inkrafttreten des Gesetzes oder seit der letzten Anpassung um 7 Prozent erhöht hat. Massgeblich ist der Indexstand zu Beginn der Steuerperiode.

Abs. 3

Der Bundesrat orientiert die Bundesversammlung über die beschlossene Anpassung.

8. Kapitel: Oertliche Zuständigkeit**Art. 212h Bei persönlicher Zugehörigkeit****Abs. 1**

Die kantonalen Behörden erheben die direkte Bundessteuer von den natürlichen Personen, die am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht ihren steuerrechtlichen Wohnsitz

oder, wenn ein solcher in der Schweiz fehlt, ihren steuerrechtlichen Aufenthalt im Kanton haben. Vorbehalten bleiben die Artikel 3 Absatz 5 und 112.

Abs. 2

Kinder unter elterlicher Gewalt werden für die von ihnen geschuldete Steuer vom Erwerbseinkommen (Art. 9 Abs. 2) in dem Kanton veranlagt, in dem sie für solches Einkommen nach den bundesrechtlichen Grundsätzen betreffend das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung zu Beginn der Steuerperiode oder der Steuerpflicht steuerpflichtig sind.

Abs. 3

Die kantonalen Behörden erheben die direkte Bundessteuer von den juristischen Personen, die am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht ihren Sitz oder den Ort ihrer tatsächlichen Verwaltung im Kanton haben.

Art. 212i Bei wirtschaftlicher Zugehörigkeit**Abs. 1**

Zur Erhebung der direkten Bundessteuer aufgrund wirtschaftlicher Zugehörigkeit ist der Kanton zuständig, in dem die in Artikel 4 genannten Voraussetzungen am Ende der Steuerperiode (Art. 212a) oder der Steuerpflicht erfüllt sind. Vorbehalten bleibt Artikel 112.

Abs. 2

Treffen die Voraussetzungen von Artikel 4 gleichzeitig in mehreren Kantonen zu, so ist derjenige Kanton zuständig, in dem sich der grösste Teil der steuerbaren Werte befindet.

9. Kapitel: Wechsel der zeitlichen Bemessung**Art. 212k**

Die Einkommenssteuer der natürlichen Personen für die erste Steuerperiode nach dem Wechsel gemäss Artikel 51bis wird nach altem und nach neuem Recht provisorisch veranlagt. Ist die nach neuem Recht berechnete Steuer höher, so wird diese, andernfalls die nach altem Recht berechnete Steuer geschuldet. Vorbehalten bleibt die Besteuerung ausserordentlicher Erträge nach altem Recht.

10. Kapitel: Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung**Art. 212l**

Nach Ablauf einer Frist von acht Jahren ab Inkrafttreten dieses Gesetzes erstattet der Bundesrat der Bundesversammlung Bericht und Antrag zur Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung.

11. Kapitel: Ausführungsbestimmungen**Art. 212m****Abs. 1**

Der Bundesrat erlässt zu den Bestimmungen der Artikel 212a bis 212k die nötigen Ausführungsvorschriften. Er regelt insbesondere die Probleme, die sich im Verhältnis zwischen Kantonen mit unterschiedlicher Regelung der zeitlichen Bemessung stellen (Wohnsitzwechsel, Selbständigerwerbende mit Betriebsstätten in mehreren Kantonen und dgl.).

Abs. 2

Der Bundesrat sorgt, unabhängig vom System der zeitlichen Bemessung, für eine ausgeglichene Steuerbelastung in den Kantonen. Zu diesem Zweck korrigiert er bei wesentlichen Abweichungen gegenüber dem System der zweijährigen Veranlagung mit Vergangenheitsbemessung die in den Artikeln 212d und 212e festgelegten Abzüge sowie die Tarife gemäss Artikel 212f.

Minderheit II

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)
(Betrifft Anträge der Minderheit I)

Art. 212d Allgemeine Abzüge**Abs. 1**

.....

– 2300 Franken

Abs. 2

.....

....., 5300 Franken

Art. 212e Sozialabzüge**Abs. 1**

....

- a., 4200 Franken;
b., 4200 Franken;

Art. 212f**Abs. 1**

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

– bis 9500 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.77 Fr.
– für 20 600 Fr. Einkommen	85.45 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	0.88 Fr. mehr
– für 27 000 Fr. Einkommen	141.75 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.64 Fr. mehr
– für 36 000 Fr. Einkommen	379.35 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2.97 Fr. mehr
– für 47 200 Fr. Einkommen	711.95 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5.94 Fr. mehr
– für 50 900 Fr. Einkommen	931.70 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6.60 Fr. mehr
– für 67 500 Fr. Einkommen	2027.30 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8.80 Fr. mehr
– für 87 800 Fr. Einkommen	3813.70 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.00 Fr. mehr
– für 114 800 Fr. Einkommen	6783.70 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13.20 Fr. mehr
– für 492 300 Fr. Einkommen	56 613.70 Fr.
– für 492 400 Fr. Einkommen	56 626.00 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Abs. 2

....

– bis 18 400 Fr. Einkommen	0 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	1 Fr.
– für 33 100 Fr. Einkommen	147 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	2 Fr. mehr
– für 38 000 Fr. Einkommen	245 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	3 Fr. mehr
– für 49 000 Fr. Einkommen	575 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	4 Fr. mehr
– für 58 800 Fr. Einkommen	967 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	5 Fr. mehr
– für 67 300 Fr. Einkommen	1392 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	6 Fr. mehr
– für 74 700 Fr. Einkommen	1836 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	7 Fr. mehr
– für 80 800 Fr. Einkommen	2263 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	8 Fr. mehr
– für 85 700 Fr. Einkommen	2655 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	9 Fr. mehr
– für 89 400 Fr. Einkommen	2988 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	10 Fr. mehr
– für 91 900 Fr. Einkommen	3238 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11 Fr. mehr
– für 93 200 Fr. Einkommen	3381 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	12 Fr. mehr
– für 94 500 Fr. Einkommen	3537 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	13 Fr. mehr
– für 583 200 Fr. Einkommen	67 068 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen	11.50 Fr. mehr

Antrag Coutau**Art. 212, 212a – 212m****Streichen****Art. 212 (nouveau) et 212a ss. (nouveau)****Proposition de la commission****Majorité****Titre 4a: Taxation bisannuelle pour les personnes physiques****Chapitre 1er: Champ d'application****Art. 212**

Les dispositions prévues sous ce titre sont valables pour les cantons qui prélèvent l'impôt dû par les personnes physiques selon l'article 51a.

Chapitre 2: Période fiscale, année fiscale**Art. 212a****Al. 1**

L'impôt sur le revenu est fixé pour une période fiscale et perçu chaque année fiscale.

Al. 2

La période fiscale comprend deux années civiles consécutives. Elle commence le premier jour des années impaires.

Al. 3

L'année fiscale correspond à l'année civile. Lorsque l'assujettissement n'a duré qu'une partie de l'année fiscale, l'impôt est perçu proportionnellement à la durée de l'assujettissement.

Chapitre 3: Taxation ordinaire**Art. 212b Moment**

Une taxation ordinaire est faite:

- a. au début de l'assujettissement, pour le reste de la période fiscale en cours;
b. pendant la durée de l'assujettissement, au début de chaque période fiscale.

Art. 212c Calcul du revenu, règle générale**Al. 1**

L'impôt sur le revenu est calculé sur la base du revenu moyen des deux années civiles précédant la période fiscale.

Al. 2

Le revenu de l'activité lucrative indépendante est déterminé d'après le résultat moyen des exercices commerciaux clos pendant la période de calcul.

Al. 3

Lorsque l'exercice commercial comprend plus ou moins de 12 mois, le résultat est converti en un revenu annuel.

Art. 212d Au début de l'assujettissement**Al. 1**

Au début de l'assujettissement, le revenu est calculé:

- a. pour la période fiscale en cours, sur la base du revenu acquis du début de l'assujettissement à la fin de la période fiscale, converti en revenu annuel;
b. pour la période fiscale suivante, sur la base du revenu acquis dès le début de l'assujettissement et pendant une année au moins, converti en revenu annuel.

Al. 2

Les recettes et dépenses extraordinaires ne sont prises en considération que dans la période fiscale suivant celle au cours de laquelle l'assujettissement a pris naissance.

Al. 3

Les prescriptions concernant le calcul du revenu au début de l'assujettissement s'appliquent aussi à l'enfant qui est imposé pour la première fois sur le revenu de son activité lucrative.

Chapitre 4: Taxation intermédiaire**Art. 212e Conditions objectives**

Le revenu fait l'objet d'une taxation intermédiaire en cas:

- a. de divorce ou de séparation durable de droit ou de fait des époux;
b. de modification durable et essentielle des bases de l'activité lucrative ensuite du début ou de la cessation de l'activité lucrative ou d'un changement de profession;
c. de dévolution pour cause de mort.

Art. 212f Effets**Al. 1**

La taxation intermédiaire est faite au moment de la modification.

Al. 2

La taxation intermédiaire est fondée sur la taxation ordinaire en vigueur, augmentée ou diminuée des éléments du revenu qui ont été modifiés.

Al. 3

Les éléments qui s'ajoutent au revenu ensuite de la taxation intermédiaire sont déterminés selon les règles applicables au début de l'assujettissement.

Al. 4

Lors de la taxation ordinaire suivante, les éléments qui ont été

exclus du revenu ensuite de la taxation intermédiaire ne sont pas pris en considération; les éléments qui ont été ajoutés sont déterminés selon les règles applicables au début de l'assujettissement.

Chapitre 5: Taxation spéciale

Art. 212g En cas de fin d'assujettissement ou de taxation intermédiaire

Al. 1

A la fin de l'assujettissement ou lors d'une taxation intermédiaire, les bénéfices en capital, définis à l'article 18, 2e alinéa, les versements de capitaux remplaçant des prestations périodiques, les gains de loterie et d'autres institutions semblables, les indemnités obtenues lors de la cessation d'une activité ou de la renonciation à celle-ci ou lors de la renonciation à l'exercice d'un droit, qui n'ont pas été imposés comme revenu, ou qui ne l'ont pas encore été pendant une période fiscale entière, sont soumis ensemble, l'année fiscale au cours de laquelle ils ont été acquis, à un impôt annuel entier perçu au taux correspondant à ces seuls revenus.

Al. 2

Les déductions sociales prévues à l'article 35 ne sont pas autorisées.

Al. 3

Les revenus imposés conformément au 1er alinéa ne sont pas pris en considération lors de la taxation ordinaire. Les taxations ordinaires déjà effectuées doivent être révisées.

Al. 4

L'impôt annuel prévu au 1er alinéa est fixé pour l'année fiscale au cours de laquelle les revenus ont été acquis. Pour déterminer le taux de l'impôt, ces revenus sont additionnés.

Art. 212h Pour les revenus imposés séparément

Les impôts sur les prestations en capital provenant de la prévoyance et sur les autres sommes dont il est question à l'article 38 sont fixés pour l'année fiscale au cours de laquelle ces revenus ont été acquis.

Chapitre 6: Déduction des pertes

Art. 212i

Al. 1

Les pertes de trois périodes de calcul précédentes peuvent être déduites du revenu moyen de la période de calcul (art. 212c), à condition qu'elles n'aient pas pu être prises en considération lors du calcul du revenu imposable des années précédentes.

Al. 2

Les pertes des exercices antérieurs, qui n'ont pas encore pu être déduites du revenu, peuvent être portées en diminution des prestations de tiers destinées à équilibrer un bilan déficitaire dans le cadre d'un assainissement.

Chapitre 7: Déductions générales et déductions sociales

Art. 212k Déductions générales

Al. 1

Sont déduits du revenu les versements, primes et cotisations d'assurances-vie, d'assurances-maladie, d'assurances-accidents ne tombant pas sous le coup de la lettre f, ainsi que les intérêts des capitaux d'épargne du contribuable et des personnes à l'entretien desquelles il pourvoit, jusqu'à concurrence d'un montant global de:

– 2200 francs pour les personnes mariées vivant en ménage commun;

– 1100 francs pour les autres contribuables;

ces montants sont augmentés de moitié pour les contribuables qui ne versent pas de cotisations selon les lettres d et e. Ils sont augmentés de 400 francs pour chaque enfant ou personne nécessiteuse pour lesquels le contribuable peut faire valoir la déduction prévue à l'article 35, 1er alinéa, lettre a ou b.

Al. 2

Lorsque les époux vivent en ménage commun, un montant de 5000 francs est déduit du produit du travail qu'obtient l'un des conjoints pour une activité indépendante de la profession, du commerce ou de l'entreprise de l'autre; une déduction analo-

gue est accordée lorsque l'un des conjoints seconde l'autre de façon importante dans sa profession, son commerce ou son entreprise.

Al. 3

Pour les autres déductions, c'est l'article 33 qui fait règle.

Art. 212l Déductions sociales

Al. 1

Sont déduits du revenu net:

a. pour chaque enfant mineur, ou faisant un apprentissage ou des études, dont le contribuable assure l'entretien, 4000 francs;

b. pour chaque personne totalement ou partiellement incapable d'exercer une activité lucrative, à l'entretien de laquelle le contribuable pourvoit, à condition que son aide atteigne au moins le montant de la déduction, 4000 francs; cette déduction n'est pas accordée pour l'épouse, ni pour les enfants pour lesquels la déduction selon la lettre a est accordée.

Al. 2

Les déductions sociales sont fixées d'après la situation existant au début de la période fiscale (art. 212a) ou de l'assujettissement.

Al. 3

En cas d'assujettissement partiel, les déductions sociales sont accordées proportionnellement.

Chapitre 8: Barème

Art. 212m

Al. 1

L'impôt dû pour une année fiscale s'élève:

– jusqu'à 9000 fr. de revenu, à	0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	0.77 fr.
– pour 19 600 fr. de revenu, à	81.60 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	0.88 fr. de plus
– pour 25 700 fr. de revenu, à	135.25 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2.64 fr. de plus
– pour 34 300 fr. de revenu, à	362.25 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2.97 fr. de plus
– pour 45 000 fr. de revenu, à	680.00 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	5.94 fr. de plus
– pour 48 500 fr. de revenu, à	887.90 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	6.60 fr. de plus
– pour 64 300 fr. de revenu, à	1930.70 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	8.80 fr. de plus
– pour 83 600 fr. de revenu, à	3629.10 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.00 fr. de plus
– pour 109 300 fr. de revenu, à	6456.10 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	13.20 fr. de plus
– pour 468 900 fr. de revenu, à	53 923.30 fr.
– pour 469 000 fr. de revenu, à	53 935 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.50 fr. de plus

Abs. 2

Pour les couples mariés vivant en ménage commun ainsi que pour les contribuables veufs, séparés, divorcés et célibataires qui vivent en ménage commun avec des enfants ou des personnes nécessiteuses dont ils assument pour l'essentiel l'entretien, l'impôt annuel s'élève:

– jusqu'à 17 500 fr. de revenu, à	0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	1 fr.
– pour 31 500 fr. de revenu, à	140 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2 fr. de plus
– pour 36 200 fr. de revenu, à	234 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	3 fr. de plus
– pour 46 700 fr. de revenu, à	549 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	4 fr. de plus
– pour 56 000 fr. de revenu, à	921 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	5 fr. de plus
– pour 64 100 fr. de revenu, à	1326 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	6 fr. de plus
– pour 71 100 fr. de revenu, à	1746 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	7 fr. de plus
– pour 76 900 fr. de revenu, à	2152 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	8 fr. de plus

– pour 81 600 fr. de revenu, à	2528 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	9 fr. de plus
– pour 85 100 fr. de revenu, à	2843 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	10 fr. de plus
– pour 87 500 fr. de revenu, à	3083 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11 fr. de plus
– pour 88 700 fr. de revenu, à	3215 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	12 fr. de plus
– pour 89 900 fr. de revenu, à	3359 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	13 fr. de plus
– pour 555 200 fr. de revenu, à	63 848 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.50 fr. de plus

Abs. 3

Les montants d'impôt inférieurs à 25 francs ne sont pas perçus.

Chapitre 9: Compensation des effets de la progression à froid *Art. 212n*

Al. 1

Les effets de la progression à froid sur l'impôt frappant le revenu des personnes physiques sont compensés intégralement par une adaptation égale des barèmes et des déductions en francs opérées sur le revenu. Les montants doivent être arrondis aux 100 francs supérieurs ou inférieurs.

Al. 2

Le Conseil fédéral décide l'adaptation lorsque l'indice suisse des prix à la consommation a augmenté de 7 pour cent depuis l'entrée en vigueur de la présente loi ou depuis la dernière adaptation. Est déterminant l'indice en vigueur une année avant le début de la période fiscale, la première fois au 31 décembre de l'année de l'entrée en vigueur.

Al. 3

Le Conseil fédéral informe l'Assemblée fédérale de l'adaptation qu'il a décidée.

Chapitre 10: Compétence territoriale

Art. 212o Rattachement personnel

Al. 1

Les autorités cantonales perçoivent l'impôt fédéral direct sur les personnes physiques qui, au regard du droit fiscal, sont domiciliées dans le canton ou, en l'absence de domicile en Suisse, sont en séjour dans les cantons au début de la période fiscale ou de l'assujettissement. Les articles 3, 5e alinéa et 112 sont réservés.

Al. 2

Les enfants sous autorité parentale doivent l'impôt sur le produit de leur activité lucrative (art. 9, 2e al.) dans le canton qui est en droit d'imposer ce revenu au début de la période fiscale ou de l'assujettissement, d'après les règles du droit fédéral concernant l'interdiction de la double imposition intercantonale.

Art. 212p Rattachement économique

Al. 1

L'impôt fédéral direct dû en raison d'un rattachement économique est perçu par le canton où se trouvent réalisées, au début de la période fiscale ou de l'assujettissement, les conditions mentionnées à l'article 4. Sont réservées les dispositions prévues à l'article 112.

Al. 2

Lorsque les conditions d'assujettissement mentionnées à l'article 4 sont réalisées dans plusieurs cantons, l'impôt est perçu par le canton où se trouvent les éléments imposables les plus importants.

Chapitre 11: Uniformisation de l'imposition dans le temps

Art. 212q

A l'expiration d'un délai de huit ans après l'entrée en vigueur de la présente loi, le Conseil fédéral fait rapport à l'Assemblée fédérale et propose l'uniformisation du calcul de l'impôt dans le temps.

Chapitre 12: Dispositions d'exécution

Art. 212r

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution nécessaires pour les dispositions arrêtées aux articles 212a à 212p. Il règle en particulier les problèmes qui se posent dans les rapports entre les cantons appliquant une réglementation différente en ce qui concerne le calcul dans le temps (changement de domicile, indépendants possédant des établissements stables dans plusieurs cantons et autres situations similaires).

Minorité I

(Feigenwinter, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rüttimann, Spoerry, Stucky)

Titre 4a: Taxation annuelle pour les personnes physiques

Chapitre 1er: Champ d'application

Art. 212

Les dispositions prévues sous ce titre sont valables pour les cantons qui prélèvent l'impôt dû par les personnes physiques selon l'article 51bis.

Chapitre 2: Période fiscale, année fiscale

Art. 212a

Al. 1

L'impôt sur le revenu est fixé et prélevé pour chaque période fiscale.

Al. 2

La période fiscale correspond à l'année civile.

Al. 3

Si les conditions d'assujettissement ne sont réalisées que durant une partie de la période fiscale, l'impôt est prélevé sur les revenus obtenus durant cette période. Pour les revenus à caractère périodique, le taux de l'impôt se détermine compte tenu d'un revenu calculé sur douze mois. Les revenus à caractère non périodique sont soumis à un impôt annuel entier, mais ne sont en revanche pas convertis en un revenu annuel pour le calcul du taux. L'article 38 est réservé.

Chapitre 3: Détermination du revenu

Art. 212b

Al. 1

Le revenu imposable se détermine d'après les revenus acquis pendant la période fiscale.

Al. 2

Le produit de l'activité lucrative indépendante se détermine d'après le résultat de l'exercice commercial clos pendant la période fiscale.

Al. 3

Les contribuables qui exercent une activité lucrative indépendante doivent procéder à la clôture de leurs comptes à chaque période fiscale.

Chapitre 4: Déduction des pertes

Art. 212c

Les pertes des sept exercices précédant la période fiscale (art. 212a) peuvent être déduites, à condition qu'elles n'aient pas été prises en considération lors du calcul du revenu imposable de ces années.

Chapitre 5: Déductions générales et déductions sociales

Art. 212d Déductions générales

Al. 1

Sont déduits du revenu les versements, primes et cotisations d'assurances-vie, d'assurances-maladie, d'assurances-accidents ne tombant pas sous le coup de la lettre f, ainsi que les intérêts des capitaux d'épargne du contribuable et des personnes à l'entretien desquelles il pourvoit, jusqu'à concurrence d'un montant global de:

– 2400 francs pour les personnes mariées vivant en ménage commun;

– 1200 francs pour les autres contribuables;

ces montants sont augmentés de moitié pour les contribuables qui ne versent pas de cotisations selon les lettres d et e. Ils sont augmentés de 400 francs pour chaque enfant ou per-

sonne nécessaire pour lesquels le contribuable peut faire valoir la déduction prévue à l'article 35, 1er alinéa, lettre a ou b.

Al. 2

Lorsque les époux vivent en ménage commun, un montant de 5500 francs est déduit du produit du travail qu'obtient l'un des conjoints pour une activité indépendante de la profession, du commerce ou de l'entreprise de l'autre; une déduction analogue est accordée lorsque l'un des conjoints seconde l'autre de façon importante dans sa profession, son commerce ou son entreprise.

Al. 3

Pour les autres déductions, c'est l'article 33 qui fait règle.

Art. 212e Déductions sociales

Al. 1

Sont déduits du revenu net:

a. pour chaque enfant mineur, ou faisant un apprentissage ou des études, dont le contribuable assure l'entretien, 4400 francs;

b. pour chaque personne totalement ou partiellement incapable d'exercer une activité lucrative, à l'entretien de laquelle le contribuable pourvoit, à condition que son aide atteigne au moins le montant de la déduction, 4400 francs; cette déduction n'est pas accordée pour l'épouse, ni pour les enfants pour lesquels la déduction selon la lettre a est accordée.

Al. 2

Les déductions sociales sont fixées d'après la situation existant à la fin de la période fiscale (art. 212a) ou de l'assujettissement.

Al. 3

En cas d'assujettissement partiel, les déductions sociales sont accordées proportionnellement.

Chapitre 6: Barème

Art. 212f

Al. 1

L'impôt dû pour une année fiscale s'élève:

– jusqu'à 9900 fr. de revenu, à	0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	0.77 fr.
– pour 21 600 fr. de revenu, à	90.05 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	0.88 fr. de plus
– pour 28 300 fr. de revenu, à	149.00 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2.64 fr. de plus
– pour 37 800 fr. de revenu, à	399.80 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2.97 fr. de plus
– pour 49 600 fr. de revenu, à	750.25 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	5.94 fr. de plus
– pour 53 500 fr. de revenu, à	981.90 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	6.60 fr. de plus
– pour 70 900 fr. de revenu, à	2130.30 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	8.80 fr. de plus
– pour 92 100 fr. de revenu, à	3995.90 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.00 fr. de plus
– pour 120 400 fr. de revenu, à	7108.90 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	13.20 fr. de plus
– pour 516 700 fr. de revenu, à	59 420.50 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.50 fr. de plus

Al. 2

Pour les époux vivant en ménage commun ainsi que pour les contribuables veufs, séparés, divorcés et célibataires qui vivent en ménage commun avec des enfants ou des personnes nécessaires dont ils assument pour l'essentiel l'entretien, l'impôt annuel s'élève:

– jusqu'à 19 300 fr. de revenu, à	0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	1 fr.
– pour 34 700 fr. de revenu, à	154 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2 fr. de plus
– pour 39 900 fr. de revenu, à	258 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	3 fr. de plus
– pour 51 500 fr. de revenu, à	606 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	4 fr. de plus
– pour 61 700 fr. de revenu, à	1014 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	5 fr. de plus

– pour 70 600 fr. de revenu, à	1459 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	6 fr. de plus
– pour 78 300 fr. de revenu, à	1921 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	7 fr. de plus
– pour 84 700 fr. de revenu, à	2369 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	8 fr. de plus
– pour 89 900 fr. de revenu, à	2785 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	9 fr. de plus
– pour 93 800 fr. de revenu, à	3136 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	10 fr. de plus
– pour 96 400 fr. de revenu, à	3396 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11 fr. de plus
– pour 97 700 fr. de revenu, à	3539 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	12 fr. de plus
– pour 99 000 fr. de revenu, à	3695 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	13 fr. de plus
– pour 611 600 fr. de revenu, à	70 333 fr.
– pour 611 700 fr. de revenu, à	70 345.50 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.50 fr. de plus

Al. 3

Les montants d'impôt inférieurs à 25 francs ne sont pas perçus.

Chapitre 7: Compensation des effets de la progression à froid

Art. 212g

Al. 1

Les effets de la progression à froid sur l'impôt frappant le revenu des personnes physiques seront compensés intégralement par une adaptation égale des barèmes et des déductions en francs opérées sur le revenu. Les montants doivent être arrondis aux 100 francs supérieurs ou inférieurs.

Al. 2

Le Conseil fédéral décide l'adaptation lorsque l'indice suisse des prix à la consommation a augmenté de 7 pour cent depuis l'entrée en vigueur de la présente loi ou depuis la dernière adaptation. Est déterminant l'indice en vigueur au début de la période de taxation.

Al. 3

Le Conseil fédéral informe l'Assemblée fédérale de l'adaptation qu'il a décidée.

Chapitre 8: Compétence territoriale

Art. 212h Rattachement personnel

Al. 1

Les autorités cantonales perçoivent l'impôt fédéral direct sur les personnes physiques qui, au regard du droit fiscal, sont domiciliées en Suisse, sont en séjour dans le canton à la fin de la période fiscale ou de l'assujettissement. Les articles 3, 5e alinéa et 112 sont réservés.

Al. 2

Les enfants sous autorité parentale doivent l'impôt sur le produit de leur activité lucrative (art. 9, 2e al.) dans le canton qui est en droit d'imposer ce revenu au début de la période fiscale ou de l'assujettissement, d'après les règles du droit fédéral concernant l'interdiction de la double imposition intercantonale.

Al. 3

Les autorités cantonales perçoivent l'impôt fédéral direct sur les personnes morales qui ont leur siège ou leur administration effective dans le canton à la fin de la période fiscale ou de l'assujettissement.

Art. 212i Rattachement économique

Al. 1

L'impôt fédéral direct dû en raison d'un rattachement économique est perçu par le canton où se trouvent réalisées les conditions d'assujettissement mentionnées à l'article 4 à la fin de la période fiscale (art. 212a) ou de l'assujettissement. Sont réservées les dispositions de l'article 112.

Al. 2

Lorsque les conditions d'assujettissement mentionnées à l'article 4 sont réalisées dans plusieurs cantons, l'impôt est perçu par le canton où se trouvent les éléments imposables les plus importants.

*Chapitre 9: Modifications de l'imposition dans le temps**Art. 212k*

Pour la première période fiscale suivant la modification mentionnée à l'article 51bis, l'impôt sur le revenu des personnes physiques fait l'objet de taxations provisoires d'après l'ancien et le nouveau droit. L'impôt calculé sur la base du nouveau droit est dû s'il est plus élevé que celui calculé selon l'ancien droit; si tel n'est pas le cas, c'est l'impôt calculé d'après l'ancien droit qui doit être acquitté. Est réservée l'imposition de revenus extraordinaires d'après l'ancien droit.

*Chapitre 10: Uniformisation de l'imposition dans le temps**Art. 212l*

A l'expiration d'un délai de huit ans après l'entrée en vigueur de la présente loi, le Conseil fédéral fait rapport à l'Assemblée fédérale et propose l'uniformisation du calcul de l'impôt dans le temps.

*Chapitre 11: Dispositions d'exécution**Art. 212m**Al. 1*

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution nécessaires pour les dispositions arrêtées aux articles 212a à 212k. Il règle en particulier les problèmes qui se posent dans les rapports entre les cantons appliquant une réglementation différente en ce qui concerne le calcul dans le temps (changement de domicile, indépendants possédant des établissements stables dans plusieurs cantons et autres situations similaires).

Al. 2

Le Conseil fédéral veille à ce que la charge fiscale soit équilibrée dans les cantons, quel que soit le système d'imposition dans le temps. A cette fin, en cas de différences disproportionnées par rapport au système de taxation bisannuelle *praenummerando*, il corrige les déductions prévues aux articles 212d et 212e ainsi que les barèmes de l'article 212f.

Minorité II

(Spoerry, Coutau, Kohler, Müller-Wiliberg, Pidoux, Stucky)
(Concerne les propositions de la minorité I)

*Art. 212d Déductions générales**Al. 1*

....

– 2300 francs

Al. 2

.... 5300 francs

*Art. 212e Déductions sociales**Al. 1*

- a., 4200 francs;
b., 4200 francs;

*Art. 212f**Al. 1*

L'impôt dû pour une année fiscale s'élève:

– jusqu'à 9500 fr. de revenu, à	0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	0.77 fr.
– pour 20 600 fr. de revenu, à	85.45 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	0.88 fr. de plus
– pour 27 000 fr. de revenu, à	141.75 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2.64 fr. de plus
– pour 36 000 fr. de revenu, à	379.35 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2.97 fr. de plus
– pour 47 200 fr. de revenu, à	711.95 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	5.94 fr. de plus
– pour 50 900 fr. de revenu, à	931.70 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	6.60 fr. de plus
– pour 67 500 fr. de revenu, à	2027.30 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	8.80 fr. de plus
– pour 87 800 fr. de revenu, à	3813.70 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.00 fr. de plus
– pour 114 800 fr. de revenu, à	6783.70 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	13.20 fr. de plus
– pour 492 300 fr. de revenu, à	56 613.70 fr.
– pour 492 400 fr. de revenu, à	56 626 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.50 fr. de plus

Al. 2

....

– jusqu'à 18 400 fr. de revenu, à	0 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	1 fr.
– pour 33 100 fr. de revenu, à	147 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	2 fr. de plus
– pour 38 000 fr. de revenu, à	245 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	3 fr. de plus
– pour 49 000 fr. de revenu, à	575 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	4 fr. de plus
– pour 58 800 fr. de revenu, à	967 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	5 fr. de plus
– pour 67 300 fr. de revenu, à	1392 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	6 fr. de plus
– pour 74 700 fr. de revenu, à	1836 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	7 fr. de plus
– pour 80 800 fr. de revenu, à	2263 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	8 fr. de plus
– pour 85 700 fr. de revenu, à	2655 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	9 fr. de plus
– pour 89 400 fr. de revenu, à	2988 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	10 fr. de plus
– pour 91 900 fr. de revenu, à	3238 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11 fr. de plus
– pour 93 200 fr. de revenu, à	3381 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	12 fr. de plus
– pour 94 500 fr. de revenu, à	3537 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	13 fr. de plus
– pour 583 200 fr. de revenu, à	67 068 fr.
et, par 100 fr. de revenu en plus	11.50 fr. de plus

*Proposition Coutau**Art. 212, 212a – 212m*

Biffer

Art. 212, 212a – 212c

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(siehe Grundsatzentscheid)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision de principe)

*Art. 212d Abs. 1, 2; 212e Abs. 1; 212f**Art. 212d al. 1, 2; 212e al. 1; 212f*

Reichling, Berichterstatter: Es ist die einhellige Absicht der Kommission, dass trotz Anwendung verschiedener Bemessungsperioden in den Kantonen – entsprechend ihren kantonalen Steuergesetzen – für die Bundessteuer im ganzen Lande eine ausgewogene Steuerbelastung erfolgen soll.

Deshalb ergeben sich für die einjährige Gegenwartsbesteuerung und die zweijährige Vergangenheitsbesteuerung Unterschiede bei den allgemeinen Abzügen, bei den Sozialabzügen und beim Tarif.

Für die einjährige Gegenwartsbemessung, welche – wie der Name sagt – gegenwartsnäher ist, also dem aktuellen Einkommen entspricht, muss der Tarif gestreckt werden, und die Abzüge müssen erhöht werden, um diese Ausgeglichenheit zu erreichen. Parallel dazu führt auch die Ausschaltung der kalten Progression periodisch zur Anpassung sowohl der Abzüge als auch des Tarifes; das haben Sie in den letzten Jahren selbst auf Ihren Steuerrechnungen feststellen können.

Es gibt hier eine Mehrheit und eine Minderheit. Im Artikel 212m, der später noch zu behandeln ist, wird der Grundsatz der ausgeglichenen Steuerbelastung, unabhängig vom Bemessungssystem, festgelegt. Das heisst: Ob der Mehrheit mit einer Erstreckung um 10 Prozent oder der Minderheit mit einer Erstreckung um 5 Prozent zugestimmt wird, es ändert sich an der Steuerlast im Moment der Einführung dieses Gesetzes überhaupt nichts. Der Bundesrat ist verpflichtet, auf den Zeitpunkt der Inkraftsetzung hin diese Ausgewogenheit durch die Wahl des richtigen Erstreckungssatzes herzustellen.

Das Prozedere, wie es sich auf den Zeitpunkt der Inkraftsetzung hin abspielen wird, wird folgendes sein: Ausgangspunkt ist die heutige Uebergangsordnung, die wir als familienfreundliche Besteuerung beschlossen haben.

Das ist der Tarif, von dem auszugehen ist. Er wird in Zukunft gelten für Kantone mit zweijähriger Bemessungsperiode. Bereits jetzt sind bei jenem Tarif – obwohl er zahlenmässig im Gesetz festgehalten ist – zur Anpassung der kalten Progression Anpassungen vorgenommen worden.

Die Zahlen im Tarif und die Zahlen für die Abzüge, wie sie in dieser Fahne stehen, stimmen also mit den Zahlen in der Uebergangsordnung nicht mehr überein, obwohl es genau der gleiche Tarif ist. Aber der Bundesrat hat gemäss seiner Pflicht die kalte Progression ausgeglichen. Das wird auch in Zukunft weitergeführt, d. h. die absoluten Zahlen, die im Tarif und bei den Abzügen im Gesetz stehen, haben nicht absolute Gültigkeit, sondern sie werden in einem ersten Schritt periodisch – aufgrund von Bundesratsbeschlüssen – der kalten Progression angepasst. In einem zweiten Schritt muss der Bundesrat berechnen, in welchem Mass die Tarife für die einjährige Gegenwartsbemessung zusätzlich erstreckt werden müssen, um die ausgewogene Steuerlast zu gewährleisten.

Ob das 5, 6, 7 oder 10 Prozent sein werden, das können wir heute nicht sagen. Ob der Minderheit oder der Mehrheit zugestimmt wird, spielt keine Rolle. Die absoluten Beträge im Gesetz geben dem Stimmbürger – sofern es zu einer Volksabstimmung kommt – lediglich den Hinweis darauf, dass zum Ausgleich dieser Steuerlast eine Erstreckung gemacht wird. Der eine mag glauben, er werde bevorteilt, der andere mag glauben, er werde eher benachteiligt. Beides ist nicht richtig, denn der Bundesrat muss jenen Erstreckungssatz wählen, der für die dann zumal vorhandene Teuerung massgeblich ist. Ich möchte sagen, es lohnt sich nicht, einen langen Streit zwischen Mehrheit und Minderheit zu führen. Wichtig ist, den Artikel 212m nachmals zu beschliessen, der den Bundesrat verpflichtet, während der ganzen Gültigkeit des Gesetzes für die gleichmässige Besteuerung zu sorgen. Das möchte ich vorausschicken. Der Bundesrat hat ursprünglich eine Erstreckung um 15 Prozent vorgeschlagen und von einer ausgewogenen Steuerbelastung nichts gesagt. Es wäre also eine starre Erstreckung gewesen, die je nach Entwicklung der Teuerung zu einer Begünstigung oder Benachteiligung hätte führen können. Aber das ist ausgeschaltet. Die Kommission will einstimmig eine ausgewogene Besteuerung. Die Kommissionmehrheit beantragt die Erstreckung um 10 Prozent.

In all den zurückliegenden Jahren habe ich nie eine Kritik gehört, der Bundesrat habe die kalte Progression nicht richtig ausgeglichen. Wir haben ihm seinerzeit diesen Pauschalbefehl gegeben; er hat ihn offensichtlich richtig ausgeführt, und niemand kann heute behaupten, er würde nicht auch in gleicher Gewissenhaftigkeit für diese ausgewogene Steuerbelastung eintreten und die entsprechenden Beschlüsse fassen. Ich möchte Sie bitten, keinen Streit um etwas zu entfachen, was gar nicht vorhanden ist.

M. Salvioni, rapporteur: En raison de la décision prise précédemment, la proposition de minorité est devenue celle de la majorité. Une partie des membres de la commission a soutenu que les rallongements proposés par le Conseil fédéral pour essayer d'équilibrer les deux systèmes d'imposition (annuel et bisannuel) n'étaient pas justes, c'est-à-dire qu'on aurait privilégié d'une certaine façon la taxation annuelle. C'est la raison pour laquelle l'Exécutif a effectué une évaluation et proposé, dans un premier temps, un rallongement de 15 pour cent et, finalement, de 10 pour cent qui est encore considéré comme excessif par la minorité II.

En fait, c'est ce qui fait l'objet de la grande discussion actuelle qui, à vrai dire, est inutile car l'article 212m stipule: «Le Conseil fédéral veille à ce que la charge fiscale soit équilibrée dans les cantons, quel que soit le système d'imposition dans le temps. A cette fin, en cas de différence disproportionnée par rapport au système de taxation bisannuel *praenumerando*, il corrige les déductions prévues aux articles 212d et 212e et les barèmes de l'article 212f». Comme jusqu'ici le Conseil fédéral a fait la preuve qu'il savait respecter les mandats qui lui étaient

confiés – je me réfère au problème de la compensation de la progression à froid qui a été réglé sans difficulté – le débat sur l'éventuel rallongement de 10 pour cent excessif perd beaucoup de sa signification.

Néanmoins, il est de mon devoir de vous informer que les articles sur lesquels nous allons nous prononcer sont nécessaires pour régler la situation dans les cantons ayant choisi, ou qui choisiront, la taxation annuelle par rapport à ceux qui maintiendront l'imposition biennale. Pour ceux qui choisiront la taxation annuelle, il faut prévoir un système d'imposition qui ne soit pas trop éloigné, au niveau des résultats, du système d'imposition tous les deux ans.

J'estime avoir été suffisamment concis pour éviter que la discussion traîne inutilement. Je pense que l'on peut passer rapidement à l'examen de différents articles et les approuver. La commission vous suggère d'accepter les articles présentés initialement par la minorité et repris par la majorité.

Frau Spoerry, Sprecherin der Minderheit II: Die Kommissionspräsidenten haben es ausgeführt: Wenn wir es zulassen, dass im Bundessteuerrecht parallel zwei Veranlagungssysteme zum Tragen kommen, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Bürger unseres Landes, in dem die einen nach der Vergangenheits- und die anderen nach der Gegenwartsbesteuerung besteuert werden, bei der Bundessteuer eine vergleichbare Belastung haben. Das ist ein unerlässliches Gebot der Rechtsgleichheit. Nun führt die einjährige Veranlagung tendenziell zu einer höheren Belastung. Weil dem so ist, muss man bei den Abzügen und beim Tarif eine Korrektur zugunsten jener machen, die mit der einjährigen Besteuerung konfrontiert sind.

Dabei hat man theoretisch zwei Möglichkeiten: Man könnte den Tarif für die Hauptvariante in unserem Gesetz festschreiben und sagen: Bundesrat, Sorge für eine angemessene Besteuerung jener, die nach der Gegenwartsbesteuerung erfasst werden! Wenn wir das tun, müssten wir nicht über einen Tarif sprechen. Aber wir legen in diesem Gesetz einen Tarif fest, der für die einjährige Gegenwartsbesteuerung gilt, wir legen Tarife und Abzüge fest. Da kann man doch nicht sagen, es sei egal, welche wir festlegten, der Bundesrat korrigiere das dann schon. Soll er das tun dürfen, können wir für die einjährige Veranlagung keinen Tarif und keine Abzüge festlegen und müssen alles vertrauensvoll dem Bundesrat übergeben. Das wollte die Nationalratskommission nicht, und zwar weil sich Herr Bundesrat Stich bei dieser Frage plötzlich sehr grosszügig gezeigt hat. Er, der sonst mit Zähnen und Klauen gegen jede Einnahmenverminderung für die Bundeskasse kämpft – aus seiner Sicht zu Recht –, war hier bereit, denjenigen 30 Prozent Rabatt zu gewähren, die die einjährige Besteuerung haben. Deswegen haben wir gesagt, wir setzen die Leitplanke, dann wissen wir und der Steuerzahler, woran wir sind.

Nun haben Sie die Version der Kommissionmehrheit vor sich, welche den Tarif und die Abzüge um 10 Prozent streckt. Wenn Sie diesem Antrag folgen, dann ergibt das eine beachtliche Mehrbelastung derjenigen, die der Vergangenheitsbesteuerung unterstehen. Ich verweise auf die Zahlenbeispiele, die ich Ihnen habe zukommen lassen. Bei einem Reineinkommen von 50 000 Franken, das ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern ausweist, ergibt sich eine Differenz, über 8 Steuerjahre gerechnet, von rund 700 Franken oder 25 Prozent. Bei einem Reineinkommen von 90 000 Franken beläuft sich die Mehrbelastung für den Steuerpflichtigen mit Vergangenheitsbesteuerung auf rund 3400 Franken bei einem Gesamtsteuerebetrag von 22 000 Franken in 8 Jahren. Das erscheint mir und den Mitunterzeichnern des Minderheitsantrages als eine zu grosse Differenz. Wenn man die Tarife und Abzüge nur um 5 Prozent streckt, wie das die Minderheit vorschlägt, wird die Steuerbelastung vergleichbar hoch. Auch das können Sie den ausgeteilten Beispielen entnehmen.

Nun wird gesagt, es würde mit dem berühmten Artikel 212m korrigiert. Natürlich muss unter bestimmten Voraussetzungen korrigiert werden, aber selbstverständlich auf der Basis, die wir vorgeben. Wenn in der Gegenwartsbesteuerung ein Sozialabzug von 4700 Franken verankert wird, so ist die kalte Progression auf 4700 Franken auszugleichen. Wenn wir den gleichen Sozialabzug aber mit 4400 Franken im Gesetz verankern,

dann basiert der Ausgleich der kalten Progression auf der Basis von 4400 Franken. Das ist doch völlig klar.

Das gleiche gilt für den Tarif. Der Ausgangspunkt für alle notwendigen Korrekturen ist der Tarif, den die Räte beschliessen. Neben dem Ausgleich der kalten Progression müssen Korrekturen vorgenommen werden, wenn die reale Entwicklung anders verläuft, als wir es jetzt mit 1,5 Prozent annehmen. Aber auch dann ist die Vorgabe, die wir heute beschliessen, Ausgangspunkt für die vorzunehmende Korrektur. In den nächsten 8 bis 10 Jahren werden 80 Prozent der Schweizer Bürger – ob ihnen das passt oder nicht – in ihren Kantonen und im Bund die Vergangenheitsbesteuerung haben. Die allfällige Umstellung zur Gegenwartsbesteuerung in den Kantonen braucht Zeit. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute eine Ausgangslage schaffen, die alle jene Bürger, die mit der zweijährigen Vergangenheitsbesteuerung bis auf weiteres leben müssen, nicht zu stark benachteiligt gegenüber jenen, deren Kantone zur einjährigen Besteuerung übergehen.

Von mir aus gesehen trägt der Minderheitsantrag diesem Anliegen besser Rechnung. Er schafft einen Ausgangspunkt, der bis auf weiteres besser als der Mehrheitsantrag für eine ausgeglichene Steuerbelastung sorgt.

Müller-Wiliberg: «Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.» Nach den Worten von Herrn Kommissionspräsident Reichling befürchte ich, dass man mit der Fassung des Mehrheitsantrages den Uebergang zur einjährigen Veranlagung begünstigen will. Bundesrat Stich hat zu dieser Vermutung mit seinem seinerzeitigen Antrag auf 30 Prozent Steuerreduktion selber Anlass gegeben. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass die Ausgangslage für die Bemessung kostenneutral sein muss. Deshalb kommt es darauf an, wo die Basis gelegt wird.

Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion stimmt deshalb dem Minderheitsantrag von Frau Spoerry zu.

Blatter: Dieser Rabatt ist kein Geschenk, sondern soll – und das ist sehr wichtig – die Mehrbelastung, die die einjährige Gegenwartsbesteuerung automatisch mit sich bringt, ausgleichen. Die Berechnung der Reduktion kennen übrigens die Kantone schon seit Jahren bei der Festsetzung der Quellensteuertarife. Das ist nichts Neues.

Ich kann aber nicht genug betonen, dass wir mit diesem Rabatt keine Lockvogelpolitik betreiben dürfen. Der Vorschlag von Bundesrat Stich von 30 Prozent – wie er bereits erwähnt worden ist – hat mich ebenfalls sehr überrascht. Das war tatsächlich Lockvogelpolitik und konnte sachlich nicht begründet werden. Wie Kollegin Spoerry frage ich mich: Sind die 10 Prozent korrekt? Mir scheinen sie recht hoch. Der Antrag Spoerry (5 Prozent) ist der Realität näher, und ich werde ihn unterstützen. Aber befriedigen kann mich auch dieser Prozentsatz nicht.

Was wir tatsächlich brauchen, sind klare, gesetzliche Leitplanken, die festlegen, wie der Ausgleich gemäss den tatsächlichen Verhältnissen berechnet und festgelegt werden soll. Wir müssen die Bedingungen für die Berechnungen der Reduktionen klar formulieren, damit das Finanzdepartement nicht freie Bahn hat und zum Beispiel 30 Prozent beschliessen kann. Sowohl mit 10 Prozent als auch mit 5 Prozent schaffen wir heute eine Differenz zum Ständerat, und das ist gut so. Ich hoffe, dass der Ständerat meine Erwägungen aufnimmt und das Problem löst, indem er klar formuliert, wie die Reduktion berechnet werden muss, und zwar ohne festen Prozentsatz. Nur so kann der Ausgleich korrekt berechnet werden.

Stucky: Ich muss leider den Präsidenten der Kommission in seiner Ansicht korrigieren, dass wir eine Debatte um des Kaisers Bart führen, dass es also nicht darauf ankommt, ob 5 oder 10 Prozent, weil der Bundesrat nachher, gestützt auf Artikel 212m, korrigiert.

Es kommt auf den Ausgangspunkt an, den wir heute festlegen. Es ist wie bei einem Rennen. Wir setzen heute das Handicap fest, also die Zeitvorgabe für den leistungsschwächeren Teilnehmer, und dieses ist entweder 5 oder 10 Prozent. Während des Rennens, während jeder Etappe, legt dann der Bundesrat,

gestützt auf die Reallohnentwicklung usw., die Steuertarife neu fest. Aber diese erste Vorgabe steht im Gesetz, und der Bundesrat kann nicht einfach über sie hinaus korrigieren. Das wäre das erste Mal, dass er ohne Rücksicht auf die gesetzliche Grundlage eine Korrektur macht. So ist der Artikel 212m nicht zu interpretieren.

Feigenwinter: Man muss halt doch von Artikel 212m ausgehen, der den Bundesrat verpflichtet, im Zeitpunkt der Umstellung von der zweijährigen auf die einjährige Veranlagung der Forderung Rechnung zu tragen, dass aus den unterschiedlichen Veranlagungsperioden nicht mehr Steuern entstehen. Richtig ist, dass die Leitplanke festgelegt wird. Aber es kommt darauf an, in welchem Zeitpunkt Sie für die zweijährige und für die einjährige Bemessung beispielsweise den Teuerungsausgleich beschliessen. Wenn dieser bei einer hohen Teuerung für die zweijährige mit Verzögerung beschlossen wird und bei der einjährigen eben erreicht ist, weil einjährig veranlagt wird, ist alles wieder in Frage gestellt. Es kommt trotz diesen gesetzgeberischen Leitplanken sehr darauf an, wie man das im Detail ausführt.

Es kommt aber noch eine prinzipielle Ueberlegung dazu, die mich dazu führt, mich dem Antrag der Kommissionsminderheit (10 Prozent) – sie ist inzwischen zur Kommissionsmehrheit geworden – anzuschliessen. Ich habe immer behauptet, der Uebergang auf die einjährige Veranlagung bringe dem Staat mehr Steuern: Wir brauchen 10 Prozent weniger starke Steuerbelastung, um die gleichen Steuererträge zu erwirtschaften.

Wenn nun die Mehrheit in einem Kanton – oder vielleicht dann auch im Bund – wirklich diesen Uebergang beschliesst – das schliesse ich nicht aus, ich möchte mich nicht für alle Ewigkeit auf eine zweijährige Veranlagung festlegen –, also wenn dann doch übergegangen wird, dann habe ich natürlich ein sehr grosses Interesse daran, dass mir aus diesem Uebergang nicht mehr Steuern erwachsen. Dann habe ich ein Interesse daran, dass diese Leitplanke um 10 Prozent tiefer ist und nicht um 5 Prozent. Aber man könnte natürlich auch etwas anders vorgehen und den Einwänden von Frau Spoerry Rechnung tragen. Wir könnten sagen, wir verzichten auf diesen Tarif und lassen einfach Artikel 212m in diesem Beschluss. Diese Diskussion, die auch nach meiner Ueberzeugung angesichts der Formulierung des Artikels 212m eine Diskussion um des Kaisers Bart ist, lassen wir dann beiseite, indem wir eben auf diesen Tarif verzichten und uns mit dem Artikel 212m begnügen. Der Ständerat muss ja diesem Vorgehen erst noch zustimmen, und es wird sich weisen, ob er das machen wird oder nicht. Vielleicht wird er die vernünftige und weniger konfliktträchtige Variante beschliessen, so dass wir nur den Artikel 212m haben, der im Grundsatz deklariert, dass aus dem Uebergang vom zweijährigen zum einjährigen System dem Bürger kein Nachteil erwachsen darf. Das ist eine weise Bestimmung, welche dem Prinzip der Steuergerechtigkeit Rechnung trägt. Aber ich möchte zum Schluss noch etwas festhalten: Das Prinzip der Steuergerechtigkeit ist hochzuhalten, doch die absolute Steuergerechtigkeit gibt es nicht. Deshalb muss man sich zu einer Lösung entschliessen, die bürgerfreundlich ist, und wenn wir wirklich im ganzen Land auf die einjährige Veranlagung umsteigen, dann sind mir 10 Prozent als Ausgangsbasis sehr viel lieber als nur 5 Prozent.

Reichling, Berichterstatter: Es fällt mir schwer zu antworten, denn ich will die Kompetenz von Frau Spoerry und Herrn Stucky in Steuerfragen natürlich in keiner Weise in Zweifel ziehen. Ich bin sogar überzeugt, dass beide in die Steuer- und Finanzangelegenheiten einen tieferen Einblick haben als ich selbst. Trotzdem muss ich ihnen hier widersprechen.

Der Artikel 212m, den wir dann noch beraten müssen, legt ganz eindeutig fest, dass der Vergleich immer zwischen den verschiedenen Bemessungssystemen gemacht werden muss und nicht zwischen dem heutigen Ausgangspunkt und demjenigen in vielleicht vier Jahren. Wenn die richtige Erstreckung im Jahre 1994 beispielsweise 8 Prozent betrüge und wir jetzt 10 Prozent beschliessen, müsste nachher der Bundesrat den Tarif um 2 Prozent straffen. Dann hat er dem Artikel 212m Ge-

nüge getan. Wenn wir jetzt 5 Prozent beschliessen, und es in Wirklichkeit 8 Prozent wären, müsste er auf die Einführung hin die Anpassung machen und von 5 auf 8 Prozent erstrecken. Am Schluss ergibt sich genau das gleiche Ergebnis. Eines muss ich einräumen. Das haben wir uns vielleicht zuwenig überlegt. Es wäre wahrscheinlich richtig gewesen, wir hätten, anstatt diese Tarife auszudrucken, gesagt, es sei vom Tarif der natürlichen Personen für die zweijährige Bemessung auszugehen und der Bundesrat sei verpflichtet, für die ausgewogene Belastung gemäss Artikel 212m zu sorgen. Wir könnten auf den Ausdruck des gestreckten Tarifs verzichten, wie dies auch Herr Feigenwinter gesagt hat. Ich würde meinen, das könnte der Ständerat noch tun. Jetzt müssen wir es nicht tun, weil es keine Auswirkung hat.

Der Tarif in sich ist ja starr. Er wird für alle um die kalte Progression korrigiert, und er wird zusätzlich für die einjährige Gegenwartsbemessung auf den Zeitpunkt der jeweils neuen Steuerperiode hin korrigiert. Das wird der Bundesrat wahrscheinlich nicht jedes Jahr tun müssen, sondern er wird in periodischen Schritten für Ausgewogenheit sorgen.

Wir haben natürlich auch festgestellt, dass die absolute Gerechtigkeit gar nicht zu erzielen ist, weil wir auch die Abzüge, die Sozialabzüge, nicht auf ungerade Franken und Rappen berechnen. Nur schon die Pauschalierung auf ganze Tausender oder Fünfhunderter bringt leichte Verzerrungen mit sich. Auch der Tarif hat Stufen, und je nachdem, wo man eingeteilt wird, ist man einmal etwas auf der günstigeren Seite, einmal auf der ungünstigeren. Es kommt doch darauf an, dass im Schnitt der Jahre für alle die Ausgeglichenheit erzielt wird.

Schon beim Beschluss des Tarifs seinerzeit bei der Uebergangsregelung haben wir lange darüber diskutiert, was nun in dieser Progression gerecht sei. Das steht glücklicherweise heute nicht mehr zur Diskussion. Sonst könnten wir noch einmal stundenlang darüber diskutieren.

Ich möchte vor allem auch Herrn Bundesrat Stich bitten, diese Aussagen der Kommission zu bestätigen. Der Vergleich wird immer gemacht zu den Steuerpflichtigen mit zweijähriger Bemessung, unabhängig davon, ob wir 5 oder 10 Prozent beschliessen. Nur die Korrektur bei der Einführung wird eine andere sein.

M. Salvioni, rapporteur: Si la situation était véritablement telle que M. Stucky et Mme Spoerry l'ont décrite, on aurait assisté à un curieux renversement des rôles; la gauche qui plaide pour une diminution des impôts et la droite qui s'y oppose. La réalité n'est pas comme cela. Je me permets de faire remarquer à M. Stucky que l'article 212m concerne uniquement le rapport avec le système de taxation *praenumerando*. Selon le texte de la loi, ce qui est déterminant, c'est la taxation selon le système biennal *praenumerando*. L'autre solution doit être adaptée à celui-ci. On ne peut donc pas prétendre que l'on part avec des positions différentes qui devront être respectées à l'avenir. Si au début le système de la taxation annuelle donne des résultats disproportionnés – cela pourrait arriver dans certains cas puisque beaucoup de facteurs interviennent (conditions du revenu, constitution de la famille, etc.) – la majorité de la commission estime – je souligne cet élément pour le procès-verbal – que le Conseil fédéral doit alors corriger le barème de l'imposition annuelle.

En conclusion, je répète que ce qui est déterminant pour définir la charge fiscale, c'est le système de taxation biennal *praenumerando*. Compte tenu de ce qui précède, la discussion est inutile. Il n'existe pas de position de départ favorable ou non. En réalité, la situation est claire et ne donne lieu à aucune équivoque ni différence d'interprétation.

C'est la raison pour laquelle je vous demande d'appuyer la décision prise par la majorité de la commission.

Bundesrat Stich: Als Finanzminister hat man es zweifelsohne nicht leicht. Man kann tun, was man will, allen ist es sicher nie recht. Wenn man dafür sorgt, dass man zu Einnahmen kommt, dann ist das nicht gut. Wenn man einmal etwas mehr geben will, ist es noch schlechter. Ich begreife in dieser Hinsicht die Geschichte. Ich weiss ja, dass in der Geschichte weitaus die

meisten Finanzminister aufgehängt, gevierteilt oder geköpft worden sind!

Hier streiten Sie tatsächlich um des Kaisers Bart, und zwar aus dem einfachen Grund, weil Sie kein Vertrauen zum Finanzminister haben. Das ist doch der einzige Grund, weshalb Sie solche Tarife überhaupt im Gesetz festlegen wollen! Umgekehrt kann ich Ihnen auch keine Versprechen abgeben, dass wir sie tatsächlich je anwenden, denn wahrscheinlich ist eben die Teuerungsentwicklung etwas anders, und dann müssen wir vorher eine Streckung beim Teuerungsanpassung vornehmen – unbekümmert darum, was Sie heute für Stufen und Tarife einschreiben. So kann ich auch bestätigen, was die Herren Kommissionsreferenten gesagt haben: Der Bundesrat ist verpflichtet, nach seinem besten Können und Wissen zu versuchen, dass im Schnitt diejenigen mit der einjährigen Veranlagung nicht besser und nicht schlechter gestellt sind als diejenigen mit der zweijährigen. Das ist eine Aufgabe. Aber wir können heute noch nicht definitiv festlegen, ob wir das mit 5 Prozent oder 10 Prozent erreichen werden. Wahrscheinlich sind aber 10 Prozent zweckmässiger, weil wir mit dem höheren Ansatz nicht riskieren, dass mit der einjährigen Veranlagung ganze Gruppen von vornherein schlechter gestellt werden und mehr Steuern bezahlen müssen. Dann würden die Leute zu Recht sagen, Herr Feigenwinter habe ja immer gesagt, mit der einjährigen Veranlagung zahle man mehr Steuern. Das möchten wir wirklich nicht, sondern wir möchten, dass sie im Prinzip gleich viel bezahlen, gleich belastet, jedoch im Zweifelsfalle eher entlastet werden. Hier muss der Bundesrat die wirtschaftliche Entwicklung voraussehen. Er muss das zum Voraus entscheiden. Er kann nicht im nachhinein, wenn alles feststeht, entscheiden. Deshalb wäre ich froh, wenn Sie den Tarif von 10 Prozent aufnahmen. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass man es dann auch so anwenden kann. Fatal wäre es, wenn Sie jetzt beschliessen würden, Frau Spoerry zu folgen, und wir aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung dann trotzdem auf 10 Prozent hinaufgehen müssten. Das wäre eben möglich. Das würde wieder jenen Leuten Auftrieb geben, die ohnehin sagen, in Bern mache man sowieso, was man wolle. Das möchten wir nicht.

Im Finanzdepartement halten wir uns an die Gesetze und die Richtlinien. Sie sollten dann aber auch vernünftige Gesetze und Richtlinien schaffen. Deshalb bitte ich Sie, der Streckung von 10 Prozent zuzustimmen.

Le président: M. Coutau a retiré ses propositions. La majorité s'étant ralliée à la la minorité I, nous opposerons donc les propositions de la minorité I à celles de la minorité II.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit I	58 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	40 Stimmen

Art. 212g – 212m

Reichling, Berichterstatter: Damit nun alles stimmt, was wir behauptet haben, müssen wir noch Artikel 212m Absatz 2 zustimmen, damit der Bundesrat tatsächlich verpflichtet wird. Dann sind wir am Schluss der Differenzenbereinigung angelangt. Alle übrigen Differenzen sind durch Beschlüsse bereinigt. Ich möchte den Herrn Generalsekretär noch bitten, die nächste Behandlung im Ständerat auf die erste Woche der Junisession anzusetzen. Das würde uns die Chance geben, in jener Session die Beratung zu Ende zu führen.

M. Salvioni, rapporteur: Pour compléter l'oeuvre, il faut maintenant approuver l'article 212m, alinéa 2 auquel j'ai fait allusion précédemment. Je ne me répéterai donc pas et vous demande simplement de le voter.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit I
Adopté selon la proposition de la minorité I*

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Steuerharmonisierung. Bundesgesetze

Harmonisation fiscale. Lois

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.043
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.03.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	435-475
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 380

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.